



JAN 20 1914
UNIVERSITY OF TORONTO

Die volkswirtschaftlichen Ursachen der Lebensmittelteuerung und die Massnahmen gegen sie in Oesterreich und Ungarn.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Friedrich=Alexanders=Universität Erlangen

vorgelegt von

Joseph Richter

aus Szarvas.

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Mai 1912.

Erlangen 1912.

Druck der Universitätsbuchdruckerei von E. Th. Jacob.

30

Gedruckt mit Genehmigung der hohen philosophischen Fakultät zu Erlangen.

Dekan: Herr Prof. Dr. Varnhagen.
Referent: Herr Prof. Dr. v. Eheberg.

Dem Andenken meines lieben Vaters!

Digitized by the Internet Archive
in 2014

https://archive.org/details/dievolkswirtscha00rich

Vorwort.

Bei der Bedeutung, welche die anhaltende Lebensmittelteuerung für den ganzen Bedürfniskreis des bürgerlichen Haushaltes hat, steht heute die Frage nach ihren Ursachen und Wirkungen im Brennpunkte der ökonomischen Diskussionen. Doch wie allgemein auch die Teuerung an sich empfunden wird, so verschieden wird sie beurteilt; in der Literatur und den Diskussionen über diesen Gegenstand spiegelt sich in der Regel der Interessenstandpunkt der durch politische Erwägungen geleiteten Beteiligten wieder. Von vornherein ist es unzweifelhaft, dass die gewaltigen Preisveränderungen von den Warenverkäufern anders begründet und gerechtfertigt werden, wie von den Käufern. Die Würdigung der Erscheinung wird in Wirtschaftsgebieten, die durch Zölle und Sperren gegen das Ausland abgeschlossen sind, wohl ganz anders ausfallen wie in Freihandelsländern. Der Versuch — vom allgemein wissenschaftlichen Standpunkt aus — die Ursachen der Teuerung zu ermitteln, findet durch diese Verhältnisse ohne weiteres seine Rechtfertigung.

Die besten Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft haben sich in den letzten zwei Jahren veranlasst gesehen, sich mit dieser beunruhigenden Frage zu befassen. Wir finden Aufsätze hierüber von Paul Leroy-Beaulien im „Économiste français“ (September 1910), von Emile Levasseur „Rapport à L' Academie française“ (1909) und Julius Wolf „Neue Fr. Presse“ (Dezember 1911). Sauerbeck hat im „Economist“ wiederholte Ermittelungen über die Teuerung angestellt, für Frankreich arbeitete Alfred Piccard über unseren Gegenstand. Von deutschen Forschern haben weiter Ludwig Pohle (Zeitschrift für Sozialwissenschaft) und Karl von Tyszka (Conrad's Jahrbücher) etc. wertvolles Material gesammelt. Andere Vertreter der Wissenschaft versuchten dem Problem der Warenteuerung in der Weise nahe zu kommen, dass sie die Veränderungen des Geldwertes zum Gegenstand ihrer Untersuchungen machten in der Voraussetzung , dass die Teuerung auch als Wirkung von Veränderungen auf dieser Seite betrachtet werden konnte. Von den namhaften neueren Untersuchungen dieser Art erwähnen wir die Arbeit von Wilhelm Lexis über die Kaufkraft des Geldes, (Göttingen 1911), Emanuel Perwolf: Erwerb und Einkommen (Wien 1909), Leopold Kovacs: Ueber

das Wesen des Geldes und die Ursachen seiner Wertverminderung (Budapest 1911), daneben noch ältere Publikationen über diese Frage von Hermann Paasche (Jena 1878), Adolf Wagner (Wien 1862), Eugen Philippovich, M. Pisztory, J. Polya etc.

Es ist für die Methode der meisten Autoren charakteristisch, dass sie, da sie von den sogenannten Indexziffern ausgehen, den eigentlichen Effekt der Preiserscheinungen für den kleinen Konsumenten gar nicht erfassen konnten und daher auf Grund ihres Materials zu dem Schlusse kommen mussten, dass eigentlich von einer „Teuerung“ garnicht gesprochen werden könne. Sauerbeck hat z. B. die Indexnumbers für Ende 1908 mit 72.3, für Ende 1910 mit 76.9, für November 1911 mit 78.9 beziffert. Das will sagen, dass die Steigerung des Durchschnittspreises aller Waren innerhalb der letzten 3 Jahre blos 6.9 % beträgt und trotz dieser Steigerung bleibt ja das Preisniveau hinter dem der Periode 1867—77, das mit 100 % bezeichnet wurde, noch um volle 21 % zurück. Wie kann unter solchen Verhältnissen von „Teuerung“ geredet werden? Nach Emile Levasseur waren die sogenannten „teuren Preise“ des Jahres 1908 noch immer um 5.4 % billiger wie die Durchschnittspreise vor 18 Jahren. Auch Julius Wolf meint (die Teuerung in der Volks- und Weltwirtschaft N. Fr. Presse Dezember 1911), dass „die Teuerung der letzten Zeit geringer ist, als aus der Tonstärke der Klagen zu folgern war.“

Was jedoch diese Berechnungen ermitteln, das sind nicht die Preise, welche der Konsument zu entrichten hat, wenn er seine Bedürfnisse im Kleinhandel deckt, auch sind es nicht die Preise der für den Konsumenten wichtigsten Waren, nämlich der Lebensmittel, auf die doch weit über die Hälfte der Gesamtausgaben verwendet wird. Das ist ja sicher, dass einzelne Waren, besonders in der Textil- und Metallindustrie, im Laufe der letzten 20 Jahren bedeutende Preissenkungen erfahren haben und gerade ihr niedriger Stand vermochte das Preisniveau der Indexziffern trotz der hohen Steigerung der einzelnen Konsumartikelpreise verhältnismässig niedrig zu erhalten. Doch für das allgemeine Interesse wiegt der Vorteil einer Verbilligung einzelner industrieller Gebrauchsartikel noch lange nicht den Nachteil auf, der durch die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel entsteht. Wie bekannt, umfassen nach Ermittelungen in verschiedenen Staaten (Stephan Bauer) die Ausgaben für Wohnung 18 %, für Nahrung 48 % der Gesamtausgaben einer Arbeiterfamilie. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel an den Totalausgaben steigt — nach dem Engelischen Gesetz — bei sinkenden Einkommen. Rund die Hälfte der Nahrungsausgaben der grossen Masse der Bevölkerung, also ein Viertel aller ihrer Ausgaben, sind jene für Fleisch, Butter, Milch, Eier, und hiervon entfällt wieder die Hälfte auf Fleisch allein. Von den anderen 50 % — für die ärmeren Klassen etwas mehr — entfallen rund 32 % auf pflanzliche Nahrung, Brot, Teigwaren, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, und von diesen 32 % entfällt ein Viertel auf den Brotkonsum, Gewürze, Tabak, Getränke machen

16 bis 18 % des Konsums an Nahrungs- und Genussmitteln aus. Aus diesen Zahlen (Stephan Bauer: Vortrag über die Teuerung Wien 1911) erhellt, wie wenig die Verbilligung von einigen Industrieartikeln die Mehrlasten der Lebensmittelteuerung zu kompensieren vermag, besonders im Haushalt der arbeitenden Klassen, in denen der Verbrauch an Industrieerzeugnissen kaum den vierten Teil desjenigen an Lebensmitteln erreicht. Und selbst von dieser Verbilligung, welche die Statistik auf Grund der Grosshandelpreise berechnet hat, ist im Detailhandel kaum etwas oder nur sehr wenig zu spüren. In den Preisen des Kleinhandels, im Ladenverkauf kommen ganz andere, lokale und subjektive Motive für die Preisbestimmung zur Geltung, die mit den auf die Grosshandelpreise wirkenden Faktoren kaum etwas zu tun haben. In dem vom Kleinhändler geforderten Preise ist in der Regel der prozentuelle Anteil der „Regiekosten", der „Profitquote", der „staatlichen und kommunalen Lasten", oft bedeutender als der Warenwert selbst, und die Veränderungen, die durch diese subjektiven und lokalen Motive bedingt werden, sind für die Preisforderung absolut und relativ von viel grösserer Bedeutung, wie die Veränderungen, die sich am Grosshandelsmarkte vollziehen. Das erklärt hinlänglich, dass trotz der theoretischen Berechnungen der oben erwähnten Autoren eine Teuerung besonders der Lebensmittel defacto vorhanden ist; eine Teuerung, die alle Marktstellen des Kleinhandels beherrscht und, tatsächlich fühlbar, Millionen von Konsumenten in Deutschland, Frankreich, Italien, besonders aber in Oesterreich-Ungarn geradezu in Aufruhr versetzt hat und Gegenmassnahmen unbedingt erforderlich machte. Die Ereignisse haben eben eine andere Sprache gesprochen, als die Statistik. Man denke nur an den 18. September, wo es in Wien zu fast revolutionären Demonstrationen der Volksmassen, die — wie immer man über solches Vorgehen urteilen mag — an und für sich einen Einblick in jenen schweren wirtschaftlichen Druck gewähren, unter dem die Wiener Bevölkerung zu leiden hatte. Die durch solche unerquickliche wirtschaftliche Verhältnisse verursachte Gährung musste bereits sehr weit fortgeschritten sein, um explosionsartige Ausbrüche dieser Art zu zeitigen.

Wenn auch — wie schon bemerkt — die Erscheinung der Teuerung sich in der ganzen Weltwirtschaft bemerkbar machte, so sind ihre Wirkungen doch von einer Reihe handelspolitischer und lokaler Faktoren derart abhängig, dass diese Faktoren als allein ausschlaggebend für die Höhe der Lebensmittelpreise angesehen werden können. Wir führen hier nur die Wichtigkeit der Funktion der Zölle und des Zwischenhandels an, um zu zeigen, dass bei einem zweckmässigen Funktionieren dieser beiden Faktoren die weltwirtschaftlichen Ursachen der Teuerung kaum zu verspüren sind (England), wohingegen, wenn dieselben ihrer Aufgabe bezüglich Verteilung und Ausgleich der Produktion, bezüglich Stabilisierung der Preise nicht genügen (Oesterreich), schon dadurch die Wirkung aus der Weltwirtschaft fliessender verteuernder Ursachen noch bedeutend verschärft wird. Zölle und Sperren speziell verteuern in Wirtschaftsgebieten mit Einfuhrbedürfnis die Preise der Inlandserzeugnisse um den vollen

Betrag der Zoll- und Frachtsätze und beeinflussen demnach weltwirtschaftliche Schwankungen im Masse ihrer eigenen Höhe. Das Wirtschaftsgebiet Oesterreich-Ungarn ist für das Studium der einzelnen volkswirtschaftlichen Elemente, welche die „Teuerung“ verursachen, besonders geeignet. In keinem anderen Wirtschaftsgebiete ist es möglich, Einfluss und Wirkungsgrad einzelner natürlicher und künstlicher Preisbestimmungsgründe so klar auseinander zu halten und zu beobachten, wie in Oesterreich und Ungarn. In keinem anderen Wirtschaftsgebiete sind die Prämissen für die Höhe des Schutzzolles für die Richtung der Handelspolitik so klar zu erkennen wie in Oesterreich-Ungarn, wo angesichts der Tatsachen die Regierung selbst trotz der von ihr bisher verfolgten Handelspolitik erkennen musste, dass die Zölle und Sperren als Schulbeispiel verkehrter Handelspolitik gelten können. (Ministerpräsident v. Gautsch: Parlamentsrede 11. XI. 1911.)

Als „Schulbeispiel“ kann das Wirtschaftsgebiet von Oesterreich-Ungarn auch zu dem Nachweis gewählt werden, wie Mangel der Intensität der landwirtschaftlichen Produktion, wie unzulängliche und veraltete Transporteinrichtungen, wie mangelhafte und gänzlich unmoderne Organisation des Lebensmittelmarktes dazu führen, dass selbst in einem so fruchtbaren Ackerbaulande, als welches Oesterreich-Ungarn noch heute gelten kann, die landwirtschaftlichen Produkte teilweise viel teurer bezahlt werden müssen, wie in manchen Industriestaaten.

Schliesslich drängt sich uns bei Erforschung der Ursachen der Teuerung vom volkswirtschaftspolitischen Standpunkte aus die Frage auf, wer denn eigentlich von der Teuerung profitiert? Ob vor allen Dingen auch jene Produzenten aus dieser „Hochkonjunktur der Preise“ Nutzen ziehen, die die Ware „Arbeit“ feilbieten? Und wenn dem so ist, ob die Preissteigerung der Ware „Arbeit“ mit derjenigen der Verbrauchsartikel Schritt hält oder hinter derselben zurückbleibt? Die Erwerbsverhältnisse scheinen uns der Masstab zu sein, nach dem allein die Erscheinung hoher Lebensmittelpreise gemessen werden darf; denn es ist klar, dass Lebensmittelpreise vom Arbeiter erst dann als „teuer“ und „zu teuer“ empfunden werden, wenn es ihm nicht gleichzeitig gelingt den Preis seiner eigenen Ware mindestens im gleichen Verhältnis zu erhöhen.

Nun gerade für Oesterreich-Ungarn werden wir ganz deutlich erkennen, dass eine solche Steigerung der Löhne nicht stattgefunden hat, dass die hohen Preise besonders deswegen als Misstand angesehen werden, ja angesehen werden müssen, weil Löhne und Gehälter nicht entsprechend mitgestiegen sind. Wir haben in unseren Betrachtungen ziffernmässig feststellen können, um wieviel sich die Kosten der Lebenshaltung einzelner Berufsklassen (der Arbeiter und Beamten) verteuert haben und um wieviel der Erwerb hinter dieser Verteuerung zurückgeblieben ist. Bei gleichbleibendem Einkommen bedeutet aber jede Preiserhöhung der Nahrungsmittel entweder eine Einschränkung der übrigen Ausgaben oder aber es wird, da diese Einschränkung dem verständlichen Streben der Aufrecht-

erhaltung des „Standard of life" zuwiderläuft, an Menge und Qualität der Nahrung selbst gespart, wie wir bei der Besprechung des abnehmenden Fleischkonsums in den Grosstädten Oesterreichs und Ungarns defacto festellen werden. So stellt sich für die Gesamtheit der Konsumenten die Lebensmittelteuerung als eine schwere Kalamität dar. Anders stellt sich die Bilanz für den hauptsächlich beteiligten Zweig der Urproduktion, für die Landwirtschaft, die trotz der vermehrten Produktionskosten, trotz des Gesetzes von „abnehmenden Bodenertrag" sich rapide gestiegenen Grundwertes erfreuen kann. Die Bodenpreise haben sich in Oesterreich wie in Ungarn innerhalb der letzten 4—5 Jahre über das Doppelte, also um über 100 $^0/_0$ erhöht und das eben auf Grund ungeheuer gestiegener Erträge.

---

1. Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Teuerung im Allgemeinen.

Hohe Lebensmittelpreise bedeuten an und für sich noch kein Uebel. Wenn das herkömmliche Wertverhältnis der einzelnen Waren untereinander unverändert bleibt, können sogar sehr hohe Preissätze, wie z. B. in Transvaal und Westindien, herrschen, ohne als teuer empfunden oder bezeichnet zu werden.

Die Wirtschaftsgeschichte lehrt uns, dass die Preise das Ergebnis langer Entwicklungsperioden sind. Anfangs wurden sie durch Vergleich der Güter untereinander gebildet, allmählich aber wurde die Schätzung auf ein bestimmtes Zahlgut (Geld) bezogen, wobei die Einheit dieses Zahlgutes willkürlich hoch oder niedrig gewählt werden konnte. Bei allen diesen Schätzungen spielte das Herkommen eine bedeutende Rolle. Schon die Verschiedenheit der Münzeinheiten einzelner Wirtschaftsgebiete (Mark, Gulden, Dollar, Rupie, Yenn etc.) scheint darauf hinzuweisen, dass die absolute Höhe des gemeinsamen Nenners der Waren — eben dieses Zahlgutes — an und für sich gleichgültig ist.

„Teuerung", d. h. überhohe Preise für Lebensmittel, wird als Uebel erst in jener Volkswirtschaft empfunden, wo die Preise gewisser Waren steigen, während der Preis für andere, besonders derjenige für „Arbeit", unverändert bleibt. Es handelt sich also um Verschiebungen im Wertverhältnis der einzelnen Waren untereinander und zu dem Werte menschlicher Arbeitsleistung, die ja in gewissem Sinne als eine Ware wie jede andere betrachtet werden kann. Dadurch wird die volkswirtschaftliche Stellung der einzelnen Güter und ihrer Werte zueinander gewaltig verändert, besonders aber das herkömmliche Verhältnis zwischen Arbeitwert und Güterwert. Wenn sich solche Verschiebungen, bei denen die Kaufkraft der Arbeitslöhne sich verringert, einstellen, muss die gesamte Konsumtion in dem betroffenen Wirtschaftsgebiete zurückgehen. Handelt es sich nun dabei im Wesentlichen um eine Verringerung des Konsums an Lebensmitteln, wie es eben in Oesterreich u. Ungarn der Fall ist, so wird dadurch die kulturelle und hygienische Entwickelung breiter Volksschichten ungünstigt beeinflusst.

Im engeren Kreise erleiden vor allem bei einer Teuerung, bei verringertem Tauschwerte des Geldes, alle diejenigen Verluste, die feste Einkommen haben: Rentenbesitzer, Pensionierte, alle Beamten und Arbeiter

mit festen Bezügen, aus dem einfachen Grunde, weil sie in der Teuerungszeit für ihre Einkommen nur noch wenige Realgüter eintauschen können als vorher.

Aus unseren bisherigen Betrachtungen, nach denen also nur eine Störung des Gleichgewichts der Werte als Teuerung empfunden wird, folgt die Erkenntnis: Jede Teuerung kann schon dadurch behoben werden, dass der Preis der wichtigsten Ware, der menschlichen Arbeit entsprechend erhöht wird.

Bei der Würdigung der Teuerung muss demzufolge zu allererst der Umstand berücksichtigt werden, ob auch der Preis der Arbeit (Löhne, Gehälter, Renten etc.) verhältnismässig mitgestiegen ist oder nicht. Ohne Berücksichtigung der gleichzeitigen Erwerbsverhältnisse ist die wissenschaftliche Behandlung der Teuerungsfrage unzulässig. Aus diesem Grunde haben wir in verschiedenen Tabellen die Lohnverhältnisse einzelner Länder zum Vergleich mit denen Oesterreichs und Ungarns herangezogen.

Hier sei diesbezüglich hervorgehoben, dass in Frankreich, im Zeitraum eines Jahrhunderts, während die Lebensmittel durchschnittlich um 30 % stiegen, alle Einkommen (Löhne, Gehälter) um 127 % in die Höhe gingen[1]. Der Preis der Ware Arbeit ist also anderen Waren gegenüber in einem Jahrhundert (1800—1900) um das Vierfache gestiegen. Die subjektive Bedeutung der Warenteuerung einerseits und ihre Abhängigkeit von dem Wert der Arbeit ist an dieser Tatsache am klarsten zu erkennen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika, wo in den letzten Jahren unter dem Einfluss der fortschreitenden Industrialisierung eine starke Abnahme der Landbevölkerung eingetreten und demzufolge die Verminderung der Acker- und Weideflächen, verbunden natürlich mit einem Rückgang der Viehzucht, in erhöhten Lebensmittelpreisen zum Ausdruck kam, gestaltete sich diese Teuerung durch die Politik der Kartelle noch bedeutend drückender und gab Anlass zu stürmischen Demonstrationen. Unter dem Einflusse dieser allgemeinen Bewegung wählte der Kongress zu Washington eine Kommission behufs Eruierung der eigentlichen Ursachen dieser Teuerung. Die Kommission veröffentlichte ihren Bericht unter dem Titel: Report on the high cost of living. Washington 1910. Aus der Arbeit ist, bezüglich des Zusammenhanges der Lohnhöhe mit der Warenteuerung zu entnehmen, dass einer — innerhalb der letzten Jahre eingetretenen — 40 %igen Steigerung der Fleischpreise eine 60 %ige Lohnerhöhung gegenübersteht.

Für die Verhältnisse in England ist die Tatsache bezeichnend („The Economist“, 8. Oktober 1910) dass, während in den letzten 10 Jahren die Fleischpreise auf dem ganzen Kontinent gestiegen sind, und dies selbst in den Vereinigten Staaten zu Massendemonstrationen führte, dieselben in England gefallen sind. Die Löhne aber sind in derselben Zeit gestiegen.

---

1) Alfred Piccard: Le bilan d'un siècle t. V. p. 251.

Wie der Minister Lloyd George ausgeführt hat, sind die Löhne in England in den letzten 4 Jahren um 40 % gestiegen, während die Lebensmittelpreise um 24 % sanken.

Dass eine Teuerung, überhaupt jede Veränderung in den Lebensmittelpreisen, nur in engem Zusammenhange mit dem Stande und der Entwickelung von Löhnen und Einkommen beurteilt werden darf, kommt in neuerer Zeit immer mehr zur Anerkennung.

Unter den Arbeiten, welche die Frage der Lebensmittelteuerung unter diesem Gesichtspunkte behandeln, ist wohl die gründlichste Studie, die allerjüngste Publikation der englischen Regierung über den Stand der Löhne in England und den Vereinigten Staaten in ihrem Zusammenhang mit den Kosten der Lebenshaltung (Board of Trade, Statistik V 1911).

Das Verhältnis der Durchschnittslöhne — in Bau- und Maschinengewerbe und Druckerei — beträgt:

für England gleich 100 gesetzt, in den Vereinigten Staaten = 230

Das Verhältnis der zur Erreichung der Löhne notwendigen Arbeitszeit:

für England gleich 100, in den Vereinigten Staaten = 96

Die Kosten der Lebenshaltung schliesslich betragen:

für England gleich 100, in den Vereinigten Staaten = 152.

Diese Daten besagen, dass trotzdem die Kosten der Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten um 52 % höher sind, wie in England, doch das Resultat sich für den amerikanischen Arbeiter günstiger gestaltet, da er für dieselbe Leistung — in sogar etwas kürzerer Arbeitszeit — um 130 % mehr Lohn erhält wie der englischer Arbeiter. Die neueren Gewerbestatistiken Deutschlands rechnen bei der Zusammenstellung der Lohnbewegungen bereits ebenfalls mit den herrschenden Warenpreisen. Ein Bericht der Essener Handelskammer vom Jahre 1909 führt aus, dass wenn auch in den Lebensmittelpreisen seit 40 Jahren eine konstante Steigerung zu verzeichnen ist, die Steigerung der Löhne im selben Zeitraume doch stets grösser war. Den Arbeitslohn und die Preise für die wichtigsten Lebensmittel im Jahre 1871 resp. 1875 gleich 100 gesetzt, sind die Veränderungen für den Zeitraum von 1871—1909 folgende:

Jahrgang	Arbeits-löhne	Speck	Rind-fleisch II	Kalb-fleisch II	Schweine-fleisch	Kartoffeln	Brot
1871	100	100	—	—	—	100	100
75	128	106	100	100	100	70	93
80	105	109	105	104	103	99	111
85	120	102	109	104	93	76	89
90	130	121	115	106	110	74	87
95	135	100	118	116	90	74	72
1900	157	101	111	121	90	69	83
05	169	125	116	134	123	87	80
06	176	142	124	150	137	69	85
07	176	123	127	148	116	84	94
08	176	123	124	150	119	89	111
09	179	129	126	156	126	96	111

Einen ähnlichen Vergleich zwischen der Steigerung der Löhne und der Lebensmittelpreise stellt auch die Agrarpolitische Wochenschrift (1909) an. Wenn im Jahre 1884 der Stundenlohn für Maurerarbeiten in Berlin und der Preis der fünf wichtigsten Lebensmittel (Weizen, Roggen, Kartoffeln, Hornvieh, Schweine) zusammengenommen für dasselbe Jahr gleich 100 angesetzt werden, so ergeben sich folgende Steigerungen:

Jahrgang	Höhe des Stunden-lohnes	Höhe der Lebensmittel-preise
1884	100	100
1889	138	105
1898	150	110
1903	169	107
1909	188	133

Der Nummer 8 des Jahrganges 1908 der Sozialistischen Monatshefte entnehmen wir, dass das durchschnitttliche Jahreseinkommen der in den Produktionsgenossenschaften beschäftigen Arbeiter Berlins sich im Zeitraume von 1899 bis 1908 um 52 % erhöhte, während die Steigerung in den Preisen der fünf wichtigsten Lebensmittel im selben Zeitraume nur 26,1 % betrug. Im selben Hefte führt Richard Calwer aus, dass während die Löhne der in den Werkstätten der Produktionsgenossenschaften beschäftigten Arbeiter seit dem Jahre 1895 sich um ungefähr 37—38 % erhöht haben, die Erhöhung des Preisniveaus bei den Waren der Lebenshaltung nur ungefähr 25 % beträgt.

Besonders lehrreich sind die Daten Kuczynszky's, des Direktors des statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, der sich speziell mit der Entwicklung der Löhne in Europa und Amerika beschäftigt. Nach seinen Angaben war der durchschnittliche Verdienst eines Grubenarbeiters in

Oberschlesien im Jahre 1886 = 2,03 ℳ; 21 Jahre später bereits 4 ℳ. Das Jahreseinkommen eines Arbeiters in den schlesischen Gruben (Frauen und Kinder mitgerechnet) machte im Jahre 1876 = 490 ℳ, im Jahre 1897 aber schon 1003 ℳ aus, so dass also die prozentuelle Lohnsteigerung in 21 Jahren sich auf mehr als 100 % belief.

Wie wir in unseren Tabellen im Einzelnen vorführen, sind die Löhne sowohl in Oesterreich als in Ungarn innerhalb der letzten 20 Jahre auch bedeutend gestiegen, wodurch eine teilweise Kompensation der eingetretenen Lebensmittelteuerung möglich wurde. Am grössten war die Lohnsteigerung bei den landwirtschaftlichen Arbeitern: innerhalb 20 Jahren ungefähr 100 %. Allein in den letzten 4 Jahren, also seit 1906, betrug die Lohnsteigerung in der Industrie 40—50 %, in der Landwirtschaft 75 %[1]). Allerdings steht diese Steigerung weit zurück hinter der prozentuellen Erhöhung der Lebensmittelpreise und der Preise der Wohnungen, so dass die Kaufkraft der Löhne entschieden gesunken ist. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass für die Beurteilung der Kaufkraft der Löhne neben den prozentuellen Lohnsteigerungen die absolute Höhe der Löhne als nicht minder wichtig erscheint. Was bedeutet z. B. für den ungarischen oder galizischen Feldarbeiter eine Lohnsteigerung von 100 % innerhalb der letzten 20 Jahre, wenn die Löhne absolut heute noch immer weniger als 2 Kronen betragen?

In Frankreich hat der landwirtschaftliche Arbeitslohn in 42 Jahren ebenfalls eine 100 %ige Steigerung erfahren, dabei aber beträgt auch der durchschnittliche Tagelohn dort heute 2,94 Frc. gegen nur 1,90 in Oesterreich. In England wieder vollzog sich die prozentuelle Steigerung in demselben Zeitraume (1850—1892) weit langsamer wie in Frankreich, etwa nur um 53 %. Doch waren die Durchschnittslöhne schon im Jahre 1850 um die Hälfte höher wie in Frankreich, und konnten daher mit einer mässigeren Steigerung den Stand der Preise des heutigen Frankreich einholen[2]).

Damit glauben wir nun hinreichend nachgewiesen zu haben, dass Umfang und Bedeutung einer Lebensmittelteuerung — wie wir schon weiter oben ausgeführt haben — nur dann richtig eingeschätzt werden können, wenn ein Vergleich mit der Bewegung und dem Stande der Arbeitslöhne stattfindet.

Unsere erste Aufgabe bei der Besprechung der Lebensmittelteuerung Oesterreich-Ungarns wird nun in der Untersuchung bestehen, auf welche Waren sich die Teuerung erstreckt, durch welche Faktoren sie verursacht und erhalten wird und wie stark sie das Wirtschaftsleben Oesterreich-Ungarns belastet.

Die meisten Produktionszweige suchen sich vor der Wirkung der Teuerung dadurch zu schützen, dass sie die zu entrichtende Teuerungs-

---

1) Staatssekretär Szterényi; Parlamentsrede 17. 12. 1910.
2) Eskotte T. H. S. England von heute 1908.

quote auf die Waren überwälzen, so dass sie in letzter Instanz der Konsument zahlen muss. Nun ist in Oesterreich u. Ungarn für jeden einzelnen Artikel besonders zu untersuchen, ob derselbe eine Teuerungsquote von bestimmter Höhe tragen kann oder nicht. Bei vielen Artikeln würde die Preissteigerung der Ware einfach auf Kosten des normalen Konsums geschehen; man bezahlt zwar die hohen Preise, sieht sich demgegenüber aber gezwungen, den Verbrauch einzuschränken; so führte z. B. die Teuerung in Wien in einem Jahre zu einem Rückgange der Rinderschlachtungen um 222000 Stück Vieh! Nach den Daten des statistischen Amtes der Hauptstadt Budapest wurden in einem billigen Jahre z. B. im Jahre 1874, pro Kopf der Bevölkerung 63,4 kg Fleisch verzehrt, je mehr aber die Preise stiegen, um so weniger Fleisch wurde gegessen. Im Jahre 1884 war der Konsum pro Kopf und Jahr nur noch 54,1 kg, im Jahre 1894 51,9 kg, im Jahre 1905 nur mehr 45 kg und im Jahre 1908 sogar 43,8 kg.

Es gibt dann aber auch wieder Artikel, die aus einem anderen Grunde nur sehr vorsichtig mit der Teuerungsquote belastet werden dürfen, weil nämlich eine bedeutende weltwirtschaftliche Konkurrenz in diesen Artikeln besteht, welche bei erhöhten Preisen sofort den Import verstärkt. Um nur bei den wichtigsten Lebensmitteln zu bleiben, dürften bei einer starken Steigerung der Milchpreise die Preise der Delikatesskäse nicht erhöht werden, weil ein starkes Ansteigen des Imports der Auslanderzeugnisse dieser Branche die Folge wäre. Doch die meisten Waren, besonders die durch Zölle geschützten, lassen eine Uebertragung der Teuerungsquote auf sie unbehindert zu, was dann auch von den Konsumenten anstandslos getragen wird.

Für den freien Arbeiter, als Produzent der Ware „Arbeit“ betrachtet, bedeutet die Teuerung genau dasselbe wie für jeden anderen Produzenten, nämlich ein Anwachsen der Produktionskosten. Seine Produktionskosten sind die Mittel der Lebenshaltung, und sein Produkt, seine Ware ist die Arbeit. Ist er imstande die Kosten seiner Lebenshaltung, auf sein Produkt „Arbeit“ zu überwälzen, indem er höhere Löhne fordert und erhält, so hat er im Grunde bei der Teuerung nichts verloren, und die Verschiebung in dem Wertverhältnisse zwischen Geld und Ware berührt ihn nicht. Wenn ich als Lohn zur Deckung meines Haushaltes 3 kg Fleisch fordere, und ich diese 3 kg Ware mit meinem täglichen Arbeitsaufwande bei niederen Preisen durch niedrigere Löhne ebenso erreichen kann, wie bei hohen Preisen durch erhöhte Löhne, so sind mir dabei die niederen oder höheren Lohnsätze ganz gleichgültig. Doch dieser theoretische Ausgleich kommt in der Praxis in Oesterreich nicht oder nur selten zu stande, weil die Steigerung der Löhne fast immer hinter der Steigerung der Lebensmittelpreise zurückgeblieben ist.

Was geschieht daher, wenn der Arbeiter den Mehraufwand für Lebensmittel durch einen entsprechenden Mehrverdienst nicht bestreiten kann?

Man versucht allerdings zuerst, die Bedürfnisse auf das notwendigste Mass einzuschränken, doch wenn dies — bei grosser Familie, bei Krankheit etc. — nicht möglich ist, werden durch die hohen Lebensmittelpreise immer grössere Teile der Löhne aufgezehrt, und es bleibt immer weniger für andere Ausgaben übrig. Man hat in Oesterreich schon öfters berechnet, (1) dass bescheidene Beamtenfamilien bei den heutigen Preisen über 63 % ihres Gesamteinkommens für Lebensmittel aufwenden müssen, (für 1892 in Deutschland 51 %, England, Belgien 47 %) (2) und nur 37 % für Miete, Bekleidung, kulturelle Aufwendungen, Steuern und alle möglichen anderen Ausgaben übrig bleiben. Werden nun die übrigen so notwendigen Bedürfnisse immer mehr vernachlässigt, und leidet das ganze physische, kulturelle und moralische Entwicklungsbedürfnis breiter Berufsklassen darunter, so ist eine steigende Auswanderung, wie dieselbe in Oesterreich u. Ungarn seit Jahren im Gange ist, nicht mehr aufzuhalten.

Die Arbeiter verdienen in Amerika monatlich

in den Eisenwerken . . . . 53 bis 56 Dollar,
in Fabriken . . . . 48 bis 50 Dollar,
in Bergwerken . . . . 46 bis 48 Dollar,
und ungelernte Arbeiter haben . . 1,70 Dollar Tagelohn,

demgegenüber belaufen sich die Kosten der Lebenshaltung — nach sehr verlässlichen Daten — durchschnittlich auf 17 bis 18 Dollar.

Das englische Arbeitsamt Board of Trade veröffentlicht folgende offizielle Daten über die Kosten der Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten. (V. Band 1911).

A. Bedarf eines Haushaltes an Lebensmitteln pro Woche	Kostete im Jahre 1909 Pence
Zucker $5\frac{1}{3}$ Pfund =	30
Käse $\frac{3}{4}$ Pfund =	14.5
Butter 2 Pfund =	66.4
Kartoffeln 17 Pfund =	3.4
Mehl 10 Pfund =	3.4
Brot 22 Pfund =	122.—
Milch 7 Liter =	44.4
Rindfleisch $4\frac{1}{2}$ Pfund =	62.4
Hammelfleisch $1\frac{1}{2}$ Pfund =	22.—
Schweinefleisch $\frac{1}{2}$ Pfund =	0.6
Speck $1\frac{1}{2}$ Pfund =	28.—
Summe	402.5 Pence

= 4 Dollar pro Woche
16 Dollar pro Monat.

1) Perwolf Wien 1909.
2) J. Fuchs: Volkwirtschaftslehre S. 129.

B.

Eine Wohnung von 3—4 Zimmern kostet pro Woche im Durchschnitt 3 Dollar pro Monat = ... 12 Dollar, also Lebensmittel und Wohnung zusammen pro Monat = 28 Dollar, wobei ein Haushalt von 3—4 Mitglieder angenommen ist. Dementsprechend wird die Lebenshaltung eines Einzelnen ungefähr 10 bis 12 Dollar für Ausgaben des Haushaltes erfordern und weitere 5—6 Dollar für die gebräuchlichsten Genussmittel, Alhohol, Tabak etc., also zusammen 17—18 Dollar. Also nicht nur die Kosten der Lebensmittel allein, sondern schlechthin alle Kosten der Lebensführung können — in Amerika — mit 33 % des Einkommens gedeckt werden, und die Leute sind in der Lage, 67 % ihres Verdienstes als Ersparnis beiseite zu legen. In Oesterreich bringt ein geschulter Arbeiter mit einem monatlichen durchschnittlichen Nominallohn von 130 bis 150 Kr. bei einem 63 %igen Aufwand für Lebensmittel kaum die Kosten seiner notwendigen Lebenshaltung auf, während er in Amerika monatlich 150 Kr. ersparen kann und sich so in einigen Jahren schon ein Vermögen erübrigt.

Die Teuerung gestaltet sich für den Arbeiter in Oesterreich u. Ungarn geradezu zu einer Notlage, da er für den verdienten Nominallohn eine immer geringere Menge von Gütern erhält. Sie ist letzten Endes für ihn eine unverschuldete Erwerbseinschränkung, ähnlich jener, die durch Krankheit oder verminderte Arbeitsgelegenheit hervorgerufen wird und gleichfalls einen Ausfall an Gütern herbeiführt. Massnahmen, welche durch Verbilligung der Waren den Besitz an konkreten Gütern vermehren könnten, sind daher von allererster sozialpolitischer Bedeutung.

Oesterreich wie Ungarn schreiten heute energisch an die intensive Industrialisierung ihrer Staatsgebiete. Besonders in Ungarn macht man riesige Anstrengungen, eine kräftige Industrie zu entwickeln, dabei geleitet durch die Erkenntnis, dass die Einkünfte eines kapitalarmen Agrarstaates bei extensiver Wirtschaft nicht mehr ausreichen, die Kosten eines modernen Staatshaushaltes von mehr als einer Milliarde zu bestreiten. Diese Art intensiver Industrieförderung erheischt im Anfange grosse Opfer. — Die Begünstigungen, welche der Staat in der Form von Investitionsbeiträgen, direkten Zuschüssen, Fracht- und Steuerbegünstigungen etc. jährlich erteilt, beziffern sich auf viele Millionen. Als direkte Subvention wurde durch das Gesetz vom Jahre 1897 eine Summe von 120 Millionen K. in jährlichen Raten von 12 Millionen K. bewilligt. Doch alle diese Begünstigungen, alle Anstrengungen des Staates wie der Unternehmer können nur dann positive Erfolge zeitigen, wenn die Hindernisse beseitigt werden, die diesem Ziele entgegen stehen. Eines dieser Hindernisse — und zwar ein sehr bedeutsames — ist eben die Lebensmittelteuerung.

Sie zwingt einerseits die Arbeiterschaft zu erhöhten Lohnforderungen und belastet damit die Produktion mit Mehrausgaben in einem Masse, dass alle jene Begünstigungen, die der Staat zur Förderung der Industrie

gewährt hat, in ihrer Wirkung leicht aufgehoben werden. Andererseits aber zwingt die Industrie, wenn sie aus Mangel an Mitteln die durch die erhöhten Lebensmittelpreise bedingten Zuschüsse nicht gewähren kann, die Arbeiter zu einer gewissen Einschränkung der Bedürfnisse. Die Folge ist eine verringerte Kaufkraft der Massen, welche die gesamte nationale Produktion schwer schädigt. So hat Oesterreich wie Abg. Zenker im Reichstag ausgeführt hat[1]) den allergeringsten Zuckerkonsum, den geringsten Konsum an Brotfrüchten, den geringsten Eisenkonsum, den kleinsten Bierkonsum, es halte nur auf einem Gebiete den Rekord — beim Schnaps.

Bei der fortschreitenden Einschränkung der Lebenshaltung wird aber leicht die Grenze erreicht, wo es grosse Teile der Bevölkerung vorziehen, auszuwandern, als sich auf Kosten ihrer Gesundheit und herkömmlichen Lebensführung einzuschränken, und so wird durch die wirtschaftliche Situation jene umfangreiche Auswanderung gefördert, durch die alljährlich an 300000 Menschen der österreichisch-ungarischen Monarchie entzogen werden.

Die Teuerung wird auch deswegen viel härter empfunden, weil das Leben früher in Oesterreich, besonders aber in Ungarn, sehr billig war — bedeutend billiger als in den westeuropäischen Nachbarstaaten —, worauf eine behagliche Lebensführung bei den Festbesoldeten wie auch beim Bauern und beim Kleingewerbetreibenden begründet war; diese traditionelle Lebensführung tritt als wirtschaftliche Tendenz mit grossen Forderungen auf. Die Löhne und Einkommen aber, die in Deutschland, Frankreich, England in ihrer prozentuellen Steigerung die Kosten der Lebenshaltung überflügelten, konnten weder in Oesterreich noch in Ungarn mit dem Steigen der Lebensmittelpreise Schritt halten, und es kam zu einer besonders scharfen Disparität zwischen dem Erwerbe und den Kosten der Lebenshaltung, zwischen dem nominellen Lohne und demReallohne.

Weder Industrie noch Landwirtschaft vermochten nun bei dem verringerten Konsum und der ausländischen Konkurrenz jene Löhne zu zahlen, welche den verteuerten Preisen entsprochen hätten. In dieser Situation werden die Klagen der Konsumenten immer lauter und die Bewegungen unter ihnen immer lebhafter.

Den wiederholten akademischen Diskussionen und theoretischen Protestversammlungen folgten dann energischere Massnahmen. Man griff zu den radikalsten Mitteln der „Selbsthilfe“ und veranstaltete in einzelnen Städten gut organisierte „Nahrungsmittel-Streiks“, die gegen den Genuss von Fleisch gerichtet waren. Den Anfang machten die Frauen in Krems N.-Oest., und viele andere Städte folgten dann ihrem Beispiel. Dieser Weg hat allerdings momentane Abhilfe geschaffen und bedeutende Preisreduktionen zur Folge gehabt, doch kann man natürlicherweise dadurch die realen preisbildenden Faktoren, welche im letzten Grunde die Teuerung verursachen, nicht aus der Welt schaffen. Jedenfalls können solche

1) 12. Oktober 1911.

Bewegungen nicht den Anspruch erheben, als ernste Massregel gegen die Teuerung gewürdigt zu werden, doch wird man in ihnen deutliche, nicht misszuverstehende Symptome für die wachsende Unzufriedenheit breiter Volksschichten erblicken müssen.

Diese immer mehr sich ausbreitende Bewegung macht aus der wirtschaftlichen Frage der Lebensmittelteuerung eine eminent wichtige Frage sozial-politischen Charakters und bereitet den Regierungen oft nicht geringe Verlegenheiten.

Wie Finanzminister Lukacs schon am 26. Oktober 1910 in seinem Exposé ausführte, hat der Staat als Arbeitgeber die Konsequenzen der Teuerung genau so am eigenen Leibe zu spüren wie die Privatwirtschaft. Seit dem Jahre 1893 wurden durch Gehaltszulagen und Aufbesserungen eine jährliche Mehrausgabe von $86^1/_2$ Millionen Kronen nötig, doch wird durch die rapid zuehmende Teuerung die Wirkung dieser zu Gunsten der Angestellten eingeleiteten Aktion fast vollständig aufgehoben. Seitdem hat die Bewegung in allen Schichten der Beamten die Regierung zu wiederholten Aufbesserungen veranlasst, besonders betrifft dies die Staatsbahnbeamten. Die vielen Versammlungen und Petitionen, welche einmütig gegenüber der verschärften Teuerung eine entsprechende Besserung der Bezüge forderten, hatten nun auch das Resultat, dass die ungarische Regierung Ende 1911 eine „Familienzulage" genehmigte, welche entsprechend der Kopfzahl der einzelnen Familien verteilt werden soll. Die Gesamtsumme wird sich beiläufig auf 32 Millionen belaufen, doch da diese Summe auf mehr als $^1/_2$ Million Bedienstete aufgeteilt wird, hat man wenig Hoffnung, dass diese Aktion — ihr Ziel — eine entsprechende Deckung der durch die Teuerung entstehenden Mehrlasten erreichen wird. Die staatlichen Angestellten sind auch mit der ihnen in Aussicht gestellten Zulage nicht zufrieden und fordern, nicht nur einen Teuerungs-, sondern auch den Familienzuschlag, nicht allein — wie von der Regierung kontempliert wird — für die in Budapest stationierten Angestellen mit Familie, sondern für alle verheirateten und eine Familie erhaltenden Staatsangestellten und für die Pensionäre eine Zulage von 30 $^0/_0$. In Oesterreich will die Regierung vom 1. Januar 1912 an ungefähr den gleichen Betrag, 33 Millionen Kr. zur Linderung der Teuerungsnot bei den Staatsangestellten aufwenden.

Dem Interesse der übrigen Bevölkerung, meinte Ministerpräsident Graf Stürgkh[1]), wäre dadurch zu dienen, dass die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, gegenüber den an sie gestellten höheren Preisforderungen durch die Erweiterung der Arbeitsgelegenheiten und Verdienstmöglichkeiten gehoben wird. Damit wäre — nach dem Ministerpräsidenten — ein Mittel gegeben, neben den Massnahmen zur günstigen Beeinflussung der Angebots- und Preisverhältnisse dem Teuerungsproblem auch von einer anderen Seite erfolgreich beizukommen. Welche Ansicht auch von der wissenschaftlichen Kritik voll und ganz unterschrieben werden kann.

1) Reichsrat 15. XI. 1911.

II. Die Erscheinung der Teuerung in Oesterreich-Ungarn.

Die Teuerung in Oesterreich-Ungarn erstreckt sich auf fast alle Gebiete des Lebensmittelmarktes, und die jetzige Steigerung ist eigentlich nur ein Glied in der langen Kette der Preissteigerung der letzten Jahre. Im Laufe des letzten Jahrfünfts sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel teilweise um nahezu die Hälfte gestiegen, unter anderen auch die Preise eines so wichtigen Nahrungsmittels wie der Milch.

Um einige wenige Beispiele der Verteuerung der Lebenshaltung gleich hier anzuführen, wollen wir erwähnen: Butter notierte im Jahre 1904 in Wien 1 K. 60 h. bis 3 K., während sie jetzt nach den amtlichen Erhebungen 3 K. 20 h. bis 4 K. 20 h. kostet. Aehnliches gilt für Eier. Im Jahre 1904 bekam man noch etwa 42 Stück für 2 K., während man jetzt nur mehr 28 bis 32 Stück erhält. Besonders gross ist die Steigerung der Mehlpreise, wie sie sich infolge der schwächeren Ernte im Jahre 1909 und der starken Steigerung der Getreidepreise vollzogen hat. Auszugsmehl kostete noch im Jahre 1904 26 bis 36 Heller, heute dagegen 44 bis 52 Heller, Semmelmehl 22 bis 33 Heller im Jahre 1904, heute 38 bis 46 Heller, Mundmehl damals 24 bis 34 Heller, heute 40 bis 48 Heller. Bei Mehl stehen wir also vor einer Steigerung um die Hälfte des früheren Preises, teilweise sogar noch vor grösseren Preissteigerungen. Im Anschluss daran ist eine Verteuerung des Brotverbrauches durch leichteres Ausbacken des Brotes und des Semmelgebäcks selbstverständlich. Man hat weiter berechnet, dass die jetzige Steigerung für Milch allein eine Mehrbelastung der Wiener Bevölkerung von etwa 6 Millionen Kronen bedeutet.

Genau so verhält es sich mit den Fleischpreisen. Auch hier wird, besonders in den Grosstädten, über allzuhohe Preise geklagt, und tatsächlich war bis Ende 1907 ein fortgesetztes Ansteigen der Preise zu beobachten, welches eine nur vorübergehende Milderung im Jahre 1908 erfuhr und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bei der enormen Steigerung der Fleischpreise die weniger bemittelten Kreise der Bevölkerung nicht mehr imstande waren, den Preis für das Fleisch zu erschwingen, so dass die Stadt Wien einen Rückgang der Rinderschlachtung von 20 000 Stück Vieh in einem Jahre zu verzeichnen hatte. Dieser bedeutende Ausfall der Nachfrage hat natürlich vorübergehend die Preise etwas herabgedrückt.

Es ist leicht festzustellen, dass die Preise der wichtigsten Lebensmittel die Notierungen der Nachbarstaaten weit überragten und überhaupt die höchsten waren, die im letzten Jahrzehnte in Europa gezahlt wurden.

Steigerung der Weizen- und Schweinepreise im Zeitraume 1900 bis 1907[1]) in %.

Tabelle I.

Städte.	Weizen.	Schweine.
Berlin	38.2 %	10.7 %
London	13.7 %	—
Paris	24.4 %	26.3 %
Odessa	30.7 %	—
Dresden	—	21.8 %
Wien	47.8 %	38.4 %
Budapest	50.6 %	40.9 %.

Schon vor 3 Jahren führte Handelsminister Dr. Weiskirchner in seiner Parlamentsrede am 27. Oktober 1909 eine Reihe statistischer Daten über die Lebensmittelteuerung an, aus welchen hervorgeht, dass die Steigerung der Getreidepreise, wie auch der Milch- und Fleischpreise in Oestereich verhältnismässig höher ist als die Steigerung des Preises derselben Warengattungen im Auslande. In der Zeit von 1906 bis 1908 sei beispielsweise der Preis des Weizens in Wien um 46 %, in Berlin dagegen nur um 17.5 % gestiegen, die Differenz zwischen den Weizenpreisen im Jahre 1906 und denen im Jahre 1907 seien natürlich viel grösser. Auch die Milchpreise haben, wenn auch nicht in demselben Masse wie die Getreidepreise, eine unverhältnismässige Steigerung erfahren. Das Weizenmehl hat in den Jahren 1906 bis 1908 eine Preissteigerung von 70.5 % durchgemacht, zu gleicher Zeit in Berlin eine solche von nur 16 %. Was die Milchpreise anlangt, so ist festzustellen, dass sie im Laufe der letzten 8 Jahre um 100 % gestiegen sind. Der Durchschnittsverkaufspreis für Milch im Detailverkauf betrug 1910 in Berlin 24 bis 25 Heller, in Wien und Budapest 30 Heller.

Seit dem haben sich die Preise für die meisten Lebensmittel noch weiter erhöht und beträgt die Steigerung zurzeit — Ende 1911 — gegenüber den Notierungen der letzten Jahre bei

Kartoffeln	20 %
Butter	15—20 %
Milch	10 %
Rindfleisch	10 %
Zucker	25 %.

Der eigentliche Charakter der Teuerung in Oesterreich u. Ungarn wird durch zwei auffallende Tatsachen gekennzeichnet. 1. Ein und dieselben

1) Statist. Ausweise Dr. G. Thirring Dokumente zur Teuerung 1908 Budapest p. 202.

Lebensmittel von ein und derselben Qualität haben je nach den Städten anormal verschiedene Preise; es ergeben sich Unterschiede in den Notierungen von 100 bis 300 %! In Deutschland betragen die Preisunterschiede der wichtigsten Lebensmittel an den verschiedenen Märkten höchstens 30 %, zwischen den Städten des ganzen Britischen Reiches kaum 10 %! (S. Tabelle.) 2. In ein und derselben Stadt, auf ein und demselben Lebensmittelmarkte (Markthalle) werden dieselben Waren zu so verschiedenen Preisen verkauft, dass dadurch die bedeutendsten Variationen schon innerhalb eines Tages oder einer Woche entstehen, und die Preisdifferenzen der Lebensmittel in einem Jahre 100 bis 200 % erreichen. (S. Tabelle.)

Um hier nur einige der krassesten Beispiele zu erwähnen, sei bemerkt, dass Ende November 1909 Rindfleisch I. Güte in Ungarn zwischen 88 h. und 2 k. 20 amtlich notiert wurde.[1]) Nach denselben Berichten schwankte der Preis der Kartoffeln je nach den einzelnen Städten von 3.50—11 K. pro q. — 100 Stück Eier kosteten in einigen Städten 7 bis 8 K., in andern 10—12 K. Der Preis von Butter war Dezember 1909 in Kremsier 1.40—1.50, in Leitomischl 2.10—2.30, in Cernowitz 3.00 bis 360. Ein Liter Bier kostete (Dezember 1909) in Prag 26 h., in Linz 40 h., in Triest 46 h. Gemüse (Erbsen und Linsen) notierten in Wels und Bozen 54—56 h., auf böhmischen und galizischen Märkten nur die Hälfte. Als Beispiele für Preisschwankungen derselben Waren auf denselben Märkten wollen wir anführen, dass Kalbfleisch in Wien minimal mit 80 h., maximal mit 2 K. 40 pro Kg. verkauft wird; Schaffleisch macht während eines Jahres Schwankungen von 56 h. bis 2.40 pro Kg. durch; Schweinefleisch solche von 1.40—2.40. Als Minimalpreis für 100 Stück Eier sind in Budapest 4.86 K. amtlich notiert, als Maximalpreis 7.90 K.

Unterschiede einiger Lebensmittelpreise nach den verschiedenen Märkten — 1908 (Durchschnittspreise). —

	Erbsen	Bohnen	Hirse	1 Huhn	1 Kg. Suppenfleisch	100 Stück Eier
Budapest	33 Hell.	27 Hell.	24 Hell.	1.33 Kr.	1.67 Kr.	6.50 Kr.
Kronstadt	23 „	18 „				4.92 „
Esseg	76 „					
Kanizsa		29 „				
Györ			17 „			
Fiume			45 „			
M. Sziget				70 Hell.	0.96 „	
Arad				1.90 Kr.	2.00 „	10,29Kr.

Stat. Jahrbuch für das Königreich Ungarn, XVI. Bd. S. 197 (Amtl. Ausg.).

[1]) a) Amtliche Berichte des Kgl. Ackerbauministeriums, zusammengestellt: Köztelek XI/27 1909. b) K. K. Statistische Nachrichten Nr. 49 7/XII 1909.

Unterschiede in den Fleischpreisen (Durchschnittspreise) pro Kg. n. Kr.

	Bratenfleisch	Suppenfleisch
Budapest	2.38	1.60
Miskolcz	1.15	1.06
N. Varad	1.04	—
M. Sziget	0.93	0.74
Szeged		1.03

Vorlage der Regierung. Motivenbericht zum serbischen Handelsvertrage 1910.

Wir müssen bei der hier angeführten Erscheinung stehen bleiben und diese auffallende Preisbildung genau untersuchen, denn sie erscheint uns für das Zustandekommen der Teuerung in Oesterreich-Ungarn von grundlegender Wichtigkeit. Es scheint, dass die Preisbildung auf den Märkten sich blutwenig darum kümmert, ob die Produktionskosten der einzelnen Lebensmittel vollinhaltlich gedeckt werden oder nicht, ebenso wenig darum, ob der geforderte Preis dem Gebrauchswerte — der einzelnen Waren — entspricht oder nicht, sondern dass sie einfach durch die momentane Marktlage bedingt wird. Ist ein Markt momentan gut beschickt, so herrschen billige Preise, ist er schlecht beschickt, herrschen hohe Preise. Angebot und Nachfrage stehen auf den österreichischen und ungarischen Märkten stets in hohem Masse ungleichmässig einander gegenüber, dementsprechend notiert ein und derselbe Markt dieselbe Ware bald billiger, bald teuerer. Ein Preisausgleich — eine Stabilisierung der Preise kommt nicht zustande, weil kein Warenausgleich zustande gebracht wird. An einer wirksamen Vermittelung des Grosshandels fehlt es. Der ungarische Agrikultur-Landesverband hatte auf Grund der gesammelten Fragebogen, Ende 1911, bezeichnende Daten veröffentlicht,[1]) wonach es selbst bei der zurzeit herrschenden Teuerung noch immer Orte gibt, wo jede Art Ochsenfleisch, wie auch Kalbfleisch zu demselben niederen Preise 0,80 Kr. pro Kg. zum Verkauf gelangt, wie früher, Orte, wo infolge verminderter Kaufkraft ärmerer Bevölkerung selbst die besseren Qualitäten zu demselben Preise abgegeben werden müssen wie die niederen Sorten, da keine hinreichende Nachfrage für erstere vorhanden ist. Dabei kommt es auch vor, dass in einer unbedeutenden Entfernung von einem solchen billigen Markte — wie z. B. in Abanj, Semse und Detek — dieselbe Fleischgattung schon um das Doppelte höher bezahlt werden muss. Diese Daten erbringen den Beweis, dass am Fleischmarkte eben jene richtige Organisation fehlt, die imstande wäre, durch wirksame Vermittelung den Ueberschuss einzelner Produzenten zum Ausgleich der anderwärts vorhandenen grösseren Nachfrage zu verwenden. Demgemäss spricht man in Oesterreich und Ungarn von billigen Plätzen und teueren Plätzen. Es gibt Städte, die seit Generationen berüchtigt sind als Städte der Teuerung;

---

1) Gazd. Lapok 10. 12. 1911.

neben ihnen sind ganz entschieden billige Märkte vorhanden. Staat und Gesellschaft rechnen mit diesen Verhältnissen wie mit gegebenen Faktoren.

Verpflegungskosten für 1 Mann der K. und K. Armee beim Aufenthalt und Durchmarschieren der Truppen, bewilligt je nach den einzelnen Städten für das Jahr 1908.

Stadt	Ration pro Mann in Heller
Budapest	66
Fiume	60
Kassa	68
Kolozsvar	58
Hermannstadt	57
Pozsony (Pressburg)	75
Temesvar	59
Zagrab	55

Man bewilligt den Beamten und den K. und K. Offizieren dort, wo das „Leben“ teuer ist, nach Möglichkeit Gehaltszuschüsse oder höhere Wohnungsgelder.

Wie wir in den folgenden Ausführungen im einzelnen besprechen werden, ist eine Disparität zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen Angebot und Nachfrage und damit die natürliche Teuerung bei zwei der wichtigsten Nahrungsmittel, bei Fleisch und Milch, in den meisten Städten tatsächlich zu konstatieren. Doch sind bei der Beurteilung die Fälle, in welchen eine verhältnismässige Verringerung des Angebotes durch natürliche Faktoren hervorgerufen wurde, wie sie z. B. schon durch die regelmässige Zunahme der Bevölkerung — also durch wachsende Nachfrage — entsteht, von denen zu unterscheiden, in welchen eine absolute Verringerung des Angebotes durch Missernten oder durch Verminderung der Zahl der landwirtschaftlichen Produzenten verursacht wird.

Auf der anderen Seite müssen die Fälle erörtert werden, wo die Disparität durch künstliche Faktoren zustande kommt, durch gewisse Massnahmen auf dem Gebiete der Handelspolitik, wie z. B. durch Zölle, welche eine Verringerung der Einfuhr, oder durch hohe Ausfuhrprämien, welche eine bedeutende Lebensmittelausfuhr zum Nachteile der normalen Konsumtion bewirken.

Bei einer weiteren Kategorie von Lebensmitteln, bei den Getreidearten, können wir von einer Disparität zwischen Angebot und Nachfrage nicht sprechen, da diese Artikel Weltmarktpreise haben, indem sie Objekte des Welthandels sind, Angebot und Nachfrage bei ihnen sich stets decken und vollständig ausgeglichen werden können. Wenn die Monarchie Ueberschuss an Getreide hat, dann herrschen einfach auch im Inlande die Weltmarktpreise; wenn sich aber durch geringere Ernteerträge ein wenn auch noch so geringfügiges Importbedürfnis einstellt, so erheben sich die Getreidepreise im Inland sofort auf das Niveau, welches durch Weltmarktpreise + Zoll + Frachtspesen bedingt ist. Die Erfahrungen

der letzten 25 Jahre haben als eine unumstössliche Tatsache erwiesen, dass die ungarischen Weizenpreise in Exportjahren gleich dem Weltmarktpreise auf dem zollfreien Markte: Braila, Rumänien sind + 2 bis 3 K. (Wasserfracht). In Importjahren jedoch ist der inländische Preis = Notierung Braila + 10 bis 12 K. (Zoll + Fracht).[1])

Für die Preise in Oesterreich ist bei Importbedürfnis der Markt Granica bestimmend.

In den letzten Oktoberwochen des Jahres 1909 konnte man in Granica (russische Grenzstation) russischen Weizen unverzollt prompte Verladung für 20 K. per 1 q. kaufen, während der Preis in Oesterreich für Weizen gleicher Qualität auf 28 K. stand. Demnach kommen im Inlandspreise der ganze Zoll und die Fracht zur Geltung.

Wenn wir die Preisnotierungen auf den Getreidemärkten vergleichen, je nachdem dieselben durch Zölle geschützt sind oder nicht, so können wir z. B. Ende Dezember 1909 folgende Notierungen konstatieren:

Zollfreie Märkte:	Weizenpreise pro 100 Kg.
Newyork	22 K. 22 h.
Liverpool	20 K. 24 h.
Odessa	18 K. 44 h.
Braila	21 K. 22 h.
Zollpflichtige Märkte:	
Berlin	25 K. 40 h.
Paris	22 K. 26 h.
Wien-Budapest	27 K. 06 h.

Es haben sich also die Getreidepreise in Oesterreich-Ungarn im Masse der Zölle erhöht. Da nun der Zoll 6 K. 30 h. pro 100 Kg. beträgt, sind auch z. Zt. die höchsten Preise der ganzen Welt in Oesterreich-Ungarn zu verzeichnen; ohne den Zoll wäre die Parität der österreichischen Ware mit der russischen an der russischen Grenze vollständig hergestellt.

Es gibt dann eine weitere Kategorie von Lebensmitteln, bei denen die hohen Preise kein Ergebnis der Disparität zwischen Angebot und Nachfrage sind, sondern bei denen eine Erhöhung des Preises einfach durch künstliche Zuschläge bewirkt wird, wie durch Abgaben an die Städte, durch Verzehrungssteuern etc., welche in der Regel die Ware selbst, bevor sie zum Konsumten gelangt, belasten.

In gewissen Städten der Monarchie sind die Verzehrungssteuern so hoch, dass sie den Preis gewisser Artikel bis zu 50 % des Wertes belasten (z. B. bei Bier); besonders hoch werden sie auf Wild und geistige Getränke ausgeworfen. Wie aus den späteren folgenden Tabellen ersichtlich ist, sind diese Abgaben in Oesterreich-Ungarn nicht nur ungerechtfertigt hoch, sondern sie sind im Vergleiche zu den sonst üblichen Lokal-

1) B. Jankovic Parlamentsrede 23. 12. 1910.

steuern überhaupt als die höchsten zu bezeichnen, welche der Konsumtion der Massen auferlegt werden.

Zuletzt werden wir noch jener künstlichen, die Lebensmittel verteuernden Faktoren gedenken, welche durch die schlecht organisierten Marktverhältnisse entstehen, durch unberechtigte Kartelle, Produktionsvereinigungen hervorgerufen oder durch unsoliden, schlecht geleiteten Handel verursacht werden. Dabei werden wir kurz die Bedeutung der Kommunikation, wie der Post-, Bahn- und Schifftarife berühren und untersuchen, ob dieselben einen nennenswerten Einfluss auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise in Oesterreich u. Ungarn ausüben.

III. Die einzelnen Elemente der Lebensmittelteuerung.

A. Weltwirtschaftliche Ursachen.

Bevor wir zur Besprechung derjenigen Faktoren übergehen, welche, unserem Erachten nach, die Verteuerung der Lebensmittel in Oesterreich-Ungarn bewirken, wollen wir noch einen kurzen Blick auf jene wirtschaftlichen Einflüsse werfen, die nicht unmittelbar von dem in Frage stehenden Wirtschaftsgebiete selbst ausgehen, sondern Strömungen internationaler Art sind, deren Wirkungen auch in Oesterreich u. Ungarn zu verspüren sind. Es sind die Einflüsse, die einesteils von seiten des Geldes, anderenteils von seiten der Waren wirksam sind und die bei dem regen internationalen Güterverkehr, bei den Beziehungen, in welchen Oesterreich u. Ungarn zu den Weltmarktplätzen bezüglich Waren und Arbeit steht, nicht auszuschliessen sind. Als solche „verteuernde“ internationale Einflüsse betrachtet man gewöhnlich Wertverringungen der Waren, hervorgerufen durch Edelmetallüberfluss resp. durch das Sinken des Geldwertes. Weiter die Kartelle, besonders diejenigen in der Produktion wichtiger Weltmarktartikel; ferner werden die allgemein beobachtete Hebung der Lebensführung, das damit verbundene Wachsen der Bedürfnisse und schliesslich nicht zum mindesten das dauernde Anschwellen der sozialen Lasten als jene international wirkenden Faktoren angesehen, welche die Produktion in allen Ländern verteuern. Theoretisch müssen wir allerdings zugeben, dass alle hier angeführten Faktoren „verteuernd“ wirken, doch um deren Bedeutung gerecht abzuwägen, müssen wir jeden einzelnen Punkt genau untersuchen, um uns von der Rolle Rechenschaft geben zu können, die sie speziell im Wirtschaftsleben Oesterreich-Ungarns bei der jetzigen Teuerung spielen.

In den letzten 2 Jahren 1910/11 haben sich allerdings auch in Oesterreich und Ungarn in vielen Zweigen der Lebensmittelversorgung preistreibende Kartelle gebildet, als deren typischster Vertreter wohl das Zuckerkartell anzusehen ist, das mit einer ungerechtfertigten Preissteigerung von über 25 % (!) die Konsumtion belastet hat, nach einer Rübenernte des Jahres 1910, die wohl als die beste der letzten Jahre angesehen wurde. Genau so hat in letzter Zeit auch das Brauherrenkartell eine Bierverteuerung herbeigeführt und sich dabei auf die schlechte Hopfenernte herausgeredet, obwohl die Hopfenernte des Jahres 1910 um 40 000 Meterzentner mehr geliefert hat, als für den Inlandsbedarf not-

wendig ist und vom Vorjahre grosse Ersparnisse übrig waren. Dementsprechend hat auch der Reichsrat dem Gebahren der einzelnen Kartelle seine volle Aufmerksamkeit geschenkt und eine spezielle Kommission, den Teuerungsausschuss, damit betraut, nach genauer Untersuchung der Methoden der Preistreiberei die administrativen Massnahmen zu empfehlen, die geeignet erscheinen, innerhalb der Kartelle eine gesunde Preispolitik zu erzwingen. Gleichzeitig hatte der Handelsminister Dr. Mataja einen Entwurf in Aussicht gestellt, ein Kartellgesetz, wodurch die Möglichkeit gegeben würde, die Nachteile des Kartellwesens auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen.

Der „Teuerungsausschuss" hatte zur Abwehr der Preispolitik der Kartelle eine Monopolisierung empfohlen: Zur Abwehr des Preiswuchers der Kartelle wird die Regierung aufgefordert: 1. Dem Abgeordnetenhause tunlichst bald Bericht zu erstatten, ob und inwieweit sie die Vorbedingungungen für die Monopolisierung zunächst des Grosshandels mit Eisen, Zucker, Bier, Petroleum, Spiritus, Kohle, Seife und anderen durch die Kartelle verteuerten Waren, in weiterer Folge auch die Monopolisierung der Produktion dieser Waren für gegeben hält; 2. insolange als ein Kartellgesetz nicht besteht, dem Wucher der Kartelle durch Entziehung aller ihnen gewährten Begünstigungen auf den Staatsbahnen durch strengste Handhabung aller gewerbrechtlichen und steuerrechtlichen Vorschriften in ähnlicher Weise entgegenzuwirken, wie die Regierung gegen die Petroleumraffinerien in Deutschland und Limanowa vorgegangen ist."

Was nun den Einfluss der sozialen Lasten auf die jetzige Höhe der Lebensmittelpreise anlangt, so können wir in Oesterreich u. Ungarn diese Posten als verteuernden Faktor nicht anerkennen. Allerdings haben sich die Löhne in allen Produktionszweigen besonders in der Landwirtschaft erhöht, wie wir bereits im einzelnen angeführt haben. Doch glauben wir, dass dieser Umstand allein die Summe der Herstellungskosten kaum merklich berührt. Nimmt man — wie es gewöhnlich geschieht — im Preise der Industrieartikel 30 % als Arbeitslohn an und setzt man für Wohlfahrtseinrichtungen die überaus hoch angenommene Ziffer von 50 % des Arbeitslohnes in die Rechnung ein, so bedeutet das nur eine 15 %ige Erhöhung der Produktionskosten überhaupt. Nun kann eine 15 %ige Erhöhung der Produktionskosten sehr leicht aufgewogen werden durch Profite oder Ersparnisse im Betriebe, bei Lebensmitteln durch günstigere Ernten etc. Ein guter Mairegen ist allein imstande, die ganze jährlich durch soziale Einrichtungen notwendige Mehrausgabe der ungarischen oder galizischen Landwirtschaft auszugleichen.

Uebrigens tragen grosse Wirtschaftsgebiete, wie Deutschland, Frankreich, England noch grössere soziale Lasten als Oesterreich u. Ungarn und doch war bis vor kurzem, wie wir bereits gezeigt haben, in diesen Wirtschaftsgebieten von analog hohen Preisen für Lebensmittel nichts zu verspüren. Die soziale „Mehrbelastung" wurde einfach durch andere auf Seite der Produktion wirksame Faktoren gedeckt. Viel mehr als die

„sozialen“ sind aber die „staatlichen“ Lasten gestiegen, welche die Produzenten und die Zwischenhändler zu tragen haben, Lasten, die neben den kommunalen Gebühren, jene „Regie“ anschwellen machen, welche in den Detailpreisen als preistreibender Faktor wirksam ist. In diesen anwachsenden staatlichen Lasten findet auch der mitunter unverhältnismässige Preisunterschied zwischen Engros- und Detailpreisen seine teilweise Rechtfertigung. Hat doch z. B. ein Delikatessenhändler, dessen Laden in einer belebteren Strasse einer Grosstadt gelegen ist, schon in der Ladenmiete 40 % an Staatssteuer zu entrichten und an anderen Gebühren, die auf Ess- und Trinkwaren liegen, noch weitere 20 %. In den Detailpreisen der Waren finden eben auch all jene vom Staat an den Kaufmann gestellten finanziellen Forderungen ihre Deckung, die letzten Endes doch vom Konsumenten getragen werden.

Die subjektive Preisforderung erfährt dann weiter eine Steigerung durch die höhere Lebensführung, die in den letzten Jahren in der ganzen Weltwirtschaft sich in dem Anschwellen der ihrerseits zu höheren Preisforderungen drängenden Ansprüche sich bemerkbar machte. Wir haben an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen, dass z. B. Arbeiter, die vom Land nach der Stadt ziehen, schon deswegen auch höhere Löhne fordern, weil ihre Lebensführung in der Stadt sich allmählich anspruchsvoller gestaltet und ihr Konsum an Lebensmitteln in Bezug auf die Qualität sich bedeutend hebt. Man geht zu ausgiebigerer Fleischnahrung und grösserem Alkoholverbrauch über. Dieser Vorgang — die Hebung der „Standard of life“ — beschränkt sich aber nicht nur auf die Arbeiter, sondern auch auf alle übrigen Berufsklassen. Es sind sowohl in Deutschland (Engel) wie in Frankreich (Le Play) wiederholt wissenschaftliche Untersuchungen darüber angestellt worden, die Kosten des Lebensunterhaltes in einer gewissen Bevölkerungsschicht in einem bestimmten Zeitabschnitte festzustellen und mit einer anderen Periode zu vergleichen. Diese Untersuchungen haben im Prinzip durchweg ergeben, dass in den Gewohnheiten und Bedürfnissen in der Art des Lebens ganzer Produzentenklassen im Laufe der Zeit Verschiebungen eingetreten sind, die sich auch statistisch erfassen lassen. Lucien March (Leiter der Landesstatistik von Frankreich) hat eine Methode in Anwendung gebracht, bei der die Bewegungen der Einkommen, der Ersparnisse und Kapitalsanlagen und die Bewegungen der Waren- und Lebensmittelpreise zu einander in Beziehung gesetzt werden. Auf diese Weise hat er durch Abzug der jährlichen Ersparnisse (Kapitalsanlagen etc.) von den jährlichen Einkommen jährliche Ausgaben für die Lebenshaltung von steigender Tendenz errechnet.

Der Teil der ermittelten Mehrausgaben, der nicht durch Verteuerung der Lebensmittel, Wohnungen und anderer Verbrauchsartikel entstanden ist, stellt ziffernmässig die gesteigerten Ansprüche dar. Beispiel: Ein Gast, der im Jahre 1870 zwei Frc. für eine Mahlzeit zahlte, müsste für dieselben Speisen bei den heutigen höheren Preisen 40 % mehr also 2.80 bezahlen. In Wirklichkeit bezahlt er aber heute per Mahlzeit 3 Frc.

60 Cm. Die Differenz, 3.60—2.80 also 80 Cm. ist der Betrag, den der Gast für reichlichere Lebenshaltung aufwendet. (L. March: Die Bewegung der Kosten des Lebensunterhaltes.) N. Fr. Pr. 14. Oktober 1911.

Als eines auf Seite des Angebotes wirksam werdenden Grundes höherer Preisforderungen ist nun noch der immer weiter fortschreitenden Einbeziehung aller Volkswirtschaften in der Weltwirtschaft zu gedenken.

Die moderne Ausgestaltung des Weltmarktes sichert durch eine fast unbegrenzte Absatzmöglichkeit dem Produzenten oder dem Kaufmann eine erhöhte Rentabilität. In einem nicht geahnten Masse ist es heute dem Handel gelungen, seine Tätigkeit auszubreiten und die Produkte nach dem jeweils rentabelsten Absatzgebieten zu befördern. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des richtig funktionierenden Zwischenhandels liegt ja eben darin, den Gütern einen höheren Wert, wie er in steigendem Preise zum Ausdruck kommt, dadurch zu sichern, dass er für sie immer grössere Absatzgebiete, grössere Nachfrage, stärkere Kaufkräfte — wo immer es sei — mobilisiert. Diese Tendenz, erweiterte Absatzgebiete und bestmöglich Verwertungsgelegenheiten zu schaffen, ist der beherrschende Zug der Weltwirtschaft. Sie in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen, ihr bei allen Gelegenheiten möglichsten Vorschub zu leisten, wird als Aufgabe jeder zweckmässigen Handelspolitik angesehen. Zur Erreichung dieses Zieles werden die wirksamsten Mittel in Anwendung gebracht: In diesem Sinne wirkt die ganze Tarifpolitik der Bahn- und Schifftransportgebühren, die Begünstigung des Exportes — wie wir dieselben später detailliert kennen lernen werden — alle Abkommen der Regierungen untereinander bezüglich der Hemmung oder der Förderung des freien Wettbewerbes auf den einzelnen Märkten der Weltwirtschaft. Grosse politische Opfer werden oft nicht gescheut, um den freien Wettbewerb der heimischen Produktion in fremden Ländern zu sichern. Zur Abwickelung seiner Geschäfte besitzt der Auslandshandel einen weit verzweigten und gut funktionierenden Apparat, den Konsulatsdienst, der mit staatlichen Mitteln organisiert, sein Streben nach bestmöglichster Rentabilität aufs Wirksamste unterstützt. Diese Zuführung von Käufern mit erhöhter Kaufkraft bedeutet aber für die Konsumenten des Inlandes eine erhebliche Konkurrenz in der Nachfrage und wirkt auf die Preise — unbestritten — erhöhend ein.

Dabei ist nun weiter noch in Betracht zu ziehen, dass sich in der ganzen Weltwirtschaft Prozesse abspielen, die die Kaufkraft der Konsumenten überall bedeutend gehoben haben. Das Steigen der Bedürfnisse, die Hebung des „Standard of life“ ist bei den Konsumenten ebenso vorhanden, wie bei den Produzenten und hat natürlich die Tendenz, sofort wirksam zu werden, wenn die Möglichkeit zur Realisierung geboten wird. Diese Möglichkeit ist nun eben im letzten Jahrzehnte in ungeahnter Weise Wirklichkeit geworden. Riesige Kapitalsanhäufungen und damit eine fast unmessbare Stärkung der wirtschaftlichen Kaufkraft haben statt-

gefunden und zwar durch folgende drei für die moderne Weltwirtschaft typischen Momente:

1. Durch vermehrte und ausgiebige Arbeitsgelegenheiten,
2. Durch Konjukturgewinne,
3. Durch leichten und hohen Kredit.

Daneben werden wir bei unseren weiteren Untersuchungen noch finden, dass bei einer tatsächlich im Laufe der Zeit eingetretenen Depretiation (Wertverminderung) des Geldes, schon der allgemeine Glauben der Marktparteien an die leichte Beschaffung von Geld auf dem Wege des Kredits für sich allein auf die Preisbestimmung der Waren erhöhend einwirken musste.

Der Effekt aller dieser wirtschaftlichen Prozesse, die in Kapitalsanhäufungen und im Anwachsen des Nationalvermögens zum Ausdruck kommen, lässt sich nun auch statistisch fassen. Bis zum XVIII. Jahrhundert waren eigentlich in ganz Europa kaum 3000 Millionäre zu verzeichnen; heute gibt es in Europa und Amerika über 160 000 Leute mit einem Minimalvermögen von einer Million und an hundert Leute, von denen jeder über eine Milliarde besitzt. In den Vereinigten Staaten allein hat man über 18 000 Menschen gezählt mit einem Vermögen von über 1 Million Dollar und über 100 000, deren jeder über ungefähr 1 Million Mark verfügt.[1])

Aus der gesteigerten Grundrente zogen in Wien die Hauseigentümer innerhalb 30 Jahren 1800 Millionen und für die Stadt London wird der Wertzuwachs aus derselben Quelle allein auf 100 Millionen ℳ pro Jahr geschätzt. Ueberhaupt verdanken solchen Konjunkturalgewinnen immense Summen ihr Entstehen. Der wirtschaftliche Effekt solcher Geldansammlungen aber ist natürlich die zu Gunsten der Verkäufer sich geltend machende gesteigerte Kaufkraft ihrer Besitzer, dann aber auch die Herabminderung des eigenen Wertes und damit des Geldwertes überhaupt, worüber wir unten noch ausführlicher sprechen werden.

Dieselbe wirtschaftliche Bedeutung wie die aus den ersten beiden Quellen stammenden Geldanhäufungen kommt natürlich auch aus der dritten Quelle, dem „Kredit“stammenden zu, besonders heutigen Tages, wo eine leichte — mitunter auch leichtsinnige — und reichliche Kreditgewährung auch den wirtschaftlich schwachen Existenzen eine gesteigerte Kaufkraft verleiht.

Der Kredit ist im modernen Wirtschaftsleben der wichtigste Kapitalproduzent. Aus dieser Quelle werden unvergleichlich grössere Reichtümer geschöpft, als aus allen Goldgruben Transvaals und Australiens zu Tage gefördert werden. Das Gold, das aus den Gruben stammt, alles verfügbare Goldgeld, das auf der ganzen Welt im Jahre 1907 in Zirkulation war, beziffert sich zusammen mit der Summe der voll gedeckten Banknoten auf nur 30 Milliarden Kr. Demgegenüber repräsentieren

---

1) Emanuel Perwolf: Erwerb und Einkommen Wien 1909.

Forderungen, die aus dem Kredit stammen und als unabhängige Kaufkräfte neben Gold auftreten, die Summe von 170 Milliarden. Wir halten uns bei der Definition des wirtschaftlichen Charakters des Kredits an die Ausführungen Macleods. Von der empirischen Tatsache ausgehend, dass der Kredit Forderungen schafft, die ihrerseits infolge ihrer unbestrittenen Funktion als Tauschmittel positive „Kaufkraft“ repräsentieren, kommt Macleod zu der Folgerung, dass der Kredit und die daraus entstehenden Forderungen eine selbständige Kapitalskategorie darstellen, die neben den übrigen Kapitalien den Reichtum, die disponible Kaufkraft einer Nation vergrössert. „Outstanding account, debt, promise to pay is independent value, independent economic entity independent exchangeable property.“ Eugen Philippovich bezeichnet in seinem Buche „Grundriss der politischen Oekonomie“ diese Art von Forderungen als „Wertkapitalien“, da sie insgesamt Anrechte zu Geld verkörpern. Die Wertkapitalien wirken also im ökonomischen Leben genau so, wie die übrigen „Kaufkräfte“ auf die Wertbestimmung der Waren, die durch dieselben bezahlt werden sollen. Es wird auch nie erst untersucht, weil es technisch gar nicht ausführbar wäre, aus welcher wirtschaftlichen Quelle eigentlich eine Forderung, ein solches „Wertkapital“ stammt, wie sie entstanden ist, ob das Kreditpapier (Wechsel, Aktie, Pfandbrief) durch feste Wertkategorien, wie Grund und Boden, oder durch wirtschaftliche Leistungen — Handel oder industrielle Tätigkeit — (Produktionskredit) — oder blos durch das Vertrauen in persönliche Leistungsfähigkeit und in Konjunkturalgewinn (Personalkredit) gedeckt ist. In der Praxis des Wirtschaftslebens zirkulieren die Kreditpapiere bunt untereinander gemischt und stellen sich in ihrer Kaufkraft den Waren gegenüber gleich wirksam dar. Wenn daher in einem Wirtschaftsgebiete in einer gewissen Periode Kredit besonders ausgiebig gewährt wird, so entspringt daraus notwendig eine bedeutend verstärkte Zahlungsfähigkeit der Kreditempfänger und aus der gesteigerten Kaufkraft eine Erhöhung der Warenpreise. Dieser erst in der modernen Weltwirtschaft in solchem Umfange möglich gewordene Prozess spielt — unserem Erachten nach — bei der jetzt herrschenden Teuerung eine grosse nicht zu unterschätzende Rolle. Es drängt sich nunmehr die Frage auf, ob die eben besprochene riesige Anhäufung von „Wertkapitalien“ blos den Waren gegenüber wirksam ist oder aber ob sie gleichzeitig auch den Geldwert zu beeinflussen vermag und ob so der beobachtete Vorgang einer Verminderung der Kaufkraft wohl durch diese Wirkung des Kredits selbst verschuldet wird. Wir wollen daher untersuchen, ob der Geldwert seinen Stand im Laufe der letzten Jahrzehnte bewahrt hat oder nicht, und, insofern wir ein Sinken des Geldwertes festzustellen vermögen, ob diese Veränderung durch vermehrte Goldproduktion oder durch schlechte Valutapolitik — schlechtes Geld — oder aber durch die Ueberfülle der „Wertkapitalien“ verursacht worden ist.

Bekanntlich kommt der Geldwert im Tauschverkehr der Waren zustande und äussert sich in der Kaufkraft, die das Geld den Waren gegen-

über besitzt. Er wird also durch die Menge der Waren bestimmt, welche gegen eine Geldeinheit zu haben sind. Theoretisch müsste dabei der Wertmassstab, der Apparat, an dem man den Wert abliest, genau so objektiv unveränderlich bleiben, wie etwa das Thermometer, das die Wärme misst. Ebenso wenig nun wie der Thermometer als Ursache, sondern blos als Messapparat für die Temperatur gelten kann, ebensowenig kann man den Apparat — das Geld — den Geldstoff — als Ursache für Veränderungen hinstellen, die in den Preisen sich widerspiegeln, die ihrerseits einfach den bestehenden Tauschwert der Waren ausdrücken (Földes). Auch in juristischem Sinne dürfte sich der Geldwert nicht verändern, da eben die Autorität des Staates durch die Valutabestimmung seine Stabilität zu erhalten bemüht ist. Wenn eine Regierung, wie z. B. die holländische sich im Gesetze dazu verpflichtet, für 1633 Gulden und 44 cents stets ein Kilo Feingold einzutauschen, so steht hinter dieser Verpflichtung die Annahme, dass dem Geld seine volle Kaufkraft der stabilsten Ware — dem Golde gegenüber verbürgt ist und dass es sich daher anderen Waren gegenüber im Werte umsoweniger vermindern kann. Und doch haben weder alle theoretischen Erwägungen über das Wesen des Geldes, noch die hohe Autorität des Staates jene Veränderung in der Verschiebung der Werturteile im wirtschaftlichen Tauschverkehr aufzuhalten vermocht, die zu einer empfindlichen Verminderung des Geldwertes führte. Der Güterverkehr vollzieht sich ja bekanntlich in einzelnen Akten und durch einzelne Menschen, deren jeder sich die Frage beantworten will, ob das hingegebene Gut durch den Wert des zu empfangenden Geldes gedeckt ist. Als „Geld“ zirkulieren nun aber Tauschmittel von sehr verschiedenem Ursprung und Charakter, die aber in der Umlauffunktion alle den gleichen Wert, die gleiche Kaufkraft, die vollständige Parität „untereinander“ besitzen, jedoch den Waren gegenüber in letzterer Zeit von ihrer früheren Kaufkraft eingebüsst haben. Und zwar — wie wir glauben — nur deshalb eingebüsst haben, weil eben durch die besprochenen Geldansammlungen und durch unser modernes Kreditwesen usw. gegenüber dem Geldbedarf ein — scheinbar — übergrosses Angebot vorhanden ist, das, da ein Teil dieses Angebotes nicht die vollwertige Deckung des Währungsgeldes zu haben pflegt, im Werturteile der einzelnen Wirtschaftssubjekte zu einer Entwertung des Geldes führen muss.

Die sogenannte Quantitätstheorie, die trotz ihrer nicht absoluten Anwendbarkeit doch bei dem ungedeckten Papiergelde oder bei Banknoten mit Zwangskurs unbestritten zu Recht besteht, liefert uns noch heute den brauchbarsten Massstab, um die Veränderung des Geldwertes festzustellen. Diese Theorie besagt nach der Formulierung von Mortesquieud: „Wenn wir die Menge des existierenden Goldes und Silbers mit der Menge der existierenden Waren vergleichen, ist unzweifelhaft, dass auch Teile der Waren mit der ganzen Summe des Goldes in gewisser Beziehung bleiben. In demselben Verhältnis, wie die Summe der Waren zu der Summe des Geldes steht, stehen auch die Teilmengen

derselben zu einander. Da andererseits unzweifelhaft ist, dass Güter, die heute noch nicht Objekte des Tauschverkehrs sind, es morgen schon sein können, wie auch, dass Geldzeichen, die heute nicht am Verkehr teilnehmen, morgen schon wieder in Umlauf sind — so folgt daraus, dass die Bewertung der Güter sich nach dem Verhältnis vollzieht, in welchem die existierende Warenmenge zu der existierenden Geldmenge steht." Wenn die Menge des Geldes sich vergrössert — gleichgültig ob durch neue Goldfunde oder durch Massnahmen der Notenbank — so heben sich, meint Ricardo, die Güterpreise in dem Masse, wie sich die Geldmenge vergrössert hat." Die Definition einer im Tauschverkehr sich fast automatisch durch das Mengenverhältnis von Geld und Waren einstellenden Wertverschiebung ist für die ganze Schule jener Nationalökonomen typisch, die eben die empirischen Veränderungen des Geldwertes mittels dieser Theorie erklären (es sind dies von den älteren: D. Hume, John Stuart Mill, Jevons; von den neuern: Eugen Philoppovich, Adolf Wagner etc.). Besonders interessant ist aber die etwas abweichende Ansicht Jevons, der die preistreibende Wirkung des im Ueberfluss vorhandenen Geldes den Waren gegenüber nicht blos dem metallischen Gelde zuschreibt, sondern vielmehr auch den Banknoten, welche eine solche metallische Deckung nicht haben. Er vergleicht die Funktion dieser Banknoten mit der Marktfunktion jener Scheinkäufe der Börse, hinter denen keine effektive Ware steht. Genau so wie durch das Angebot des Kornhändlers, der eine gewisse Menge Frucht an einem künftigen Termin zu liefern verspricht, der Preis der vorhandenen Ware gedrückt wird, genau so wird der Wert des Geldes durch das aus einer übermässigen Emission der Bank stammende Angebot herabgemindert. Wie bekannt, haben Erwägungen dieser Art zu der sogenannten Peel-Akte in England geführt, und die Bestimmungen veranlasst, welche, auf der Basis der Quantitätstheorie fussend, verhüten sollen, dass durch übermässige Emission von Geldmitteln sich eine Wertverminderung des Geldes einstelle. Dessen ungeachtet ist aber selbst in England und noch mehr in der ganzen Weltwirtschaft der Vorgang eingetreten, dass das Angebot von Geld und Wertkapitalien sich in dem Masse vermehrt hat, dass diese Ueberfülle als Preisbestimmungsfaktor zu Gunsten der Ware wirksam wird. Unsere heutigen Grossbanken sammeln Unmengen von Geld und schaffen so die Möglichkeit, stets höhere Preisforderungen der Verkäufer zu befriedigen. Hierbei erweisen sich die aus spekulativem Kredit entspringenden, durch die „Anarchie" unseres Wirtschaftslebens erst ermöglichten Forderungen, als die fruchtbarsten, da sie in schier unbegrenzten Mengen auf den Markt geworfen werden können. Es kann aber demgegenüber nicht geleugnet werden, dass diese Ueberfülle der Geldmittel, über welche das moderne Wirtschaftsleben heute verfügt, neben der eben besprochenen Schattenseite, dass die Geldmittel sich selbst einigermassen entwerten, andererseits fast automatisch durch die Möglichkeit, immer grössere und mächtigere Unternehmungen zu finanzieren, zu einer

Kräftigung des Wirtschaftslebens geführt hat und so eben dieser „Ueberfluss“ an Geld zur Befruchtung und Anregung des Unternehmungsgeistes im Handel und Industrie das meiste beigetragen hat. Die Frage nun, ob zu der durch Geldmittelüberfülle bewirkten Wertverminderung des Geldes auch die in neuester Zeit durch die ungeheuer gestiegene Goldproduktion vermehrte Goldmenge erheblich beigetragen hat, ist unseres Erachtens von gar keiner praktischen Bedeutung. Der eigentliche Bedarf an Gold ist nur ein verschwindend kleiner Bruchteil des Gesamtgeldbedarfs; ob die jährliche Goldproduktion 520 Millionen Mark beträgt, wie im Jahre 1891, oder das dreifache, 1653 Millionen im Jahre 1906 ist gegenüber dem Bedürfnisse des heutigen Geldbedarfes vollständig gleichgültig, da eine einzige Bank, die deutsche Reichsbank, im Jahre 1907, 44 Milliarden im Reichsbankclearing umsetzte, ohne einen Pfennig Edelmetall nötig zu haben und im Kreditverkehr im Giro 270 Milliarden Umsatz zu verzeichnen hatte! Wenn aber selbst eine 10 fache Goldproduktion eintreten sollte, so würde dieser Umstand, bei dem heutigen Stand des Tauschverkehres und bei der Gleichberechtigung aller Zahlgüter, nur jene Wirkung haben, dass wir etwas weniger das Gold vertretende Zahlungsmittel emittierten. Aber ein Ueberschuss von Geld den Waren gegenüber — wie nach der Entdeckung Amerikas — ist bei dem heutigen Bedarf durch Goldproduktion allein nicht mehr denkbar. Wie übrigens Sauerbeck ermittelt hat, fallen die Perioden grösserer Goldfunde gar nicht mit denjenigen hoher Warenpreise zusammen. Durch grössere „Goldfunde“ ist allerdings die Kaufkraft der einzelnen Grubenbesitzer gestiegen; doch was bedeutet das? Auf einem im Vergleich zur Weltwirtschaft doch eng begrenzten Gebiete sind Käufer vorhanden, die durch ihren leichten und schnellen Verdienst das Geld niedriger bewerten und durch ihre grössere Zahlungsfähigkeit und Willigkeit eine Preisbestimmung zu Gunsten der Verkäufer zulassen. Doch diese Situation, diese „Marktstimmung“ oder „Marktpolitik“ der Parteien kann ebenso eintreten, wenn die Käufer anstelle des Goldes über einen Ueberfluss an anderen Zahlungsmitteln verfügen, wenn sie überhaupt durch leichtere Geldbeschaffung, leichteren Kredit, bessere Arbeitsgelegenheit usw. in die Lage kommen, mehr auszugeben, höhere Warenpreise zu bewilligen. In solchen Fällen ist eben stets der „Geldwert“ gesunken, der Warenwert gestiegen.

Das Gold, das in den letzten 20 Jahren durch die intensive Goldproduktion aus den Bergwerken gefördert wurde, wurde vom Verkehr „flott“, ohne Schwierigkeiten aufgesogen und ist völlig in den Zirkulationsprozess eingegangen. Es diente vornehmlich dazu, die Barreserven der Banken zu stärken; neben europäischen Ländern wie Russland, das heute allein einen Goldvorrat von 2400 Millionen geprägten Goldrubeln hat, haben auch Argentinien, Brasilien, Britisch-Indien in den letzten Jahren enorme Goldmengen zur Verbesserung ihrer Valuta verwendet. Den Rest verbraucht die stets steigende Nachfrage der Industrie. Die Auffassung aber, dass diese vermehrte Goldproduktion einen nennens-

werten Einfluss auf das Zustandekommen der allgemeinen Geldwertverminderung gehabt hätte, scheint uns — abgesehen von dieser geringen praktischen Bedeutung nun eben auch durch theoretische Ueberlegungen hinreichend entkräftet. Von Wichtigkeit ist hier allein der von uns gebrachte Nachweis, dass die wirtschaftlichen „Kaufkräfte“ die heute dem Geldbedarf zur Verfügung stehen, sich in einer Weise vermehren, dass sie, was die durch sie ermöglichte Menge und Umlaufsgeschwindigkeit der Umsätze anlangt, dem Bedarf voraneilen, während sie in früheren Jahrzehnten stets hinter ihm zurückgeblieben sind. Der Wert der Kaufkräfte hat aber im Laufe der Zeit auch dadurch in den Augen der Verkäufer Einbusse gelitten, dass durch den spekulativen Kredit sehr viele solcher Werte in Umlauf gebracht werden, deren Bewertung allein nach der Konjunktur sich vollzieht, wodurch auch die Stabilität des Wertes des übrigen Geldes in Mitleidenschaft gezogen wird.

B. Lokale Ursachen.

Verringerung des Angebotes durch natürliche, lokale Faktoren (Missernten, Seuchen, Leutenot, verminderte Rentabilität.)

a) Rückgang der Viehzucht: Depecoration.

Seit Jahren klagt man darüber, dass der Viehstand wesentlich zurückgegangen ist. Die Tatsache soll an der Hand der Viehzählung leicht zu prüfen sein; leider wurden nun bisher diese allgemeinen Viehzählungen in zu langen Zwischenräumen vorgenommen, nämlich von 10 zu 10 Jahren, sodass eigentliche krisenhafte Einwirkungen in der Viehzucht, die in der Zwischenzeit entstanden, erst viel später konstatiert werden können, ja es ist innerhalb eines Dezenniums sogar möglich, dass eine bedeutende Depecoration eintritt, welche aber durch günstige Produktionsverhältnisse in ein bis zwei Jahren wieder wett gemacht wird, so dass sie in den Viehzählungen gar nicht zum Ausdruck kommt. Die vorletzten amtlichen Daten, die uns vorliegen, stammen aus dem Jahre 1906. Nach diesem Bericht gab es in Ungarn 1906 rund 5 600 000 Stück Hornvieh und 4 300 000 Stück Schweine gegenüber 5 200 000 Stück Hornvieh und 4 400 000 Stück Schweinen der vorangegangenen Viehzählung vom Jahre 1870, so dass bei dem Hornvieh von einer Stagnation in der Entwicklung, bei den Schweinen von einem tatsächlichen Rückgange des „Stammbestandes“ gesprochen werden muss. Bei demselben Viehbestand vermehrte sich aber die Bevölkerung in Ungarn um über 5 000 000, so dass in der Tat das verminderte Viehmaterial unmöglich für den angewachsenen Bedarf ausreichen konnte. In Oesterreich ist der Rindviehbestand in ungefähr derselben Periode um ungefähr 18,7 %, die Bevölkerungszahl um 41 % gestiegen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass während im Jahre 1870 ein fast ungehinderter Import von lebendigem Vieh aus den Balkanstaaten nach der österreichisch-ungarischen Monarchie

stattfinden konnte, diese Einfuhr mittlerweile durch fortwährende scharfe Veterinärverfügungen und Zölle andauernd verringert wurde, so dass das österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet bei der natürlichen Depecoration auch noch durch handelspolitische Massregeln daran verhindert wurde, die Menge Vieh zu beschaffen, deren es bei der Vermehrung der Volkszahl bedurfte. (In demselben Zeitraume 1870—1896 vermehrte sich der Viehbestand Deutschlands von 15700000 Stück Hornvieh auf 19300000 Stück und von 7000000 Schweine auf 18000000).

Die letzten Ergebnisse der Viehzählung — vom 31. Dezember 1910 — sind im nachfolgenden amtlichen Berichte enthalten.

Es wurden ermittelt:

	1900	1910	Zunahme (+) bezw. Abnahme (—) 1900—1910	
	in Tausenden			in Prozenten
Pferde	1.717	1.801	+ 84	+ 4.93
Rinder	9.511	9.159	— 351	— 3.74
Maultiere, Maulesel, Esel	66	63	+ 7	+ 9.59
Ziegen	1.019	1.253	+ 233	+ 22.95
Schafe	2.621	2.428	— 192	— 7.36
Schweine	4.682	6.431	+ 1749	+ 37.42
Bienenstöcke	996	1.232	+ 236	+ 23.72
Geflügel	26.671	35.742	+ 9071	+ 34.01

Aus dem Vergleiche der Zahlen von 1900 und 1910 erhellt, dass die Rinder um 351362 Stück oder 3.74 Prozent, die Schafe um 192440 Stück oder 7.36 Prozent abgenommen haben. Die Abnahme der Rinder ist umso auffälliger, als die früheren Zählungsperioden eine entschiedene Zunahme gebracht hatten, 1881 bis 1890 allerdings nur um 0.7 Prozent 1891 bis 1900 aber um 867234 Stück oder 10 Prozent. Und gerade in die Blütezeit der agrarischen Schutzzölle, der Grenzsperren und des Zollkrieges mit Serbien fällt die empfindliche Abnahme. Die Folge davon ist, dass auf einen Quadratkilometer landwirtschaftlicher Produktivfläche im Jahre 1900 noch 33.7 Rinder entfielen, 1910 nur mehr 32.5. Noch empfindlicher tritt der Rückgang im Verhältnis der Einwohnerzahl Oesterreichs zu Tage, die 1901 bis 1910 von 26.2 auf 28.6 Millionen, also um 9.2 Prozent, gestiegen ist. Es entfallen nämlich auf je 100 Einwohner:

an	1900:	1910:
Rindern	36.4	32.1
Schweinen	17.9	22.5
Schafen	10.0	8.5

Je 100 Menschen haben jetzt also jährlich beiläufig $4^1/_3$ Rinder weniger zu essen als vor 10 Jahren.

Noch schlimmer stehen die Aussichten für die Nachzucht. Die Veröffentlichung der Statistischen Zentralkommission enthält auch eine sehr interessante Tabelle, welche das Jungvieh (die unter ein Jahr alten

Stier, Kuh- Ochsenkälber) der Gesamtzahl der Rinder gegenüberstellt. Ich entnehme dieser Tabelle die folgenden Zahlen:

	1900	1910	Abnahme 1900 bis 1910	
	In Tausenden			in Prozenten
Jungvieh	1799.6	1725.9	73.8	4.1
Erwachsenes Vieh .	7711.6	7433.9	277.6	3.5
Rinder im ganzen .	9511.2	9159.8	351.4	3.7

Das Jungvieh hat also bedeutend rascher abgenommen als die erwachsenen Rinder. Im Jahre 1900 waren von je 100 Stück des gesamten Rinderstandes noch 19 Kälber, 1910 nur mehr 17.7.

Diese Ergebnisse der Viehzählung haben sich mittlerweile im Laufe des Jahres 1911 noch dadurch verschlechtert, dass durch Viehseuchen, wie die Maul- und Klauenseuche und durch den Scheidenkatarrh der Rinder die Viehbestände noch mehr reduziert worden sind.

In Ungarn[1]) hat sich zwar die absolute Zahl der Rinder nicht verkleinert (7 200 000 gegen 6 700 000 des Jahres 1895) doch in Anbetracht der Zunahme der Bevölkerung hat sich die Proportion zwischen Viehzahl und Menschenzahl zum Nachteile der Konsumenten vorschlechtert. Im Jahre 1895 fielen noch 388 Stück Rinder auf je 1000 Einwohner, 1911 nur noch 345 Stück. An Schweinen stehen heute 323 Stück gegen 422 Stück im Jahre 1895. (In Preussen entfallen 404 Stück auf 1000 Einwohner).

Vergleichende Daten der prozentuellen Zunahme des Viehstandes im Verhältnis zu der Bevölkerung in der gleichen Periode nach Dr. Grunzel.

Zunahme der Bevölkerung in %.	Zunahme der Nutztiere zus. in %.
Deutschland.	
(1871—1905) von 41,1 auf 60,6 Millionen Einwohner = **47** %	(1873—1907) von 204,1 auf 280,3 Millionen = **37** %.
Frankreich.	
(1840—1906) von 34,2 auf 39,2 = **15** %	(1840—1907) von 146,3 auf 178 = **22** %.
Grossbritannien.	
(1867—1901) von 30,3 auf 41,5 = **37** %	(1867—1901) von 133,8 auf 160,3 = **20** %.
Oesterreich.	
(1857—1900) von 18,2 auf 26,2 = **44** %	(1857—1900) von 95,5 auf 111,7 = **17** %.
Ungarn.	
(1863—1900) von 14,7 auf 19,3 = **31** %	(1863—1900) von 81,3 auf 88,5 = **9** %.

---

1) Publikation des Ackerbauministers 14. XII. 1911.

Konsum Verschiebung. Regierungsrat Dr. Grunzel.
Wien. „Zeit“ 1910, 26. 9.

In dem Berichte der Wiener Handelskammer [1]) wird hervorgehoben, dass speziell auf dem Wiener Markt von 1900 bis 1908 eine konstante Abnahme des Auftriebes von Vieh um **18,35** %, zu verzeichnen ist. Die Fleischapprovisionierung Oesterreichs und Wiens basiert auf der Einfuhr aus Ungarn und hier zeigt sich, dass seit dem Jahre 1905 — mit alleiniger Ausnahme des Futternotjahres 1909 — die Rinderausfuhr nach Oesterreich ständig zurückgegangen ist, aber selbst im Futternotjahre 1909 noch um 50000 Stück geringer als im Jahre 1904. Als eine Nachwirkung des Futternotjahres ergab sich im nächsten Jahre — 1910 —, dass trotz der grösseren Einfuhr der Rinderzahl in der ersten Jahreshälfte der Fleischertrag dieser Rinder weit hinter jenem des Vorjahres zurückstand, da sie nicht ausgemästet werden konnten.

Durch einen grössren Fleischertrag kann nämlich eine Abnahme der Zahl der zu schlachtenden Rinder leicht aufgewogen werden, wenn das Futter billig ist, mästet man das Vieh allgemein besser auf — z. B. im Jahre 1908 — man erzielt im Durchschnitt durch bessere Fütterung eine 20 %ige Steigerung des Fleischertrages. In Anbetracht des Umstandes, dass in einem Jahre ungefähr 1300000 Stück ausgewachsene Rinder in Oesterreich-Ungarn geschlachtet werden, wovon die Hälfte 65000 Stück in futterarmen Jahren „unternährt“ ist, bedeutet die Möglichkeit einer normalen Fütterung bei billigen Futterpreisen eine Zunahme des Fleischertrages von 400000 kg pro Jahr.

Von den sehr mannigfachen Ursachen, die die Verminderung der Viehbestände bewirkten, möchten wir an dieser Stelle, an die ausserordentlichen Ursachen wie Seuchen, Missernte in Futtermitteln nur nebenbei erinnernd, jene Hauptfaktoren ausführlicher erwähnen, die, unseres Erachtens, die bedeutsamste Rolle dabei gespielt haben, dass die landwirtschaftliche Produktion mit dem fortwährend steigenden Bedarf nicht gleichen Schritt halten konnte. Das wären die — für die Reproduktion der Viehbestände so hinderliche — übermässige Kälbervernichtung (Kälberraubbau) in Oesterreich und jene volkswirtschaftliche Veränderung in der Richtung der Wirtschaft im Umkreis der Grossstädte, wobei von der Vieh- und Weidewirtschaft zu dem intensiveren Getreide- und Gemüsebau und von den primitiven Milchwirtschaften zu den besonders intensiven „Abmelkereien“ übergegangen wurde. Beide Veränderungen hängen mit der jeweiligen Rentabilität dieser Erwerbszweige zusammen und man kann gerechterweise vom Landwirt weder verlangen noch erwarten, dass er mehr Vieh produziere, wenn für ihn diese Mehrproduktion — unter den obwaltenden Verhältnissen — eine Schmälerung des Reinertrages seines Gutes zur Folge hat.

---

1) Ueber die Vieh- und Fleischteuerung: Bericht der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer Wien, 1910.

Natürlich wird es stets gewisse Gebiete geben, wo jenes der Viehproduktion hinderliche Wirtschaftssystem, welches im näheren Umkreise der Grossstädte sich entwickelt hat, keinen Eingang finden kann, infolge von Besonderheiten des Klimas, des Bodens und der Verkehrsverhältnisse. In den Alpenländern z. B. wo weite Gegenden von der Natur für Graswirtschaft bestimmt sind und die Verkehrsverhältnisse den Uebergang zu intensiveren Betriebssystemen nur schwer oder gar nicht gestatten, wird die Viehhaltung als eine historische und tatsächliche Notwendigkeit von den jeweiligen Rentabilitätsaussichten nicht beeinflusst. Andererseits findet man die grossen — besonders intensiv geführten landwirtschaftlichen Betriebe dort, wo die reichliche Viehhaltung wegen der ergiebigen Düngerproduktion eben zur Erhaltung der Intensität der Wirtschaft unentbehrlich ist und infolgedessen die Rentabilität der Viehhaltung nur nach diesem einen Massstabe — nach der „inneren“ Produktivität — bewertet wird. In diesen Betrieben ist dann eine Abnahme des Viehstandes eben so wenig zu beobachten wie unter den Produktionsverhältnissen der Alpenländer.

Wo aber — nach den Daten der letzten Viehzählung — ein Rückgang der Viehproduktion wahrzunehmen war, wo die Viehbestände am stärksten zurückgegangen sind, das waren die höchst intensiven mit den günstigsten Produktionsbedingungen ausgestatteten Betriebe *in der Nähe von Grossstädten und Industriezentren.* Es handelt sich dabei um Wirtschaften mit viehschwachem Betrieb und Dungankauf von weniger intensiven Betrieben. Wo sich die Erzeugungskosten des gewonnenen Düngers im eigenen Betrieb teurer stellen, wie durch Ankauf, da wird eben die Viehproduktion eingeschränkt, weil sonst die alte Folgerung aus der „Viehbilanz“ sich geltend macht, dass nämlich die Viehzucht — ohne entsprechende Verwertung des Düngers — zum grossen Teile — verlustbringend ist. Das gilt insbesondere bei der Aufzucht von *Jungvieh*, bei dem der Vorteil der Düngerproduktion in einem viel ungünstigeren Verhältnis zu den Kosten der Aufzucht steht. Der Dünger stellt sich dabei entschieden viel zu teuer und sein Preis übersteigt weit seinen wahren Wert. Die wirtschaftliche Unrentabilität der Jungviehhaltung in der Nähe von Grossstädten und Industriezentren Hand in Hand mit den herrschenden guten Fleischpreisen (1.10 bis 1.32 pro kg Lebendgewicht des Kalbes!) führt dann zu jenen massenhaften Entäusserungen, — zu jenen übermässigen Kälberschlachtungen, die man — mit Recht — als die grösste Gefahr für die Vermehrung und Verbesserung der Viehbestände betrachtet.

Anlässlich der letzten Teuerungsdebatten im österreichischen Reichsrat haben auch die meisten Redner darauf hingewiesen, wie schädlich die herrschende Richtung der Viehproduktion vom Standpunkte der Konsumentenpolitik zu beurteilen sei. Der Hauptvorwurf gegen die Richtung der Viehproduktion wurde nicht entkräftet, dass die gegenwärtige Art der Fleischversorgung der städtischen Bevölkerung Oesterreichs *Raubbau* bedeutet, dass das

Rindvieh sich nicht entsprechend reproduziert und dass in dem Rückgang der Rindviehziffern ein sehr bedrohliches Symptom dafür sich zeigt, dass der Moment kommen werde, wo durch das steigende Anwachsen der Bevölkerung dieses Missverhältnis ein immer grösseres werden wird.

Ueber die Aussichten der Rindviehzuchtbestrebungen im Laufe der nächsten Jahre, hat anlässlich des Kongresses der Städte, des sogenannten „Fleischtages" in Wien (5. X. 1911) Universitätsprofessor Tandler eine sehr ernste, auf fachmännische Berechnung beruhende Prognose gestellt. Er hat einen Einblick in den Raubbau gewährt, der bei der Viehhaltung betrieben wird. Er hat darauf aufmerksam gemacht, dass in einem einzigen Jahre — 1909 — in Wien selbst 199000 Kälber auf Kosten der Reproduktionsmöglichkeit verzehrt wurden. Er sagt dabei: Da die Zahl der männlichen und weiblichen Kälber, die im Laufe eines Jahres geworfen werden, vollkommen gleich ist, die Kälber aber durchschnittlich ohne Rücksicht auf ihr Geschlecht geschlachtet werden, so ist es klar, dass durch die jetzt geübte Kälberschlachtung die Reproduktionsmöglichkeit ganz besonders eingeschränkt wird. Aehnlich verhält es sich mit der Kuhschlachtung, insolange die Kühe relativ jung geschlachtet respektive in die Abmelkwirtschaft abgegeben werden. Da wir durch die Kälberschlachtung und durch die frühzeitige Kuhschlachtung die Lebezeit des weiblichen Rindes verkürzen, schränken wir die Reproduktionsmöglichkeit ganz bedeutend ein. Da biologisch ein Lebewesen seine Rolle erst dann ausgespielt hat, wenn es an seine Stelle einen Nachfolger gesetzt hat, welcher imstande ist, für die Erhaltung der Art fortzuwirken, so benehmen wir durch den jetzt herrschenden Schlachtungsmodus einer grossen Anzahl von Rindern die biologische Reproduktionsmöglichkeit, das heisst, wir leben bereits in der Jetztzeit auf Kosten der folgenden Generationen von Rindvieh. Die Erhaltung des Rinderbestandes auf einer gewissen Höhe ist nur dadurch möglich, dass nur ein bestimmter Prozentsatz der Schlachtung verfällt. Oesterreich-Ungarn hat einen jährlichen Konsum von ca. fünf Millionen Rindern. Rechnen wir auf die österreichische Reichshälfte nur drei Millionen, so folgt daraus, dass wir eigentlich innerhalb dreier Jahre den gesamten Rinderbestand aufgegessen haben. Drei Jahre sind nun für die Reproduktionszeit des Rindes zu kurz, das heisst, wir essen immer mehr und mehr das Rindvieh auf, bevor es sich fortgepflanzt hat, ein Umstand, der ja in dem rapiden Sinken der relativen Rinderzahl seinen Ausdruck findet."

Wenn wir das biologische beim Problem der Kälberaufzucht untersuchen, ergibt sich — nach Tandler — folgende strenglogische Folgerung: Eine bestimmte Anzahl von Lebewesen mit einer gegebenen unabänderlichen Reproduktionszeit wird durch wahllose Vernichtung männlicher und weiblicher Abkömmlinge dezimiert. Die Mortalitätsziffer übersteigt die Geburtsziffer und es ist daher leicht einzusehen, dass die betreffende Art auf den Aussterbeetat gesetzt ist. Die Aussterbezeit aber wird noch verkürzt durch die ununterbrochene Zunahme der Feinde der

betreffenden Art, in dem speziellen Falle durch die Steigerung des Konsums entsprechend der Bevölkerungszunahme.

Der Zahl nach werden in Oesterreich-Ungarn alljährlich 2300000 Jungrinder gegenüber 1300000 ausgewachsenen Hornviehes geschlachtet. Und sehr viele der massgebenden Fachleute sehen eben in dieser unverhältnismässig grossen Verschwendung zuchttauglicher Kälber die eigentliche Ursache des jetzigen Rückganges der Viehzucht, die Ursache der herrschenden „Depekoration“.

Die Zuchtverhältnisse werden auch durch die Wirkungen des deutschen Zolltarifes wesentlich verschlechtert. Statt des früheren Stückzolles wird jetzt nämlich seit 1906 ein Gewichtszoll erhoben, infolgedessen hauptsächlich leichtes Material, also junges Vieh zur Ausfuhr gelangt und damit der Ansporn zu einer intensiven weiteren Zucht wesentlich abgeschwächt wird.

Es ist schliesslich noch zu bemerken, dass die lange anhaltende Futternot und die Besorgnis vor der immer weiterschreitenden Teuerung auch viele derjenigen Landwirte zum Verkaufen ihrer Jungrinder bewogen haben, welche sich seit vielen Jahren systematisch mit einer rationellen Viehzucht befassten, sie unter den obwaltenden Verhältnissen aber jetzt doch lieber aufgegeben haben.

In normalen Jahren kann man in Ungarn auf 102 Millionen Doppelzentner Futter rechnen, demgegenüber wuchsen im Jahre 1904 nur 67 Millionen, im Jahre 1908 83,7 Millionen Doppelzentner. Dabei ist allgemein festzustellen, dass weder in Ungarn noch in Oesterreich entsprechend genügende Weideplätze vorhanden sind. Es werden immer mehr Weiden von Privaten wie von Gemeinden aus Rentabilitätsrücksichten für die Getreideproduktion nutzbar gemacht, selbst in Gegenden wo keine Bergweide Ersatz bieten kann (Alpenwirtschaften). Die Tierproduktion geht dann meistens in Stallwirtschaften vor sich, was natürlich viel teurer ist, wie die Produktion auf freier Weide.

Aehnliche Gründe haben seinerzeit auch in Deutschland gewirkt, wo die Fleischteuerung der Jahre 1902 und 1903 — nach Professor Julius Wolf[1]) — dem Umstande zuzuschreiben ist, dass die Landwirte in der Futternot des Jahres 1901, um der teueren Ausmästung der Rinder zu entgehen, sich veranlasst fühlten, einen grossen Teil ihres Viehstandes zu verkaufen. Als dann im nächsten Jahre, 1902, die Futterernte besonders gut war, hielten die Viehzüchter ihre Rinder wieder umsomehr zurück und entzogen sie damit dem Lebensmittelmarkte, weil sie durch das reichliche und billige Futter neuerlich in die Lage versetzt waren, eine lohnende Konjunktur — Viehzucht bei hohen Preisen — auszunützen.

Angesichts der unbestrittenen Tatsache der verminderten Viehbe-

---

1) Dr. Julius Wolf: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Jahrg. 1902/03.

stände Oesterreichs, hat auch die österreichische Regierung sich mit Eifer den Aufgaben gewidmet, die eine Vermehrung und Verbesserung der Viehbestände berbeizuführen geeignet sind. Die Regierung hat sich zu einer systematischen Aktion entschlossen und arbeitet bereits im Verein mit den Landwirtschaftsgesellschaften Tag für Tag an diesen Aufgaben.

Mit Hilfe des geschaffenen Fonds bereiten sich sehr merkliche Verbesserungen auf allen einschlägigen Gebieten vor. Auf den Bergen und im Tale werden Weideböden gewonnen, melioriert und in ihrem Bestande gesichert, Jungviehweiden geschaffen, Weidegenossenschaften gefördert. Der Futterbau wird gehoben, Kraftfutter- und Düngemittel werden im genossenschaftlichen Wege beschafft. Versuchsfelder und Musterwiesen angelegt, Wiesenbaumeister bestellt. Es wird die Futterkonservierung versucht, Kartoffeltrocknungsanlagen werden vorbereitet oder schon in Betrieb gesetzt. Die Ställe werden verbessert, Jauchengruben und Düngerstätten angelegt, aus den Mooren wird das Material für bäuerliche Torfstreuerzeugungsstätten geholt, die Moorböden werden einer rationellen Graskultur zugeführt. Man kauft ausgewähltes Zuchtmaterial an, unterstützt die Organisationen, welche sich mit der rationellen Viehzucht befassen, belehrt die Landwirte über die in Betracht kommenden Verhältnisse, errichtet Rinderzuchtstationen und Aufzuchtshöfe, schafft Viehausläufe, führt die Leistungs- und Futterverwertungskontrolle ein und gewährt Prämien für die Aufzucht der sonst der Schlachtung verfallenen Kälber.

Während derartige Hebung und Qualitätsverbesserung der Viehstände angestrebt wird, handelt es sich aber auch darum, dass in denselben investierte Kapital zu sichern, was einen wesentlichen Anreiz für den Züchter bedeutet. Es wird daher auch die Viehversicherung ausgestaltet. Die Fondsmittel werden entweder zur Schaffung oder Stärkung von Landesviehversichungs-Anstalten herangezogen oder zur Förderung lokaler Viehversicherungs-Organisationen verwendet.

Die Regierungen Oesterreichs und Ungarns haben auch die Wege gefunden, um dem der Viehvermehrung so hinderlichen Kälberschlachten — dem Kälberraubbau — entgegenzuarbeiten. Das geschieht einerseits dadurch, dass der Staat — wie erwähnt — für die Aufzucht eines jeden zuchttauglichen Kuhkalbes eine Prämie bezahlt, andererseits das Schlachten zuchttauglicher Kälber durch gesetzliche Beschränkungen erschwert. In diesem Sinne hat der ungarische Ackerbauminister Graf Serényi in seiner letzten Verordnung (Dezember 1911) verfügt, dass Kälber unter 4 Wochen überhaupt nicht geschlachtet und während dieser Zeit ohne die Mutterkuh auch nicht transportiert werden dürfen.

Ferner wurde in jenen Ländern, in welche heuer eine reiche Futterernte sich ergab, der Aufkauf von Kälbern durch die landwirtschaftlichen Korporationen zum Zwecke der Aufzucht auf billig zu verpachtenden Höfen und Jungviehweiden angeregt. Diese Aktion soll nicht auf zuchttaugliche Kälber beschränkt bleiben, sondern alles aufzuchtfähige Material

umfassen, damit neben der Vermehrung des Zuchtviehes auch ein grosser Bestand von Einstellvieh für die Mästung gewonnen werde. Die geschilderten Massnahmen werden — unseres Erachtens nach — die bezweckte Wirkung nur dann vollinhaltlich erfüllen, wenn Erkenntnis und Ueberzeugung der Landwirte, Schritt für Schritt mit den Regierungsmassregeln übereinstimmen werden, bezüglich der wirtschaftlichen Bewertung der Kälberaufzucht. Es wäre auch unbillig, dem Landwirte zuzumuten, Kälber aufzuziehen, wenn er im vorhinein mit einer entsprechenden Rentabilität nicht rechnen könnte. Sonst würden in der Praxis die besten Regierungsverfügungen sicher umgangen werden. Eine Garantie der Rentabilität für den Landwirt steckt aber eben in denjenigen hohen Preisen, denen entgegenzuarbeiten eigentlich der Zweck der ganzen Teuerungsaktion ist. Dort, wo die Milch einen Nettopreis loco Stall von 17 bis 20 Hellern und Litern erreicht, da erscheint die Rentabilität der Melkviehhaltung gesichert, da wird der Stalldünger schon eine namhafte Quelle des Nutzens, man verfügt über ein wertvolles Produkt, das man annähernd umsonst zu erzeugen imstande ist. Solche Verhältnisse regen zu Erweiterungen der Milchwirtschaft an, zu zunehmender Aufzucht der Kuhkälber und führen stets mehr Landwirte der rationellen Milchwirtschaft zu. Es besteht dabei der Kreislauf: Ein Sinken der Viehpreise kann nur durch bedeutende Vermehrung der Viehstände, durch Vergrösserung des Angebotes zustande kommen, es müssen aber erst hohe Preise herrschen um die Vermehrung der Produktion anzuregen.

Die Schafzucht ist in den letzten Jahren ebenfalls bedeutend zurückgegangen und zwar infolge der sinkenden Wollpreise. Da der Einfuhrzoll auf Wolle in Oesterreich-Ungarn sehr niedrig ist, und infolgedessen sehr viel fremde Wolle verarbeitet wird, ein Artikel, welche bei der australischen Konkurrenz für den niedrigsten Preis erhältlich ist, so ist die Schafzucht nicht mehr rentabel, und auf die Fleischproduktion allein kann eine grosse Zucht gleichfalls nicht basiert werden, weil Schaffleisch wenig begehrt und deshalb nicht hoch bezahlt wird.

Die Schweinezucht liegt wegen der Gefahren, welcher der Züchter durch epidemische Schweinekrankheiten ausgesetzt ist, noch immer im argen. Die Verheerungen der Schweinepest sind ja allerdings in allen Ländern zu spüren, doch litten die Züchter in Oesterreich-Ungarn deshalb empfindlicher darunter, weil sie nicht mit jener Kapitalkraft ausgerüstet sind, die ihnen ermöglichen würde, einerseits widerstandsfähigere Rassen einzustellen, andererseits die erforderlichen veterinärhygienischen Schutzmassregeln und Abwehrmittel einzuführen, welche immerhin ein langsames Aufkommen der Schweinezucht in anderen Ländern, besonders in Amerika, heute schon trotz der Schweineseuche möglich machen.

Die geschilderte Verschlechterung der Viehzuchtverhältnisse also hatte in allen Tierproduktionszweigen die gleiche Wirkung: Bei Verringerung des Angebotes Erhöhung der Preise.

Als Folge der Abnahme der Produktivität der Landwirtschaft be-

sonders der Viehzucht in der Kleinwirtschaft, ist die Tatsache zu bezeichnen, dass die Zahl der in der Landwirtschaft Berufstätigen stetig im Verhältnisse der sinkenden Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion in den kleinen Wirtschaften abnimmt. Die fortschreitende Industrialisierung in Oesterreich u. Ungarn schafft dann diesen Leuten neue Arbeitsgelegenheit. Dadurch entsteht aber der volkswirtschaftliche Uebelstand, den man allgemein als „Leutenot“ in der Landwirtschaft bezeichnet, ein Zustand, welcher als einer der wesentlichsten Hindernissen für die volle Entfaltung der produktiven Kräfte in der Wirtschaft betrachtet werden kann.

Gerade die Viehzucht und die Futterproduktion leiden unter dem bezeichneten Uebelstande in empfindlichster Weise. In gewissem Grade kann dieser Uebelstand nun wohl durch die erleichterte Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, durch das Aufgeben des Körnerbaues in unrentablen Lagen sowie durch Ertragssteigerung des Futterbaues im Tale gemildet werden. Das Ackerbauministerium in Wien denkt auch an eine ausgiebige Förderung der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittelung, wodurch wenigstens teilweise ein Ausgleich der vorhandenen Arbeitskräfte bewerkstelligt werden kann und womit auch einer gleichmässigeren Lohnpolitik die Wege geebnet sind. Diese Aktion ist in Ungarn bereits seit über 10 Jahren eingeleitet und man hat dadurch eine ständige Uebersicht über die disponiblen Arbeitskräfte, so dass man in der Lage ist, sich zur rechten Zeit die notwendigen Arbeiter — mitunter auch aus dem Auslande — verschaffen zu können.

Wie wir später bei der Behandlung der Faktoren, welche die Milchteuerung beeinflussen, näher sehen werden, hat sich die Zahl der Zwergwirtschaften — von 2 bis 5 Joch — im Umkreise der Städte in den letzten Jahren bedeutend verringert, was in der Verproviantierung der Städte natürlich sehr fühlbar geworden ist. Nach den Daten, die im österreichischen Parlamente vorgebracht wurden, (Abgeordneter Kunschak — Sitzung vom 29. Oktober 1909) ist die Zahl der in der Landwirtschaft Berufstätigen in der österreichischen Reichshälfte innerhalb des Zeitraumes von 10 Jahren um 3,11 % zurückgegangen. Gleichzeitig hat die Zahl der in der Industrie Berufstätigen um 8,95 %, die Zahl der Berufstätigen im Handel und Verkehr um 62,65 %, die Zahl der in öffentlichen Diensten und in freien Berufen Stehenden um 25,74 % zugenommen. In Ungarn, wo eigentlich die überwiegende Zahl der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Berufe stand und vor 40 Jahren nur 5,4 % der gesamten Bevölkerung im Handel und Gewerbe tätig waren, wuchs die Zahl der industriell tätigen Personen im Jahre 1900 auf 20 % und für Ende des Jahres 1909 auf über 24 %. Diese Abwanderung der ländlichen Lebensmittelproduzenten nach den Städten hat sich in Oesterreich viel intensiver vollzogen, als in anderen Ländern. An der Hand der folgenden Statistik sehen wir, wie die Bewohnerzahl in Orten über 2000 Einwohner in Prozenten der Gesamtbevölkerung gestiegen ist.

Die Einwohnerzahl der Städte über 2000 Seelen stieg:

in Deutschland (1880—1900) von 41,4 % auf 54,3 % = 12,9 %
in Frankreich (1886—1901) von 36 % auf 40,1 % = 4 %
in den Vereinigten Staaten von Amerika
(1880—1900) von 22,6 % auf 32,9 % = 10,3 %
in Oesterreich (1880—1900) von 29,6 % auf 48,1 % = 18,5 %.

Dr. Grunzel: Konsumverschiebung als Teuerungsursache
Wien 1910 „Zeit“. 26. 9.

Diese „Landflucht“ hat nicht nur den rein rechnerischen Produktionsausfall zur Folge, der bei dem mit der Verwandlung von Produzenten von Lebensmitteln in reine Konsumenten verbundenen Anwachsen des Konsums doppelt fühlbar wird, sondern zeitigt ausserdem noch die volkswirtschaftlich wichtige Erscheinung, dass mit diesem Uebergange vom Land in die Stadt auch die Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung ihrer Qualität nach sich verändern; denn es zeigt sich ein Uebergang von Kartoffeln zu Brot, von Roggen zu Weizen und besonders eine Steigerung in der Fleischnahrung (Leroy-Beaulieu). Die Leute verzehren in der Stadt auch grössere Summen, und in dem Masse, wie der „Standard of life“ einer Bevölkerung wächst und die Ansprüche an das Angebot sich vergrössern, tritt ganz von selbst eine Tendenz der Verteuerung der Lebensmittel auf.

b) Verminderung der Milchproduktion.

Der Preis der Milch hat sich in den letzten 5 Jahren wesentlich erhöht. Die Schlusspreise, zu welchen die Milchhändler mit den bedeutendsten Produzenten abgeschlossen haben, betrugen in den früheren Jahren durchschnittlich 10 Heller ab Aufgabestation. Heute erhalten die Grossproduzenten loco Produktionsplatz 14 bis 20 Heller. Selbst Massenproduzenten erzielten solche Preise, so erhielt z. B. die Erzherzog-Friedrich’sche Molkerei, eine der grössten der Monarchie, ab Station Hegyeshalom 16 bis 17.5 Heller pro Liter.

Nach einer Mitteilung der Oesterreichischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft ist diese Preiserhöhung mit dem Anziehen der Futtermittelpreise und der Erhöhung der Arbeitslöhne zu rechtfertigen, und es wird behauptet, dass die Milchpreise für den Produzenten absolut unzureichende wären, so dass sich das Interesse für die Viehhaltung eben deshalb bei den Landwirten verringert habe und als Folgeerscheinung eine Abnahme der Milchviehbestände und eine Minderbeschickung der wichtigsten Milchmärkte eingetreten sei.

Niemand wird bestreiten, dass die Produktionskosten der Landwirtschaft andauernd gewachsen sind. Denkt man wenige Jahre zurück, wie primitiv die Stallhaltung, wie unsauber die Milchgewinnung, wie wenig reinlich die Art des Milchverkaufens damals war, und vergleicht man damit die heutige Einrichtung des Stalles, die Sorgsamkeit in der Milch-

gewinnung und die zweckmässige, wenn auch kostspielige Art der Verabfolgung in den Städten, besichtigt man die Kühlapparate und die Anlagen, die Laboratorien zur Untersuchung und zur rationellen Behandlung der Milch, so ist es leicht begreiflich, dass die dadurch notwendig gewordenen Kapital-investitionen in letzter Linie von den Konsumenten gedeckt werden müssen. Dadurch, dass die grösseren Molkereibetriebe von ihren Lieferanten verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Qualität gefordert haben, wurden auch kleinere Wirtschaften mit unverhältnismässig grossen Ausgaben belastet. Die so erhöhten Produktionskosten kommen dann in erhöhten Preisen zum Ausdruck und dadurch werden die Investitionen teilweise auf die Konsumenten übertragen. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass dabei die Konsumenten auch zur Bezahlung von Investitionen herangezogen werden, die eigentlich garnicht in ihrem Interesse liegen. Die Anschaffung von Zentrifugen und anderen zur Milchbehandlung dienenden Maschinen, welche mancher Bauer sich ganz unnütz anschafft, haben sogar zur Verschlechterung der Milch geführt und ein wesentlich minderwertiges Produkt, wie die Magermilch, mit denselben hohen Transportkosten und mit denselben Regiekosten belastet wie die Vollmilch. Natürlich wird dadurch auch der Preis der Magermilch beträchtlich in die Höhe geschraubt.

Der Kernpunkt der Frage der Milchteuerung bleiben aber doch die eigentlichen Kosten der Kuhhaltung, also die Futterpreise. Bemerkenswerte Angaben hierzu lieferte der mährische Landwirtschaftsinspektor A. Ostermayer[1]). Seine Daten, die über die in deutsch-mährischen Bauernstallungen regelmässig vorgenommenen Probemelkungen berichten, enthalten besonders praktische Lehren über die Berechnung der Milchproduktionskosten. Es liegen die Berechnungen für 126 Kühe vor, von welchen nur 8 eine Milchleistung von über 3000 Litern und 9 eine solche von 2500 bis 3000 Litern jährlich haben. Nahezu zwei Fünftel aller Kühe geben weniger als 1500 Liter Milch im Jahre. Im Durchschnitte aller 126 Kühe werden per Kuh 1799 Liter ermolken, das ist ein besonders schlechtes Resultat, bei dem ein genügender durchschnittlicher Reinertrag nicht erwartet werden kann. Dazu bemerkt nun A. Ostermayer: „Wenn wir einen Milchpreis von 11 Hellern ansetzen, so bringt eine Kuh im Durchschnitte also 197 K. 89 h. Wenn wir nun annehmen, dass alle anderen Auslagen, wie Stall, Löhne, Steuern, Geräte etc. durch den Wert des Kalbes gedeckt werden, und nur das Futter für die Milchproduktion aufzurechnen ist, so kosten diese 1799 Liter Milch bei Annahme einer Verfütterung von 9 Kg. Heu zu 6 Heller pro Tag jährlich 197 K. 10 h. Es ist also durch die Milch rein nur das Futter bezahlt worden, und von einem Gewinne ist keine Rede. Wie ganz anders stünde die Sache, meint Ostermayer, wenn die Milchleistung

---

1) Zitiert bei Prof. O. Kasdorf: Zur Erhöhung der Milchpreise N. Fr. p. 1909 Nov. 2.

eine höhere wäre, d. h. wenn lauter Kühe im Stalle ständen, die das Futter besser bezahlt machen.

An der Hand der hier angeführten charakteristischen Berechnung ist also nicht zu zweifeln, dass nicht nur die qualitative, sondern hauptsächlich die quantitative Leistung der Milchkühe in der Regel in Oesterreich u. Ungarn viel geringer ist wie in allen rationell geführten Milchwirtschaften der übrigen Kulturstaaten. In Ungarn werden Durchschnittsergebnisse von nur 1000 Litern angenommen. Für Oesterreich sind in der Milchstatistik Daten über riesige Differenzen in der Milchleistung je nach dem mehr oder minder rationellen Betriebe einer Milchwirtschaft verzeichnet. Der eine der angeführten Landwirte hatte sieben Kühe mit einem Milchergebnisse 21.385 Liter, der andere der ebenfalls sieben Kühe unterhält, hatte nur 9579 Liter in einem Jahre. Der eine erhielt also per Kuh und Jahr eine Durchschnittsmenge von 3056 L., der andere nur 1368 L. Es ist demnach gewiss, dass derjenige, der bei einer grossen Milchleistung einen hohen Ertrag herauswirtschaften kann, ein Anwachsen der Produktionskosten um 10, 15 oder 20 % absolut nicht verspüren wird, während der andere mit der geringen Milchleistung kaum die Produktionsspesen decken kann und als Ursache für die geforderten hohen Milchpreise eben die erhöhten Produktionskosten anführen wird.

Was den Hauptfaktor der Produktionsauslagen, die Futterpreise betrifft, so darf man nicht übersehen, dass das Futterergebnis der letzten beiden Jahre sich ausserordentlich ungünstig gestaltete, und Deckung für den Ausfall an Futtermitteln selbst aus den Nachbarländern nicht zu beschaffen war. Eben dieser Umstand hat die landwirtschaftlichen Kreise in Oesterreich-Ungarn bewogen, wie schon im vorigen Jahre mit dem Ersuchen an die Regierung heranzutreten, ein Futterausfuhrverbot zu erlassen oder wenigstens diejenigen Extravergünstigungen aufzuheben, mit deren Hilfe eine grosse Menge der notwendigen Futtermittel alljährlich nach dem Auslande geht. Es herrscht in Deutschland und in der Schweiz derzeit eine besonders rege Nachfrage nach Futtermitteln, und die dort bezahten Preise veranlassen die Kaufleute zu so bedeutenden Exportgeschäften, dass die Ausfuhr der Futtermittel im letzten Jahre die des Vorjahres um 120 % überstieg.

Was nun die Qualität, die Rasse der Milchkühe anbelangt, so ist ohne Zweifel das Material in den grossen und ausschlaggebenden Milchwirtschaften ein so minderwertiges, dass die ohnehin schon hohen Futterpreise bei weiteren Erhöhungen durch die Kuh erst recht nicht mehr eingebracht werden können, und jede noch so unbedeutende Verteuerung der Futtermittel sofort auf den Preis aufgeschlagen wird. Bessere Rassen, die reinen Simmenthaler oder holländischen Milchkühe, können von den Milchwirtschaften nicht beschafft werden, weil die landwirtschaftliche Bevölkerung, wie bekannt, in Oesterreich-Ungarn die Kapitalskraft nicht besitzt, welche eine intensive Landwirtschaft allgemein erfordert. Solange also die Milchwirtschaft in den sogenannten „2 schwachen Händen“ bleibt,

in den Händen der armen Milchbauern, ist garnicht daran zu denken, dass die Milchproduktion sich verbilligen wird. Der weitaus überwiegende Teil der auf den Wiener Markt gebrachten Milchmengen — täglich 7 bis 800,000 Liter Milch — stammt aus solchen landwirtschaftlichen Betrieben, in denen eine moderne, intensive Milchwirtschaft aus Mangel an Intelligenz und Kapital heute überhaupt noch nicht betrieben werden kann.

In Erkenntnis dieser Tatsachen kann man also an einer sicher fortschreitenden Milchteuerung kaum mehr länger zweifeln.

Preisverteuernd für die Milch wirkt in letzter Linie auch das besonders in dem Umkreis der Grosstadt auftretende Bestreben der landwirtschaftlichen Bevölkerung, ihre in der Regel wenig produktive Zwergwirtschaft aufzugeben und bei der immer mehr zunehmenden Industrialisierung Oesterreich-Ungarns zu einem anderen Berufe überzugehen, sodass Leute, die bisher Produzenten waren, jetzt selber Konsumenten werden. Die Zahl dieser sogenannten Zwergwirtschaften — 1 bis 5 Joch — nimmt in Ungarn und in Oesterreich beständig ab, und doch sind es gerade diese Zwergwirtschaften früher gewesen, die bei der Versorgung der Städte mit den Grossproduzenten am besten konkurrieren konnten und die Preisbildung zu Gunsten der Konsumenten zu beeinflussen im Stande waren. Die Bedeutung der Zwergwirtschaften für die Viehproduktion geht schon allein aus den Zahlen hervor, wonach, während beim Grossgrundbesitz in Ungarn 32, beim Mittelgrundbesitz 28, beim Kleingrundbesitz 49 Stück Vieh auf 100 Joch entfallen, der Zwergbesitz auf 100 Joch durchschnittlich 113 Stück Vieh produziert (Julius Tormay: Viehzucht).

Infolge der immer steigenden Abnahme der Zwergwirtschaften kommt heute die Milch von weit entfernten Orten mit mangelhafter Kommunikation nach den einzelnen grossen Konsumplätzen, wobei natürlich die hohen Transportkosten noch zu den Produktionskosten hinzukommen. Diese Lasten sind in Oesterreich-Ungarn höher wie anderwärts, weil die Verkehrsverhältnisse noch durchaus viel zu wünschen übrig lassen und es dem von der Bahnstation entfernt wohnenden Landwirte fast unmöglich machen, Milch in die Stadt zu liefern. Eigentlich ist kaum eine einzige bedeutendere Stadt in Oesterreich-Ungarn zu finden, wo man über eine ausgiebige Milchzufuhr verfügt. Die besonders hohen Preise am Wiener Milchmarkt motiviert Professor Otto Kasdorf in erster Linie mit dieser ungenügenden Milchzufuhr, die mit dem stets wachsenden Konsum nicht Schritt halten kann, wobei für die Erweiterung der Milchanlieferungsrayons nicht durch entsprechende Transporterleichterungen gesorgt wird. Er sagt (N. Fr. Presse 16. September 1911):

„Die Verhältnisse des Wiener Milchmarktes erklären sich vor allem daraus, dass die an der Milchverteuerung Wiens beteiligte Milchbezugszone sehr eng begrenzt ist. Von den ca. 880 000 Litern Milch, die Wien per Tag konsumiert, stammen ca. 70 % aus Niederösterreich und nur 30 % aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn etc. Vor 10 Jahren lieferten diese Länder noch 65 % des gesamten Bedarfes. Die Milch-

versorgung Wiens wird also von Jahr zu Jahr immer mehr zu einem Monopol für eine bestimmte Gruppe von Milchproduzenten, die infolge guter Verbindung ihres Produktionsortes mit dem Konsumorte den letzteren beherrscht. Die ferner liegenden Milchproduktionsgebiete können wegen der hohen Fracht und vor allem wegen des Fehlens guter Eisenbahnverbindungen mit Kühlwaggons nicht an der Milchversorgung teilnehmen.

Der Milchkonsum in Wien steigt zudem fortwährend. Er betrug 1900 547000 Liter, 1902 599000 Liter, 1904 650000 Liter, 1906 740000 Liter, 1908 827000 Liter und 1910 879000 Liter per Tag im Jahresdurchschnitt. Jede Zunahme des Milchkonsums erhöht die Nachfrage am Produktionsorte und führt naturgemäss von Zeit zu Zeit zu einer Preiserhöhung. Diese Gefahr wird von Jahr zu Jahr grösser, und sie ist erst dann abgewendet, wenn den weiter entfernt liegenden Produktionsorten Gelegenheit gegeben ist, sich an der Milchlieferung zu beteiligen. Eben durch den geschilderten Mangel an guten Bahnverbindungen und dadurch bedingten billigen Transportkosten bei weiteren Entfernungen werden die meisten Landwirte veranlasst, die Milch lieber zur Butter- und Käsebereitung zu verwerten, trotzdem sie auf diese Weise um durchschnittlich 20—30 % weniger Gewinn aus der Milchproduktion erzielen, als wenn sie ihr Produkt als reine Milch verwerten könnten. Die teueren und schlechten Verkehrsverhältnisse bewirken also auch, dass die Differenz zwischen dem Preise franko Milchwirtschaft und dem Verkaufspreise im Detail durchschnittlich sehr gross ist.

Für die Verhältnisse der Umgebung von Wien konnte man berechnen[1]), dass die Landwirte eigentlich nur die Hälfte des Verkaufspreises erhalten, also von 28 oder 30 Hellern nur 14 oder 15; alles übrige entfällt zum grössten Teile auf Manipulations- und Transportspesen und nur 2 bis 4 Heller bleiben für den Grosshandel. Solche riesige Differenzen zwischen dem Preise franko Wirtschaft und dem Verkaufspreise im Detail sind sicherlich als anormal zu bezeichnen, denn, wie allgemein im deutschen Reiche angenommen wird, beträgt die normale Differenz nur 7 bis 8 Heller pro Liter: in Berlin und in Hamburg z. B. herrschen nicht höhere Differenzen.

Die Differenz in den Milchpreisen, die durch die verschiedene Entfernung der Produktionsstätten von der konsumierenden Stadt oder an Orten, den geeignete Verkehrsmittel fehlen, hervorgerufen wird, ist in Oesterreich u. Ungarn also besonders gross, und ein auch nur einigermassen wirksamer Preisausgleich kann deshalb nicht zustande kommen, weil es weder zweckentsprechende Transportmittel — Milchzüge, Kühlwagen gibt — solche wurden erst in allerletzter Zeit in Aussicht gestellt — noch einen gut organisierten Grosshandel, welcher die durch die Produktions-

---

1) Professor Otto Kasdorf: Zur Erhöhung der Milchpreise. N. F. P. 1909 Nov. 2.

verhältnisse bedingte Preisdifferenz ausgleichen könnte. Dadurch also entsteht in den meisten Grosstädten der österreichisch-ungarischen Monarchie die Disparität zwischen Angebot und Nachfrage mit der nur natürlichen Wirkung der stetig steigenden Milchpreise.

Erst in allerletzter Zeit wurde die Aufgabe — entferntere Milchproduzenten zur Deckung des Konsumes heranzuziehen, d. h. also die sogenannte „Milchzone" der grösseren Städte zu erweitern — von der Regierung in der gebührenden Weise gewürdigt: in einer programmatischen Erklärung des Ministerpräsidenten und des Handelsministers Mataja (11. Oktober 1911) wurde nicht bloss eine 50 %ige dauernde Herabsetzung der Milchtarife in Aussicht gestellt, sondern weiter auch die Beschaffung und Einführung zweckentsprechender Kühlwagen und anderer Transporterleichterungen bei der Verfrachtung von Sendungen aus grösseren Entfernungen.

Allerdings können die wohltätigen Wirkungen dieser Massnahme erst allmählich zur Geltung kommen, da die entfernteren Milchproduzenten sich erst systematisch auf eine grössere und dauernde Milchproduktion einrichten müssen, die ihrerseits vor der Hand grössere Opfer beansprucht und häufig von der Rentabilität des Absatzes abhängig ist.

C. Marktpolitische Ursachen. Handelspolitik.

Für die Bedeutung der handelspolitischen Massnahmen für die Gestaltung der Marktverhältnisse und dementsprechend für ihre preisbestimmende Wertung können wir keinen zwingenderen Beweis erbringen als indem wir uns die Wirkung der österreichisch-ungarischen Handelspolitik klar machen, wie sie in den hohen Preisen, die seit 2 Jahren zu den höchsten der ganzen Erde gehören, zum Ausdruck kommt. Durch die der wirtschaftlichen Konjunktur zuwider laufende Hochschutzzollpolitik ist man in eine Aera der Verteuerung der Rohstoffe und aller Lebensmittel gekommen, die zurzeit die Sorge der Bevölkerung im höchsten Grade erweckt hat. Von der ungeahnten und elementaren Wirkung dieser Zollpolitik haben weder die Regierungen noch die Parlamente, die im Jahre 1906 in Oesterreich und Ungarn die Zölle beschlossen, sich auch nur annähernd eine Vorstellung machen können. Oesterreich und Ungarn haben Ende 1911 die höchsten Getreidepreise aller Märkte der Welt. In Liverpool ist Weizen um 2 sh., in Paris um 1 Fr., in Berlin um 0,75 Mk. billiger als in Wien und Budapest. Die höchsten Getreidepreise nach einer guten ungarischen Ernte, bei einem Exportüberschuss. In Jahren des Importbedürfnisses — wie z. B. zuletzt Ende 1909 — erhebt sich dann der Preis des Weizens um den ganzen Zollbetrag von 6.50 K. und um die Fracht- und Spesenquote von über 3 K. per Quarter, also zusammen um die Summe von ca. 10 K. über den Weltmarktpreis.

Auch andere Ursachen handelspolitischer Natur haben dazu beigetragen, die Teuerung im Inlande zu verschärfen. Wir wollen nur an die Massnahmen der Exportförderung, an die Erteilung von Refaktien und anderen Begünstigungen an die Mühlen z. B. erinnern, welchen zu verdanken ist, dass Mehl in Wien im Oktober 1911 nach einer qualitativ glänzenden Ernte über 34 Kronen per Meterzentner gekostet hat. Der einfache, auf die eben erwähnten handelspolitischen Massnahmen zurückzuführende Grund ist, dass die Mühlen für die durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkte nötig werdenden Preisnachlässe bei den ausgeführten besseren Mehlsorten eine Kompensation in der Erhöhung der im Inlande abzusetzenden brauneren Mehlsorten suchen. Die eingeschlagene Handelspolitik hat aber keine andere Wirkung, als dass sie die Mühlen von einer dem Konsumenten günstigen Konkurrenz auf dem heimischen Markte befreit und durch Gewährung einer Exportprämie zur Konkurrenz auf dem Weltmarkte auf Kosten der einheimischen Konsumenten stärkt. Diese Massnahmen stützten sich bei ihrer Einführung auf die Annahme einer beträchtlichen Ueberproduktion. Diese Vorbedingung trifft aber heute nicht mehr zu.

Man muss jetzt damit rechnen, dass das österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet, wahrscheinlich auch deshalb, weil die Landwirtschaft in beiden Reichen trotz starker Bevölkerungsvermehrung stark zurückgeht, immer mehr zu einem Getreide*import*lande wird. Wie wenig intensiv die Landwirtschaft betrieben wird, zeigt ein Vergleich mit Deutschland, wo durchschnittlich $17^1/_2$ Doppelzentner Roggen auf den Hektar Boden gerechnet werden, während man in Ungarn nur auf einen Ertrag von $13^1/_2$ Doppelzentner pro Hektar rechnen kann. Bezüglich der durchschnittlichen Weizenproduktion pro Hektar in verschiedenen Ländern ist bekannt, dass Deutschland $18^1/_2$, Frankreich $13^1/_2$, die Schweiz $16^1/_2$, Belgien 22, Dänemarkt 29 Doppelzentner produzieren, während Oesterreich und Ungarn durchschnittlich nicht über 12 Doppelzentner hinauskommen. Die Handelspolitik also, die sich nicht im Laufe der Zeit immer an die Konjunktur der heimischen Märkte anschmiegt, im Gegenteil sogar der günstigen Gestaltung der inländischen Marktlage entgegenarbeitet, kann nur schädliche Wirkungen auf die Preisbildung ausüben. Das hat bereits der österreichische Ministerpräsident Freiherr von Gautsch anerkannt, indem er bei Beratung der Teuerungsfrage im Reichsrat (am 10. Oktober 1911) ausführte, dass die *österreichischen Getreidezölle geradezu ein Schulbeispiel schlechter und verkehrter Wirtschaftspolitik* seien.

a) Zölle.

Zölle auf Lebensmittel üben ihre Wirkung auf die Preise nach zwei Richtungen hin aus:

1. in der Eigenschaft als Finanzzölle, als welche sie die Ware in der Höhe des Aufschlages belasten,

2. als Schutzzölle, als welche sie fremde Ware der heimischen gegenüber auf dem Inlandsmarkte in einem Masse belasten, dass dadurch eine Verringerung des auswärtigen Angebotes bewirkt wird.

Oesterreich-Ungarn hatte bis in die letzten Jahre einen bedeutenden Import von lebendem Vieh und Schweinen aus den Balkanländern, besonders aus Rumänien und Serbien und einen bedeutenden jährlichen Bedarf an Kornfrüchten, besonders in Jahren mit schlechten Ernteergebnissen. Es waren besonders die ungarischen Mühlen, die bei den früheren niedrigen Zöllen sehr viel Getreide aus Russland und Rumänien importierten, aus dem Mehl des billig importierten Weizens den Inlandsbedarf deckten und den qualitativ besseren ungarischen Weizen für das lukrative Exportgeschäft verarbeiteten. Bis in die letzten Jahre war sogar eine zollfreie Einfuhr ausländischen Weizens zu diesem Zwecke gestattet; nach ihrer Aufhebung machte sich natürlich sofort die volle Wirkung der neuen Zölle auf die Mehlpreise geltend.

Die Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel sind heute im Durchschnitt in Oesterreich-Ungarn etwas höher als die auch schon sehr hohen Sätze des Deutschen Reiches. Die letzten Handelsverträge des Jahres 1906 haben die bisherigen Sätze bei den wichtigsten Lebensmitteln bis zum Zehnfachen des früheren Betrages erhöht. Demzufolge stiegen die Preise unmittelbar in folgenden Ausmasse: [1])

der	Preis	von	Mehl	um	51 %
„	„	„	Korn	„	53,8 %
„	„	„	Eiern	„	50 %
„	„	„	Kartoffeln	„	140 %.

Der Zoll für

Weizen,	früh.	nach	d.	alt.	Zolltarif	1 K.	50 h.,	betr.	heute	6 K.	30 h.
Roggen,	„	„	„	„	„	1 „	50 h.,	„	„	5 „	80 h.
Gerste,	„	„	„	„	„		50 h.,	„	„	2 „	80 h.
Hafer,	„	„	„	„	„	1 „	20 h.,	„	„	4 „	80 h.
Mais,	„	„	„	„	„		50 h.,	„	„	2 „	80 h.
Weintrauben	„	„	„	„	„	4 „		„	„	40 „	
Pflaumen,	„	„	„	„	„	3 „		„	„	8 bis 10 K.	
Pflaumenmus	„	„	„	„	„	3 „		„	„	5 K.	50 h.

Exorbitant hoch sind die Zölle für lebendes Vieh und Fleischwaren, durch welche das früher bedeutende Angebot der benachbarten Balkanländer ganz verdrängt wurde. Der Zoll für einen Ochsen, welcher früher nur 8 Kronen betrug, wird jetzt nach dem Lebendgewicht berechnet und zwar mit 9 K. 40 h. per 1 q, so dass der Zoll, auf ein durchschnittlich 600 Kg. schweres Tier berechnet, heute 56 K. 40 h. beträgt.

---

1) Staatssekretär Szterenyi Parlamentsrede 20. 12. 1910.

Der frühere Zoll von
8 K. für 1 Stier ist heute 30 K.
6 K. für 1 Kuh ist heute 30 K.
3 K. für 1 Kalb ist heute 5 K.
1 K. für 1 Schaf oder 1 Ziege ist heute 1 K. 50 h.
50 Heller für 1 Lamm ist heute 1 K. 50 h.
Lebendiges Geflügel, bisher zollfrei, zahlt heute 8 K. per q, geschlachtetes Geflügel, das früher 6 K. zahlte, zahlt heute 16 K.

Auf einen der Hauptimportartikel, nämlich auf lebende Schweine, deren Import aus Serbien auf die Fleischpreise in Oesterreich-Ungarn besonders in den früheren Jahren bedeutend ermässigend einwirkte, ist der Zoll wesentlich erhöht worden. Der Zoll von 3 K. per Schwein wurde — bei einem Durchschnittsgewichte eines Magerschweines von 200 Kg. — auf 20 K. erhöht. Dabei wurden die leichten Mastschweine noch viel härter behandelt, indem sie ohne Unterschied des Gewichtes per Stück 11 K. Zoll zu tragen haben. Die Einfuhr von zubereiteten Fleischwaren, Wurst- und Selchwaren, und von geschlachtetem gefrorenen Fleisch, welche durch die überseeische Konkurrenz von Amerika, Argentinien, Australien und Neuseeland in Betracht kommt, wird durch einen Schutzzoll von 30 bis 40 K. jetzt ganz hintangehalten, während diese Waren den früheren Zoll von 12 K. noch sehr gut ertragen haben.

Daneben sind Massnahmen veterinär-hygienischer Natur in Anwendung gekommen, welche eine nennenswerte Einfuhr noch mehr zu verhindern geeignet sind als selbst die allerhöchsten Zölle. Diese Massregeln wurden besonders scharf an der rumänischen Grenze beobachtet und dort mit der Gefahr der Rinderpest motiviert, welche das aus Rumänien importierte Vieh nach Oesterreich einschleppen könnte. Ihre Begründung finden diese Massregeln in dem Umstande, dass die Grenzen Rumäniens gegen Russland, wo die Rinderpest sozusagen stationär ist und durch keine verlässliche veterinäre Massregel kontrolliert werden kann, offen sind. So wurde allmählich die ganze Vieh- und Fleischeinfuhr aus Rumänien verboten, und erst in letzter Zeit kam es zwischen beiden Regierungen zu einer Veterinär-Konvention, verbunden mit einem systematischen Handelsvertrage, welcher erst im Juli 1910 von den Parlamenten in Oesterreich und Ungarn angenommen wurde.

In diesem neuen Handelsvertrage ist eine Einfuhrbewilligung für 50.000 Stück Hornvieh, 120.000 Stück Schweine und 100.000 Stück Schafe als das maximale Kontingent, welches für die Balkanstaaten bewilligt werden kann, vorgesehen ein Angebot, das allerdings in der Lage wäre, den Lebensmittelmarkt vorteilhaft zu beeiflussen. Die Bedeutung dieser Lebensmittelzufuhr ist umso höher einzuschätzen, als durch den gleichzeitig unterbliebenen Abschluss des serbischen Handelsvertrages jedwede Einfuhr aus Serbien unterbunden war. In früheren Vertragsjahren betrug die Einfuhr Serbiens nach Ungarn allein in den wichtigsten Lebensmitteln über 60 Millionen Kronen. Aber schon im ersten

Jahre des vertragslosen Zustandes, 1905, in welchem das eingeführte Hornvieh den vollen Zoll zu entrichten hatte, war auf den Märkten des gemeinschaftlichen Zollgebietes ein Ausfall des serbischen Viehes in Höhe von 64.311 Stück zu verzeichnen, welches Manko allein schon eine Preissteigerung auf dem Fleischmarkte hervorrufen musste. Und in der Tat war das Fehlen der serbischen Einfuhr in den weitesten Schichten der Konsumenten so sehr zu fühlen, dass wohl alle Resolutionen, die zu der Fleischteuerung Stellung genommen haben, mit der Forderung hervortraten, dass behufs einer reichlichen Vieh- und Schweineeinfuhr mit Serbien ein günstiges billiges Abkommen zu treffen sei. Unter dem Drucke der öffentlichen Protestversammlungen haben sich die Regierungen in Oesterreich u. Ungarn auch bewogen gefunden, Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag mit Serbien einzuleiten, in welchem unter anderen auch die Einfuhr von 35.000 Stück Hornvieh und 70.000 Stück Schweinen in geschlachtetem Zustande bewilligt werden soll. Bis vor kurzer Zeit waren die Verhandlungen über diesen Handelsvertrag noch zu keinem Abschlusse gekommen und der Lebensmittelmarkt musste immer das Quantum der Zufuhr entbehren, welches zur normalen Deckung des Angebotes und zur normalen Preisbildung unumgänglich notwendig war.

Im neuen Handelsvertrag mit Serbien nun, welcher Anfang 1911 in Kraft getreten ist, wurde die vereinbarte Menge bedeutend herabgesetzt. Man hat das Fleischkontingent (infolge der Proteste der Agrarier) auf die Menge von 15 000 Ochsen und 50 000 Schweinen festgesetzt, welche Zahlen hinter denen des Importes im Jahre 1908 noch um 20 000 Ochsen und 20 000 Schweine zurückbleiben. Der Zoll wurde — wie für Rumänien — mit 9 Kronen 40 Heller pro 100 Kg. Lebendgewicht bei Hornvieh und 11 K. bei Schweinen festgesetzt, was einer Last von 20 Heller pro Kg. Fleisch entspricht.

Die allgemein „verteuernde“ Wirkung der im Jahre 1906 in Kraft getretenen Zollsätze auf die Lebensmittelpreise wird am anschaulichsten durch den Bericht der K. und K. Armeeverwaltung demonstriert,[1]) wonach dem Kostenvoranschlage gegenüber im Jahre 1907 sich ein Defizit von 5 Millionen, im Jahre 1908 ein solches von 13 Millionen im Posten der „Alimentation“ eingestellt hat und zwar, wie der Reichskriegsminister erklärt, unter dem Einflusse der preissteigenden Tendenz der neuen Zollsätze.

Die Wirkung der Zollsätze auf die Getreidepreise haben wir schon früher besprochen und festgestellt, dass die im Jahre 1909 auf den österreichisch-ungarischen Märkten gezahlten Getreidepreise genau um die Höhe des Zolles teuerer waren als die Preise, welche auf den zollfreien Märkten als Weltmarktpreise gezahlt wurden. Das Einfuhrbedürfnis des österreichisch-ungarischen Zollgebietes beträgt in den Jahren schlechter

---

1) Etat des K. u. K. gemeins. Kriegsministeriums für das Jahr 1910, 2. Heft, Motivenbericht und Schlussrechnungen 1907 S. 27.

Ernten, wie z. B. 1897, 1898, 1899 regelmässig über 3 Millionen q. Im Jahre 1909, wo sich ein bedeutend stärkeres Importbedürfnis geltend gemacht hat, wurde die notwendige Einfuhr auf 13 Millionen geschätzt. Diese Importmenge hat also den ganzen Zoll — 6 K. 30 h. per q. also insgesamt 81.9 Millionen Kronen — tragen müssen, welche Summe schon allein die Teuerungsquote des Weizens bedeutend belastet und von den Konsumenten in vollem Umfange bezahlt werden musste. Nun kommt aber das Wesentlichste. Da Oesterreich-Ungarn nur einen kleinen Bruchteil seines Bedarfes an Getreide nach dem gemeinschaftlichen Zollgebiete importiert und selbst in schlechten Jahren über 87 % des Bedarfes durch die eigene Produktion deckt, verteuert der Einfuhrzoll von 6.30 K. nicht nur die 12 bis 13 Millionen q. die eingeführt werden, sondern auch die ganze Menge der inländischen Produktion, also 80 bis 85 Millionen q. denn die Produzenten geben natürlich ihre Ware nicht unter dem Preise ab, zu dem ausländischer Weizen inclusive Zoll auf dem Inlandsmarkte zu erlangen ist. (S. 20, 21.) Dieser durch die Höhe der Zölle auf die Inlandspreise ausgeübte Einfluss bedeutet eine Steigerung $82 \times 6.20 = 516$ Millionen Kronen über den Weltmarktpreis des Weizens.

Ganz analog wie in Oesterreich-Ungarn ist im letzten Jahre (1910) auch in Frankreich jene Wirkung der Grenzzölle zur Geltung gekommen, wonach in den Jahren des Importbedürfnisses, der Preis der inländischen Produktion um die ganze Höhe des Zolles teurer ist, wie die Weltmarktpreise auf den zollfreien Plätzen notieren.

Weizen notierte Ende August 1910 am Weltmarkt ungefähr 20 Frc. pro hl. in Frankreich aber $28^1/_4$, worin der ganze Zollsatz von 7 Frc. sowie Fracht, Spesen etc. vollständig enthalten sind.

b) Export.

Der Export der Monarachie in Lebensmitteln variiert:

a) je nach den Lebensmittelpreisen, die im Auslande, die Zölle inbegriffen, von den Konsumenten bezahlt werden,

b) nach den Transportbegünstigungen oder anderen künstlichen Anregungen, wie Refaktion etc., welche die Konjunktur des Exporthandels zu heben imstande sind.

Erfahrungsgemäss ist die Grösse des Exportes eines Landes ganz unabhängig von der Knappheit oder dem Ueberschusse der nationalen Produktion; in Russland und Rumänien z. B. sind forcierte Exportbewegungen auch in Jahren zu verzeichnen, in welchen die Produktion kaum die nationale Konsumtion deckt, so dass bei einem gesteigerten Export ein fast unglaublicher Mangel an Nahrungsmitteln im Auslande selbst herrscht, natürlich bei entsprechend hohen Preisen.

In den letzten Jahren hat sich der Exporthandel in Oesterreich-Ungarn zu einer besonders starken kapitalkräftigen Organisation herausgebildet, was umso merkwürdiger ist, als für den eigentlichen Inlandsver-

kehr eine gleiche, gross angelegte, kapitalkräftige Handelsorganisation fehlt. Die grössten Geldinstitute wetteifern mit einander, um gewisse Zweige des Lebensmittelausfuhrhandels zu finanzieren, die Staatsbahnen selbst begünstigten einige dieser Gesellschaften, indem sie denselben beim Erreichen von Maximalquantitäten direkte Prämien bewilligen. Die bedeutende Ausfuhr der ungarischen Mühlen an Futtermaterialien, wie Kleie, Abfälle aller Art wäre nie so angewachsen und hätte nie eine so hindernde Wirkung auf die heimische Vieh- und Milchproduktion durch Entziehen der notwendigen Futterartikel ausüben können, wenn sie nicht durch die Tarifpolitik der Staatsbahnen und durch die direkte Unterstützung des Finanzministeriums gefördert worden wäre.

Es ist ja vom Standpunkte der allgemeinen nationalen Finanzwirtschaft nicht zu verkennen, dass ein starker Export durch Goldimport auf die Staatsfinanzen besonders günstig einwirkt, vor allem in einem Staatsgebilde wie Oesterreich-Ungarn, wo die Handelsbilanz nicht immer aktiv ist (in Jahren mit Missernten wird die gewöhnlich aktive Handelsbilanz passiv; so machte z. B. zuletzt im Jahre 1909, die Mehreinfuhr 424,4 Millionen Kronen aus. Hingegen ist die Zahlungsbilanz der Monarchie seit dem Jahre 1901 zumindest im Gleichgewicht. In den letzten Jahren 1908, 1909 spricht die günstige Gestaltung der Wechselkurse unter pari eher für ein mässiges Aktivum im Saldo, was sich jedoch 1911 wieder verschlechtert hat), durch eine gesteigerte Ausfuhr diese Aktivität hergestellt werden kann und damit die Vorbedingung zu einer geordneten Valuta gegeben sind. Diese Nebenwirkungen waren für die Begünstigung des Exporthandels durch die Regierungskreise massgebend. Demgegenüber darf aber doch nicht übersehen werden, dass, genau wie in Rumänien und Russland, auch in Oesterreich-Ungarn in dem Masse, wie diese Bestrebungen zur Hebung des Exports der inländischen Konsumtion notwendige Lebensmittel entziehen, sich notwendigerweise eine Verteuerung derselben einstellt.

Das Fachorgan „Berliner Eierbörse“ schreibt darüber in seiner Nummer vom 5. Oktober: „Trotzdem Ungarn einen ausserordentlich grossen Eierexport unterhält, hat Budapest in ganz Europa die teuersten Eierpreise und die schlechteste Eierqualität.“ Die Eierpreise im September dieses Jahres gestalteten sich auf den Hauptplätzen Europas wie folgt: In Wien die Kiste (1440 Stück sortiert) 92 Kronen. Für eine Krone erhält man daher 15 bis 16 Stück Eier. In Berlin ein Schock (60 Stück) 380 bis 390 Pfennig. Umgerechnet: für eine Krone $11^1/_2$ Stück. In London (Extraqualität, grosse Eier, durchleuchtet) 120 Stück 8 Schilling, also für eine Krone $12^1/_2$ Stück. In Paris 85 Stück für 10 Francs = 12 Stück für eine Krone. Zu bemerken ist, dass Berlin, Paris und London die Eierpreise mit grossen Frachtspesen, in Berlin und Paris mit hohem Zoll belastet sind. In Budapest erhält man für eine Krone 13 Stück unsortierte Eier, wobei usancemässig drei Prozent faule Eier abgerechnet werden. Wie jede Hausfrau jedoch bestätigen kann, sind nicht drei

Prozent, sondern im besten Falle (im allerbesten!) fünfundzwanzig Prozent faul. (Dr. Eulenberg, Elebaratum 1911.)

Eine kleine Statistik des gesamten Lebensmittelexports aus Ungarn sei hier angeführt: Der gesamte Lebensmittelexport aus Ungarn — ohne Zucht- und Schlachtvieh — hatte einen Wert von:

1904	105 Millionen
1906	120 „
1907	126.5 „
Ende 1909	150 „

Der Export von Zucht- und Schlachtvieh betrug: [1])

	1906	1907	1908	1909
Stück Vieh:	910.040	859.685	1.148.387	1.311.105
Im Werte von: K	212.300.175	199.348.771	223.892.135	284.863.458.

Ein gesteigerter Export von lebendem Vieh ist im letzten Jahre nach Italien und nach der Schweiz zu verzeichnen. Die Italiener, durch die Notwendigkeit, ihren stark gesunkenen Viehstand auf das normale Mass zu bringen, dazu gezwungen und auf eine bedeutende Förderung durch die Regierung gestützt, erscheinen in Tirol, Kärnten und Ungarn als die besten Käufer und führen eben jene Jungrinder von 1—2 Jahren aus, welche für die produktive Weiterzucht bestimmt und im Inlande verwertet werden sollten.

Die Schweizer wieder werden von jener wohlüberlegten Spekulation geleitet, welche professionelle Viehzüchter bewegt, das Material zusammenzukaufen in einem Alter, wo die Kälber das Risico des ersten Wachstums bereits hinter sich haben und sich nun auf den guten Alpenweiden mit geringen Kosten in wertvolle „Schweizerkühe“ umwandeln, um schliesslich für einen bedeutend höheren Preis verkauft zu werden. Der übrige Lebensmittelexport verteilt sich nach den einzelnen Waren hauptsächlich auf:

Geflügel	35	Millionen	K.
Wild	2.5	„	„
Frisches Fleisch	11	„	„
Eier	35	„	„
Butter	8.5	„	„
Frische Gemüsearten	3 bis 4	„	„
Hülsenfrüchte, Bohnen, Erbsen	15	„	„
Dikatesswaren, Gänseleber, Honig, Nüsse, Wurst, Käse .	7	„	„

Die sehr bedeutende Ausfuhr der Getreide- und Mehlarten wollen wir hier deswegen nicht anführen, weil unseres Erachtens die Preise, die wir für Getreide und Mehl bezahlen, einzig und allein durch die Welt-

1) Komarow: Ueber die Fleischfrage, 1910.

marktpreise und den Zoll bestimmt und von einem grösseren oder kleineren Export nicht beeinflusst werden.

Bei gewissen anderen Exportmitteln, wie Wein und Bier, hat der Export aus dem Grunde keine preiserhöhende Wirkung, weil die Monarchie an diesen Konsumartikeln eine die Nachfrage weit überschreitende Menge produziert, so dass durch die Ausfuhr keine wesentliche Verringerung des Angebotes bewirkt wird, jedenfalls keine solche, dass dadurch eine Disparität zu Gunsten des Angebotes und folglich eine Erhöhung der Preise eintreten könnte. Bei den übrigen Lebensmitteln allerdings und besonders bei Zucht- und Schlachtvieh ist der gesteigerte Export — bei gleichzeitigem Fehlen des Importes — auf die Verringerung des Angebotes und damit auf die Erhöhung der Preise unzweifelhaft von Einfluss.

c) Verzehrungssteuern.

Die städtischen und staatlichen Verzehrungssteuern, wie auch die übrigen Gebühren, welche auf den Lebensmitteln lasten, sind in Oesterreich u. Ungarn verhältnismässig zu hoch. Ausser den einheitlichen, vom Staate erhobenen Verzehrungssteuern besitzt jede autonome Kommune das Recht unter verschiedenen Titeln Gebühren und Taxen von Lebensmitteln zu erheben. Da sind zu nennen die direkte Akzise, ferner Marktgebühren, Beschaugebühren, Mautgebühren, Viehpassgebühren, Brückengelder, Platzgelder, Wagegebühren und selbst Taxen für die aus allgemeinem hygienischen Interesse ausgeübte Lebensmittelschau und den Veterinärdienst. Als Beispiel sei angeführt, dass ein Schwein auf dem Markt bis zur Schlachtung folgende Gebühren zu tragen hat:

Platzgebühr	1	K.
Beschau- und Wagebühr	2	„.
Schlachtgebühr	2	„.

Im Falle aber die Schweine nicht an demselben Tage verkauft werden können, sondern, wie das in der Regel geschieht, einige Tage eingestellt werden müssen, betragen die Kosten für je 25 Stück für jeden einzelnen Tag:

Platzgebühr	25	K.		
Auftreibergebühr	2	„		
Abstempelung	1	„		
Stallgeld	2	„	50	h.
Futter	7	„	50	„
Vommissionsgebühr	25	„		
Kersicherungsgebühr	10	„		
Städtische Mautgebühr	12	„	50	„
zusammen:	85	K.	50	h.

Diese Gebühren belasten den Händler für jeden einzelnen Tag, so lange er die Schweine auf den Markt führt und sie nicht verkauft.

Solche Gebühren sind im entsprechenden Verhältnis auf alle Lebensmittel gelegt und sind viel höher wie in den meisten Städten des Deutschen Reiches. Etwas niedriger ist die Markt- und Platzgebühr in Wien am St. Marxer Viehmarkte. Im allgemeinen variieren diese städtischen Gebühren in Oesterreich u. Ungarn je nach der finanziellen Lage der Kommunen und je nach der Bedeutung, die diese Einnahmen im städtischen Haushalte besitzen. In Budapest liegen auf jedem kg Fleisch 10 Heller Verzehrungssteuer. Die staatlichen Akzise auf Fleisch brachte im Jahre 1906 8.8 Millionen Kronen Ertrag. Dazu kommen 25 % städtische Ergänzungsgebühr, sodass der Konsum des Fleisches mit 11.5 Millionen Kronen belastet war. Die Stadt Budapest zahlt bei einen Konsum von von 40 Millionen kg Fleisch netto 4 Millionen Kronen Verzehrungssteuern, also 10 Heller auf jedes kg konsumierten Fleisches. Die Gesamteinnahme der Kommune Wien aus den Verzehrungssteuern für Rindfleisch und Kalbfleisch allein beträgt $5^1/_2$ Millionen Kr. pro Jahr.

Neuerdings plant die Regierung eine Reform der Verzehrungssteuern, die dahin geht, dieselben unter sozialpolitischen und produktionspolitischen Gesichtspunkten so umzugestalten, dass einerseits gerade diejenigen Fleischsorten, auf welche die breiten Schichten der Bevölkerung reflektierten, hinsichtlich des Steuersatzes einigermassen entlastet und dadurch verbilligt, anderseits aber durch eine entsprechende Differenzierung der Steuer hinsichtlich der unreifen und der ausgewachsenen Tiere die Garantien für die künftige Aufzucht erhöht würden. Man beabsichtigt, die Verzehrungssteuer für Ochsen, Stiere, Kühe und Rindfleisch aufzuheben und den Ausfall durch entsprechende Erhöhung der Verzehrungssteuer auf Kälber und Kalbfleisch hereinzubringen.

Diese Steuerreform würde für Wien eine sofortige Ermässigung der Rindfleischpreise um mindestens den Betrag der Steuer von cirka 7 Heller per Kilogramm, wahrscheinlich sogar um 10 Heller per Kilogramm zur Folge haben, wenn die Fleischhauer wie sie versprechen, nicht nur um 7, sondern rund 10 Heller die Preise herabsetzen werden, wozu die Bereitwilligkeit allgemein vorhanden ist. Die zufolge dieser Steuerreform notwendige Erhöhung der Steuer auf Kalbfleisch dagegen würde, um den ganzen Ausfall der Rindfleischsteuer hereinzubringen, für Wien ca. 26 Heller per Kilogramm betragen. Eine Steigerung der Kalbfleischpreise um diesen Betrag wäre aber weniger empfindlich, weil Kalbfleisch zumeist ein Luxusfleisch für die Bevölkerung, namentlich für die minderbemittelten Schichten, nicht so unentbehrlich ist als das Rindfleisch. Ein Nutzen für die Volkswirtschaft würde aber dadurch entstehen, dass die Kälberschlachtungen infolge der höheren Steuerbelastung voraussichtlich um ca. 25 Prozent zurückgehen würde und somit eine grosse Anzahl Kälber für die Aufzucht erhalten blieben.

In Ungarn werden die Verzehrungssteuern in der Weise reformiert, dass nach dem Gesetzentwurfe des Finanzministers (Ende Dezember 1911) die in der Hauptstadt Budapest zu entrichtende Verzehrungssteuer für

Wild und Geflügel überhaupt aufgehoben wird. Stadt und Staat hoben unter diesem Titel alljährlich eine Summe von beiläufig einer Million Kronen ein. Diese Abgabe wird in demselben Augenblicke aufhören, in dem der Reichstag den vom Finanzminister zu unterbreitenden Gesetzentwurf erledigt. Die Massregel stellt sich solchermassen als ein Mittel zur teilweisen Milderung der Teuerungsverhältnisse in der Hauptstadt dar und wird in den Kreisen der Bevölkerung daher mit Genugtung aufgenommen. Wie bekannt, wurde die Fleischverzehrungssteuer seit April 1910 in Deutschland bereits ganz abgeschafft; in England ist sie überhaupt unbekannt.

d) Transportspesen, Transportrisiko.

Jedesmal wenn eine Lebensmittelteuerung eintritt, greift man allenthalben zuerst die Tarife an. Die Transportspesen müssen verbilligt werden! heisst es in so und soviel Entwürfen, die gegen die Teuerung vorgehen. Die Annahme, dass eine Herabsetzung der Tarife auch die Lebensmittelpreise verbilligen werde, erscheint ganz natürlich, und so ist schliesslich etwas selbstverständliches, dass man sich in Teuerungszeiten eben zuerst mit den Tarifen beschäftigt.

In der letzten Parlamentsdebatte im österreichischen Reichsrate, Ende Oktober 1909, haben fast alle Redner, gewissermassen als ein Allheilmittel, dessen Wirkung über allen Zweifel erhaben ist, eine Reduktion der Tarife gefordert.

Wie wir bei der Betrachtung der Geschichte der Lebensmittelteuerung in Oesterreich-Ungarn weiter unten sehen werden, hat auch der ungarische Agrikulturminister in seinem amtlichen Programm als ein wichtiges Mittel gegen die Lebensmittelteuerung die Reduktion der Frachtentarife in Aussicht gestellt; und obgleich schon hervorragende Nationalökonomen an der Hand genauer Berechnungen öfters bewiesen haben, dass die mehr oder minder grosse Reduktion der Frachtentarife keinen nennenswerten Einfluss auf die Detailpreise des Lebensmittelmarktes auszuüben imstande ist,[1]) erschallt doch der alte Ruf nach dieser Massregel immer von neuem.

---

1) S. darüber Debatte im deutschen Reichstag am 24. 11. 1910. . . . . „Was die Eisenbahntarife und den Wunsch nach Notstandstarifen betrifft, so würde auch eine Verbilligung um die Hälfte, also um einen Betrag, bei dem die Eisenbahnen nicht mehr auf ihre Kosten kämen, auf das Kilogramm Fleisch ungefähr 1 Pfennig Ermässigung ausmachen, also den Preis gar nicht beeinflussen. Dasselbe gilt von dem Wunsche auf Ermässigung der Futtermittelzölle. In einem Jahre, wie dem gegenwärtigen, würde eine Ermässigung der Fleischpreise dadurch nicht herbeigeführt werden können.“ Pr. Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser.

Auch von anderer Seite wurde in der Debatte hervorgehoben, dass die Frachtkosten bei der Preisbildung eine unbedeutende Rolle spielen im Vergleich zu den Zöllen und den sonstigen Erschwerungen der Zufuhr aus dem Auslande. An einem Berliner Weizenpreise von ca. 200 Mk. hat der 55-Mark-Zoll 25 bis 30 Prozent Anteil; wollte man dagegen selbst die Weizenfracht nach dem Vorbilde der Futter-

Der Druck der öffentlichen Meinung ist mitunter so stark, dass die österreichische Regierung sich veranlasst gesehen hat, die Tarife nach den grossen Städten für Rindfleisch und Fleischwaren um 50 % zu ermässigen. Doch kam man sehr bald zu der Erkenntnis, dass diese 50 %ige Reduktion der Tarifsätze, welche auf das Kilogramm verteilt, kaum 2 bis 3 Heller ausmacht, im Fleischhandel überhaupt nicht fühlbar wurde. Die aus der Erniedrigung der Tarife entstehenden Gewinne haben eben einfach diejenigen eingesteckt, welche — je nach der Vereinbarung — die Transportkosten zu tragen hatten, einmal der Produzent, das andere Mal der Fleischhauer oder Händler; die Konsumenten selbst hatten keinen roten Heller Nutzen von dieser Massregel. Die österreichischen Staatsbahnen haben auch durch die gewährte Reduktion viele Hunderttausende verloren, ohne dass die erwartete volkswirtschaftliche Wirkung sich eingestellt hätte. Genau so, wie im deutschen Reiche, wo Minister von Schorlemer-Lieser (24. X. 1911) vor dem Reichstag ausgeführt hat, dass Frachtermässigungen für die betreffenden Staatskassen eine ganz erhebliche Zubusse bedeuten, so für Preussen allein 10 bis 15 Millionen. Diese Frachtermässigungen sollten der Landwirtschaft in erster Linie zu Hilfe kommen, um die Erhaltung und Ernährung des Viehbestandes zu sichern. Der Erfolg hat leider nicht überall den Erwartungen entsprochen. Insbesondere deshalb nicht, weil ein grosser Teil des Handels den Vorteil der Ausnahmstarife nicht den damit bedachten Landwirten zuführt, sondern in die eigene Tasche gesteckt hat. Aus diesem Grunde hat man auch in Oesterreich die Begünstigungen vor zwei Jahren wieder aufgehoben, jedoch 1911 wiederum einführen müssen. In den Debatten des österreichischen Reichsrates wurde eben darauf gedrängt, und die Regierung hat diese Reduktion der Tarife vorerst auf die Dauer von 3 Monaten unter der Voraussetzung bewilligt, dass die durch die Massregel begünstigten Gemeinden eine erhebliche Herabsetzung der Markt- und Schlachtgebühren, Futterpreise etc. eintreten lassen. Mit dem 1. September wurden demgemäss die Preissätze für Lebendvieh und Fleisch um 50 % ermässigt, desgleichen die Preissätze für Futter und Streumittel, incl. Mais und Kartoffeln; daneben wurden Tarifermässigungen für Gemüse, namentlich Hülsenfrüchte erteilt und schliesslich wurde auch eine dauernde Tarifherabsetzung für Milch — bei gleichzeitiger Sorge für Kühlwagen — beschlossen, um eine Milchzufuhr aus Produktionsgebieten zu ermöglichen, die bisher nicht herangezogen werden konnten.

Analoge Ursachen, politische Erwägungen haben auch die preussische

---

mittel auf die Hälfte herabsetzen, so würde das auf der Strecke Hamburg-Berlin 6 Mark 40 Pfennige = 3.2 Prozent ausmachen. Darum bleibt die Notstandsaktion der Eisenbahnen ein kleines Mittel, das grosse Mittel: Suspension der Zölle auf Lebensmittel und Verminderung der sanitären Grenzsperren auf das wirklich notwendige Mass — ist aber von der Reichsregierung in Uebereinstimmung mit den herrschenden Parteien in den grossen Debatten des Reichstages vom 23. bis 26. Oktober schroff abgelehnt worden.

Regierung veranlasst — entgegen ihrem ausgesprochenen theoretischen Standpunkt — nun mit Notstandstarifen vorzugehen. Der Landwirtschaft wurde geholfen, indem man ihre Produktionsmittel, das heisst Futter-, Streu- und Düngemittel, für etwa die Hälfte der normalen Sätze beförderte; einigen Gegenständen des unmittelbaren menschlichen Konsums: frischen Gemüsen, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, gewährte man die gleiche Vergünstigung; alles dies bis zu den Ernten im Jahre 1912. Als dauernde Konzession wurde gleichzeitig ein ermässigter Tarif für frische Seefische erstellt.

Die Transportspesen repräsentieren de facto einen solch kleinen Bruchteil des Verkaufspreises der Lebensmittel, — ausgenommen nur die Milch, bei der die Bahnfracht im Verhältnis zum Werte sehr hoch ist — dass selbst eine 50 bis 100 %ige Erhöhung oder Verringerung der Tarife sich nicht fühlbar macht. Selbst die höchsten Tarifsätze stellen sich bei den wichstigsten Lebensmitteln auf nur 1 bis 4 % des Wertes, und da die Konsumenten in Oesterreich u. Ungarn Preisschwankungen von 30 bis 100 % der Standardpreise ertragen müssen, kommt dabei die geringe Transportquote von 1 bis 2 % gar nicht in Betracht.

Vergleich der Transportspesen in % der Lebensmittelpreise ausgedrückt, mit den Schwankungen der letzteren[1]).

	Differenzen in den Preisen der Jahre 1897	1905	Die Differenz in %	% der Transportkosten für dieselben Artikel für eine Entfernung von 160 km.
Weissbrot à 1 kg .	27 h.	30 h.	10 %	3,7 %
Rindfleisch à 1 kg .	135 h.	156 h.	13,5 %	1,2 %
Schweinefleisch à 1 kg	133 h.	175 h.	24 %	1,1 %
1 Huhn	105 h.	129 h.	18,9 %	1,6 %
1 Poulard	203 h.	275 h.	26,2 %	1,6 %
1 gemästete Gans .	578 h.	669 h.	13,6 %	1,5 %
Butter à 1 kg . .	206 h.	243 h.	15,2 %	0,8 %
Schweinefett à 1 kg	125 h.	154 h.	18,8 %	1,2 %
Kartoffeln à 1 kg .	7 h.	10 h.	33,3 %	4,6 %
Eier pro Stück . .	4,5 h.	6,5 h	31,9 %	1,3 %

Dieses eine Beispiel beweist uns mit grösster Deutlichkeit, dass, selbst im Falle diese Transportbegünstigung direkt dem Konsumenten zu Gute käme, ihm trotzdem dadurch nicht viel geholfen wäre, da eine Massregel, welche im besten Falle den Preis eines Konsumartikels um 1 % verbilligen kann, in ihrer Wirkung paralysiert wird durch die jeweilige Situation des Lebensmittelmarktes, welche Preiserhöhungen bis

1) Krejesy: Bericht der Handelskammer Budapest über die Teuerung 1908.

zu 40 und 50 % zulässt. Obgleich die Forderung nach Erniedrigung der Frachtsätze für Schlachtvieh und Fleisch, nach den entmutigenden Erfahrungen der letzten Jahre — wo bei einer 30—50 %igen Reduktion der Tarife der Detailpreis des Rindfleisches sich blos um 1 Heller pro kg ermässigt hat — nicht mehr erhoben wird, wenden sich doch die beteiligten Körperschaften gegen die tarifalische Verfügung des letzten Jahres, der sie die spezielle Teuerung des Kalbfleisches zuschreiben. Früher sei nämlich von den Eisenbahnen das durchschnittliche Gewicht des Kalbes auf 60 kg festgesetzt und verfrachtet worden. Im Jahre 1909 habe man jedoch erklärt, dass bei der Beförderung von Kälbern für die Festsetzung des Frachtsatzes ein Minimum von 420 kg zu Grunde gelegt werden müsse, da ein einzelnes Kalb mit der Eisenbahn nicht befördert werden kann. Es sei also heute gleichgültig, ob man ein oder sieben Stück Kälber mit der Eisenbahn transportiert und so kommt es vor, dass jüngst für die Beförderung eines einzelnen Kalbes 33 Kr. 50 Heller entrichtet werden mussten. Die kleinen Landwirte haben aber in der Regel bloss 1—2 Stück Vieh und können somit nicht den Waggon ausnutzen, obgleich sie ihn bezahlen müssen.

Viel mehr als die mehr oder minder hohen Tarife belastet den Transport in Oesterreich u. Ungarn das abnorm grosse Transportrisiko, welches dadurch immer grösser wird, dass die Staatsbahnen weder in Oesterreich noch in Ungarn zweckentsprechende Waggons für die Lebensmittelbeförderung besitzen. Kühlwagen besitzen nur die Bierbrauereien, natürlich nur für den Transport eigener Erzeugnisse. Milchzüge mit beschleunigter Fahrt gibt es in Oesterreich-Ungarn überhaupt nicht. Spezialwagen für Obst sind zwar schon im Verkehr, doch in der Saison lange nicht in ausreichender Zahl, Fische können in Ungarn in geeigneten Waggons weder importiert noch exportiert werden, und deshalb beschränkt sich ihr Konsum lediglich auf Städte, die an Gewässern liegen. Der Schaden — auch der eventuelle —, der die Lebensmittel durch unzureichende und mangelhafte Beförderung trifft, wird natürlich auf die Waren aufgeschlagen und in letzter Linie von den Konsumenten getragen.

Eine reichlichere und billigere Versorgung der Städte mit Lebensmitteln könnte man vielleicht von der hauptsächlich von agrarischer Seite geforderten Transportreform von Postsendungen erwarten. Die Reform besteht in der Einführung sogenannter „collis agricole“, wie solche in England bestehen; es wäre dies eine Art von Eilgutsbeförderung von Lebensmitteln mit aussergewöhnlich niedrigen Gebühren. Leider will sich aber weder die österreichische noch die ungarische Postverwaltung dazu entschliessen, die Postgebühren für Lebensmittel in dem gewünschten Masse herabzusetzen, ohne welche Massregel ein nennenswerter Verkehr sich nicht entwickeln kann. Allerdings ist gegen das System der „collis agricole“ einzuwenden, dass bei einer unmittelbaren Verbindung des Konsumenten mit dem Produzenten — wie sie dadurch unzweifelhaft entstehen würde — nicht nur der Zwischenhandel allein, sondern auch die Kontrolle der Marktbehörden

ausgeschaltet werden würde. Die Organisation der Lebensmittelmärkte verteuert zwar die Waren, aber sie übt auch eben durch die Kontrolle der Marktbehörden eine nicht hoch genug zu schätzende Funktion aus. Alle nützlichen und wertvollen Einrichtungen des Lebensmittelmarktes, wie die gesetzliche Kontrolle der Lebensmittel auf Identität und Nährwert, die amtliche Kontrolle bezüglich Qualität und Gewicht der Waren, die chemischen und bakteriologischen Analysen auf gesundheitsschädliche Beimengungen, sind unentbehrliche Garantien, welche eine gut geleitete Markthalle dem Konsumenten bietet und welche durch die etwas billigeren Preise einer unmittelbaren Anschaffung sicherlich nicht aufgewogen werden können.

e) Marktorganisation.

Im folgenden wollen wir die Organisation der Lebensmittelversorgung in Oesterreich-Ungarn einer eingehenderen Untersuchung unterziehen. Dabei wird sich herausstellen, dass die vielfachen Mängel und besonders die wirtschaftliche Unzuverlässigkeit des Lebensmittelhandels einige der Hauptursachen der heute so allgemein beklagten Lebensmittelteuerung sind. Im Gegensatz zu England, wo der solid fundierte Lebensmittelhandel die wichtigste volkswirtschaftliche Funktion, den Preisausgleich der verschiedenen Märkte, ausübt und für die Parität von Angebot und Nachfrage in bewundernswerter Weise sorgt, durch welche allein die Standard-Preise des englischen Lebensmittelmarktes verbürgt werden, ganz im Gegensatz zu England finden wir in Oesterreich nicht die geringste Spur eines systematischen Zusammenwirkens der Handelsagenten, und auf dem Lebensmittelmarkte ist nichts von der nützlichen Wirkung zu verspüren, welche ein auf der Höhe seines Berufes stehender Kaufmannsstand auszuüben vermag. Das Fehlen eines nach grosszügigen Gesichtspunkten geleiteten, kapitalkräftigen Grosshandels mit weitverzweigten Organisationen, auf dessen gutes Funktionieren man sich verlassen könnte, macht sich in Oesterreich u. Ungarn besonders fühlbar. Kaufleute in der Lebensmittelbranche, wie sie in Berlin und Hamburg — von London gar nicht zu reden — mit einem jährlichen Umsatze von 60 bis 70 Millionen Mark zu finden sind, existieren in ganz Oesterreich-Ungarn überhaupt nicht. Der ganze Handel liegt in den Händen einerseits von schwachen kapitalarmen Existenzen, die in Ermangelung eines anderen soliden bürgerlichen Gewerbes, besonders in den Kleinstädten, sich auf den Lebensmittelhandel geworfen haben, und weder die Intelligenz noch Verlässlichkeit besitzen, welche zur Ausübung dieser wichtigen volkswirtschaftlichen Funktion notwendig ist. Unbedeutende Existenzen mit ganz geringem Kapital, Leute, denen in Grossstädten wie Newyork vielleicht nur der Hausierhandel offen steht, werden in Oesterreich-Ungarn Lebensmittelhändler und betreiben einen systematischen Wucher mit derjenigen Klasse von Arbeitern und anderen kleinen Leuten, welche durch Geld- und Zeitknappheit nicht in der Lage ist, solidere Quellen in Anspruch zu nehmen.

Die Unsolidität bei der Preisbildung fängt schon an, wenn der Kleinbauer sein Vieh nach dem Viehmarkte nach Wien oder Budapest treibt. Dabei ist es eine sehr verbreitete Unsitte, dass man das Vieh mit stark gesalzenen Graupen füttert, damit es bei gesteigertem Durst immense Quantitäten Wasser zu sich nimmt. Wenn ein Tier am Tage des Verkaufes auf diese Weise übermässig viel Wasser genossen hat, so ist damit erreicht, dass es bei einem durchschnittlichen Gewicht von 450 kg über 120 kg schwerer geworden ist; da der Fleischhauer nun das Tier nach dem lebendigen Bruttogewicht kauft und durch diese Manipulation stark geschädigt wird, so ist er bestrebt, den erlittenen Schaden auf den Konsumenten abzuwälzen und erhöht die Fleischpreise im entsprechenden Verhältnis. Was nun weiter die Fleischhauer anbelangt, so kann man ohne Uebertreibung behaupten, dass die von ihnen erzielte Profitquote weit über den sogenannten bürgerlichen Gewinn hinausgeht. In Volksversammlungen wird auch über „Fleischwucher" ganz offen wie über eine allbekannte und allgemein geteilte Erfahrung diskutiert. Doch wurde diese Frage auch wissenschaftlich untersucht

Als im Jahre 1900 in Budapest eine incidentale Fleischteuerung besonders scharf einsetzte, eine Teuerung der Detailpreise, welche mit den herrschenden Engrospreisen nicht in Einklang gebracht werden konnte, entschlossen sich der Landesagrikulturverein und die Kommune Budapest zu einer gemeinschaftlichen Aktion. Sie führten zu diesem Zwecke praktische Probeschlachtungen aus, um alsdann das Fleisch durch alle Phasen des Detailhandels hindurchgehen zu lassen und zu eruieren, wieviel Nutzen sich bei dem Geschäfte ergibt. Ueber diese Probeschlachtungen hat Professor Karl Monostory eine Studie veröffentlicht, in welcher er als Ergebnis feststellt, dass die Profitquote für jedes einzelne, geschlachtete Stück Vieh im Durchschnittsgewichte von 595 kg rein 146 K. 95 h. beträgt. Ein anderer Forscher, Dr. Kreicsy, Sekretär der Handelskammer, hat behufs Eruierung des Unternehmergewinnes in % per kg eine ähnliche Berechnung angestellt: Der Kaufpreis des Ochsen betrug 330 K. 82 h., das Schlachtergebnis war netto 325,46 kg Fleisch. Die Nebenprodukte, Haut, Hörner, Unschlitt, Eingeweide etc. brachten 76 K. 28 h., welchen Betrag wir von dem Kaufpreise des Ochsen abziehen, so dass sich als Nettokaufpreis, ab Auslage für die 325,46 kg Fleisch 254 K. 54 h. ergeben.

Diese 325,46 kg Fleisch wurden in folgender Weise verwertet:

Lendenbraten	4,00 kg à 3 K. 84 h.	zusammen	15 K. 36 h.
Bratenfleisch	54,31 kg à 1 K. 56 h.	zusammen	84 K. 72 h.
Suppenfleisch	141,61 kg à 1 K. 38 h.	zusammen	195 K. 42 h.
das übrige Fleisch	125,54 kg à 1 K. 02 h.	zusammen	128 K. 06 h.
	Summe 325,46 kg	Ertrag =	423 K. 56 h.
	Nettokaufpreis =		254 K. 54 h.
	also Profit		169 K. 02 h.

Diese Berechnung bezieht sich auf das Jahr 1901. Nach einer analogen Berechnung für das Jahr 1904 haben die Fleischhauer das mit 90 Heller Gestehungskosten erworbene Fleisch für 1 K. 55 h pro kg d. h. mit 53 % Preissteigerung weiter verkauft. — In den vereinigten Staaten arbeiten die Fleischgrosshändler dagegen mit einer Profitquote von 10 %[1]).

Auch in Breslau ist jüngst ein interessantes Experiment gemacht worden, um der Sache auf den Grund zu gehen. Man hat dort eine Kommission gebildet, bestehend aus Vertretern des Magistrats, der Stadtverordneten, der Fleischerinnung und verschiedener Bürgerkreise und hat grosse Schlachtungen vorgenommen, je zwei von Kalb, Hammel, Schwein und Rind, und unter amtlicher Aufsicht regelrecht verkauft, um zu sehen, wie sich diese Stücke im Kleinhandel stellen. Da ergab sich beim Kalb ein Verlust von 12,96 M, bei einem Hammel ein Verlust von 4,04 M, beim zweiten von 92 ₰, bei einem Schwein ein Gewinn von 28 M, beim zweiten ein Verdienst von 10 M, bei einem Stier ein Verdienst von 22 M, bei einer Kuh von 11 M. Dabei sind die Geschäftsspesen nicht eingerechnet.

Es ist bezeichnend, dass, während man in Amerika von Petroleum-, Zucker- und Eisenkönigen spricht, in Wien von „Rostbratelbaronen" die Rede ist.

Es ist weiter die charakteristische Erscheinung auf dem ganzen Lebensmittelmarkte zu beobachten, dass wenn sich die Engrospreise erhöhen, die Detailpreise ihnen sofort folgen, wenn aber die Engrospreise wieder sinken, die Detailpreise auf ihrem erhöhten Niveau noch sehr lange verharren[2]).

In Oesterreich u. Ungarn wird jede Veränderung in der landwirschaftlichen Produktion sofort auf den Konsumenten übertragen, der das ganze Risiko der Fluktuation des Wirtschaftslebens trägt. Wenn die Löhne steigen, wenn wenig Futter vorhanden ist, wenn die Waren durch den Transport beschädigt werden, wenn die Marktverhältnisse sich verschlechtern, immer wird der Schaden auf das Debetkonto des Konsumenten verbucht. Wie ganz anders in England! Da sichert sich der kapitalkräftige und gut organisierte Grosshandel durch feste Vorkäufe — Schlusskäufe — den Bedarf an Lebensmitteln und kommt bei eventuell eintretenden Angebotsreduktionen infolge schlechter Ernte etc. nie in Verlegenheit, weil er rührig und findig die entlegendsten Bezugsquellen aufstöbert und den heimischen Bedarf vor jeder Stockung bewahrt. Durch eine Reihe wichtiger kaufmännischer Einrichtungen bewerkstelligt er den Ausgleich der Disparität auf den verschiedenen Märkten und trägt selbst das Risiko, welches durch die Verteilung und Ueberleitung der Ware von dem entlegensten Produzenten zu dem englischen Konsumenten entsteht. Er ent-

1) London M. Douglas „The Scottsman" Report 1910 Januar 1.

2) Statistische Jahrbücher des Königreiches Ungarn. Graphikone über das Verhältnis der Engros- und der Detailpreise 1873 bis 1896.

lastet so den Konsumenten von den durch natürliche Faktoren, wie Verminderung des Angebotes, hervorgerufenen Preiserhöhungen, indem er eben durch seine festen Vorkäufe und durch Sicherung von Vorräten die Standardpreise aufrechtzuhalten in der Lage ist. Er nivelliert dabei die Verschiedenheit der Notierungen auf den einzelnen Märkten und schafft so annähernd einheitliche Standardpreise.

In welchem Grade der englische Grosshandel selbst einen sehr bedeutenden Ausfall am Lebensmittelmarkte so zu ersetzen vermag, dass darunter die Preise nicht im geringsten leiden, wird am anschaulichsten durch das Beispiel des Jahres — 1909 — illustriert [1]).

Das britische Reich bezieht seit Jahrzehnten einen bedeutenden Teil seines Fleischbedarfes regelmässig aus den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Einfuhr bewegt sich in den Grenzen von 7 bis $7^1/_4$ Millionen Doppelzentner pro Jahr. Seit den letzten Jahren hat diese Einfuhr bedeutend abgenommen, da die Viehzucht in Amerika unter dem Einflusse einer 20 $^0/_0$igen Zunahme der Bevölkerung der fortschreitenden Industrialisierung, seit 1890 sich nicht entsprechend entwickelt hat, wobei die Fleischpreise im Inlande so anwuchsen, dass ein Export immer weniger rentabel wurde. Die frühere Einfuhr ging von $7^1/_4$ Millionen Doppelzentner auf nur $5^1/_2$ Millionen im Jahre 1908 zurück. Und im Jahre 1909 war die ganze Rindfleischeinfuhr aus Amerika nur mehr 1432142 Doppelzentner. Trotzdem konnte der normale Umsatz der Märkte durch entsprechenden Ersatz aufrechtgehalten werden; das riesige Bedürfnis wurde glatt, ohne nennenswerte Preiserhöhungen zu den herkömmlichen Sätzen von 5—6 d. pro Pfund befriedigt.

Die Untersuchung der Marktverhältnisse in den grösseren Städten Oesterreich-Ungarns zeigt uns den ganzen Jammer der Lebensmittelversorgung mit seinen krassen Gegensätzen zwischen Angebot und Nachfrage und mit seinen willkürlichen Preisbildungen. Die Versorgung der grösseren Städte, wie z. B. Budapest, geschieht fast durchweg planlos, ohne genaue Kenntnis der jeweiligen Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung, ohne Berechnung der herrschenden Nachfrage. Die Leute — meistens die Produzenten selbst — kommen, in der Regel über die herrschenden Preise schlecht orientiert, nach den Markthallen und bieten ihre Waren nach dem momentanen Stande des Angebotes an. Nun ist eine der grössten Markthallen, die Budapester Zentralmarkthalle, die einen jährlichen Umsatz von über 800000 q Lebensmitteln hat, (die grösste Zentralmarkthalle Berlins hatte im Jahre 1905 994000 q Umsatz) so unpraktisch gebaut, dass eine klare Uebersicht über das Angebot fast unmöglich ist, und deswegen schwanken die Preise eines und desselben Artikels in den Vormittagsstunden um 20 bis 30 $^0/_0$.

Es muss eben immer betont werden, dass das Angebot der Lebensmittel entweder in den Händen der ganzen unorientierten Bauern aus der

---

1) London M. Douglas, Neujahrsnummer der Zeitung „The Scottsman" Edinburgh 1910.

Umgebung liegt oder in denen von kapitalschwachen Schacherern, die infolge ihrer mangelnden Organisation weder in der Lage sind, die aufgespeicherten Waren auch auf anderen Märkten, wo eine regere Nachfrage nach diesen Artikeln herrscht, rentabel zu verwerten, noch auch die schnellem Verderben unterliegenden Waren für den nächsten Markttag konservieren können. Deswegen werden die Preise einzig und allein durch das augenblicklich herrschende Verhältnis von Angebot und Nachfrage gebildet. Durch diese Ungewissheit, die das Risiko des Verkäufers unverhältnismässig erhöht, ist er eben gezwungen, wo es nur geht, mit unverhältnismässig hohen Profitquoten zu arbeiten, die er ja auch in der Regel von den Konsumenten erhält. Diese veralteten, ganz unmodernen und unrationellen Formen der Abwickelung des Ausgleichs zwischen Produktion und Konsum hat Ministerpräsident von Gautsch mit für die Erscheinung der Teuerung verantwortlich gemacht (20. Juli 1911 Parlamentsrede) und demgegenüber eine bessere Organisation des Marktes als dringliche Aufgabe der Regierung bezeichnet.

Schliesslich müssen wir noch der hohen Marktgebühren gedenken, welche in den meisten Markthallen Oesterreich-Ungarns erhoben werden und die in letzter Linie ebenfalls die Teuerungsquote der Waren erhöhen. Die Zentralmarkthallen sowohl in Wien wie in Budapest werden von den Kommunen vom fiskalischen Standpunkte aus geleitet, demzufolge als Ertragsobjekte verwaltet, von denen erwartet wird, dass sie einen Reinertrag von mindestens 4,5 bis 5 % des investierten Kapitals bringen. Die Kommune Budapest hat vor einigen Jahren ca. 12 Millionen Kronen in Markthallen investiert und rechnet darauf, dass die investierte Summe einen Ertrag von 600000 K. jährlich abwirft, was auch tatsächlich der Fall ist. Diese 600000 K. werden natürlich einfach als Gebühren auf die Lebensmittel verteilt und von der Konsumtion getragen.

Nach einem Ausweise der Zentralmarkthalle in Budapest zahlt ein Fischhändler für eine kleine Nische pro Monat ohne die Beleuchtungsspesen 240 K. Miete. Eine einfache Grünzeugverkäuferin mit 5 bis 6 Körben Grünzeug hat pro Monat 21 K. zu entrichten.

Die Kommune Wien hat endlich in letzter Zeit (Ende 1911), der anhaltenden Teuerung Rechnung tragend, auf die Initiative der Regierung hin beschlossen, die Markt- und Schlachtgebühren auf die Hälfte herabzusetzten, von welcher Massnahme unter gleichzeitiger Dezentralisation des Marktes — der Errichtung 20 neuer Fleischstände — eine Herabsetzung der Preise allgemein erwartet wird.

Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, wie eine verfehlte Organisation des Lebensmittelmarktes schon und für sich den Produkten solche Lasten aufbürden kann, dass sehr viele Lebensmittel schon aus diesem Grunde allein konkurrenzfähigere auswärtige Märkte aufsuchen müssen, was natürlich wieder eine Verringerung des Angebotes und eine Verteuerung der Preise im Inlande verursacht. Erst in allerletzter Zeit wird die Wichtigkeit der Regulierung der Marktbeschickung in ihrer ganzen Be-

deutung für die Preisbildung gewürdigt. Ackerbauminister Wiedmann und Ministerpräsident Gautsch haben auch auf die Wichtigkeit dieses Faktors im österreichischen Parlament wiederholt hingewiesen und tragen für entsprechende Institutionen zur Ausübung dieser Funktion Sorge. Für Milch ist in Wien die Errichtung einer städtischen Milchübernahmestelle Gegenstand von Erhebungen und Verhandlungen; damit wäre eine zentrale Stelle geschaffen, die Angebot und Nachfrage in steter Evidenz haltend, die gleichmässige Abwickelung des Absatzes garantierte. Für den Fleischkonsum wird auf die Schaffung eines grossen Zucht- und Nutzviehmarktes hingearbeitet. Es wird dann möglich sein, je nach der Qualität des Viehes, je nach dem Bedarfe und der Preislage gewisse Viehqualitäten dem Zucht- und Nutzviehmarkte zuzuführen und dadurch nicht nur die für die Fleischproduktion so wichtige preiswürdige Beschaffung von Einstellvieh zu erleichtern, sondern auch der Verschleuderung von Volksvermögen ein Ziel zu setzen, welche in der Schlachtung ungenügend gemästeten, zur Mast aber tauglichen Viehes gelegen erscheint.

Ist einmal die Viehverwertungs-Organisation auf kaufmännischer Basis durchgeführt, dann wird es Aufgabe dieser Organisation und der Verwaltungen städtischer Fleischmärkte, Schlächtereien oder sonstiger städtischer Approvisionierungsstellen, eventuell auch von Fleischkonsumvereinen sein, sich untereinander in engere Verbindung zu setzen, was für die billige Fleischversorgung der Konsumenten ungemein wichtig wäre. Schon heute nehmen einige Städte, welche die Schaffung von Vieh- und Fleischmarktkassen unter Intervention der Zentrale für Viehverwertung vorbereiten, Fühlung mit den landwirtschaftlichen Viehverwertungs-Organisationen, und es ist anzunehmen, dass auf diesem Gebiete noch eine sehr erfolgreiche Entwicklung bevorsteht.

Diese mit Unterstützung des Ackerbauministeriums ins Leben gerufenen Viehverwertungsgesellschaften in Galizien und der Bukowina haben nunmehr ihre Tätigkeit aufgenommen.

Diese als Gesellschaften mit beschränkter Haftung konstituierten Organisationen bestehen aus den bedeutendsten landwirtschaftlichen Vereinigungen jener Länder und haben sowohl die kommerzielle Organisierung der Viehverwertung auf gemeinschaftlicher Grundlage als auch in gewissem Masse die Vermehrung und Hebung des Viehstandes zur Aufgabe. Durch Kreditgewährung an die Grundbesitzer zum Zwecke der Zucht und Mast von Vieh soll eine stärkere regelmässige Beschickung der Märkte mit entsprechender Ware im Interesse der Produzenten wie der Konsumenten erzielt werden. Auch ist geplant, dass die Galizische Viehverwertungsgesellschaft möglichst bald Schlachtungen im Produktionsgebiet aufnimmt. Durch Versendung von Fleisch statt von Vieh und durch Dirigierung der entsprechenden Fleischpartien je nach Bedarf und Geschmack in die verschiedenen Konsumorte sollen Transportkosten erspart und eine rationelle Verwertung erzielt werden. Natürlich wird bei

diesem als Grossbetrieb angelegten Unternehmen der Landwirte auch an eine entsprechende Verwertung der Nebenprodukte der Schlachtung gedacht, welche eine der wichtigsten Voraussetzungen einer rationellen und billigen Fleischproduktion bildet. Die Gründung einer auf kaufmännischer Basis beruhenden Viehverwertungsgesellschaft für den Verkauf des von den Organisationen in den Ländern einlangenden Viehs in Wien ist gleichfalls geplant, an welcher ausser den bereits genannten beiden Gesellschaften auch einzelne Grossproduzenten und die Viehverwertungs-Organisationen der übrigen Länder teilnehmen sollen. Ebenso wurde die Aufmerksamkeit der landwirtschaftlichen Kreise auf die unter gewissen Voraussetzungen vorliegende Zweckmässigkeit der Errichtung von Schweinemastanstalten nach einem in Hannover bewährten neuen Typus gelenkt, welcher es ermöglicht, Arbeiter zu ersparen, Trockenfutter zu verwenden und dadurch die Schweinemast vom Ausfall der Kartoffelernte unabhängig zu machen. Die Unterstützung solcher Anstalten wurde unter gewissen Voraussetzungen, welche insbesondere deren Nützlichkeit für die Bevölkerung sichern sollen, in Aussicht gestellt. In verschiedenen Orten ist die Errichtung solcher Mastanstalten tatsächlich in Angriff genommen, in anderen bereits projektiert Der Bestand dieser Maststallungen soll dreimal jährlich abgesetzt werden. Die ersten Schweinetransporte können im Februar oder März 1912 auf den Markt kommen. Das Ackerbauministerium gedenkt weiter an den Versuch heranzutreten, einzelne Konsumenten-Organisationen, insbesondere Konsumvereine, zur Aufnahme eines direkten Verkehres mit den Produzenten-Organisationen zu veranlassen. Auch wird der Versuch fortgesetzt werden, eine Verbindung dieser Organisationen mit solchen Grossschlächtereiunternehmungen zu schaffen, die gemeinnützigen Charakter und Fühlung mit den städtischen Verwaltungen haben. Denn bei sehr vielen Konsumartikeln sind die Differenzen einerseits zwischen dem Detail- und Engrospreise, andererseits zwischen dem Preise, den der Konsument bezahlt, und jenem, welchen der Urproduzent erhält, ganz enorme. In Ungarn hat sich jüngstens die Hauptstadt Budapest der richtigen Organisation des Lebensmittelmarktes angenommen, indem sie eine kaufmännisch geleitete Lebensmittel-Grossimportgesellschaft schaffen will, deren Organisation alle Vorbedingungen des Erfolges erfüllen soll. Das Unternehmen ist nicht als ein rein kommunales gedacht, sondern als eine Aktiengesellschaft, an deren Beriebskapital von 4—6 Millionen Kronen zum überwiegenden Teil die Kommune sich beteiligt. Der Wirkungskreis des Unternehmens soll folgende Aufgaben umfassen: 1. Lebensmitteleinfuhr in grossem Stil. 2. Fachgemässe Einlagerung der Lebensmittel. 3. Klassifizierung und Manipulation der Viktualien und hierdurch die Entwicklung des Budapester Viktualien-Grosshandels. 4. Schaffung von Kühl- und Trockenanlagen. 5. Organisation des Kleinhandels, der die Aufgabe hat, die vom Grosshandel erworbenen Lebensmittel an den Konsumenten zu verkaufen. 6. Organisierung des Lebensmittelhandels der Umgebung mit

Budapest als Mittelpunkt. 7. Zustreifung der Viktualien an den Kleinhändler. 8. Herstellung einer Verbindung zwischen Produzenten und Grosshandel und Einflussnahme darauf, dass der Produzent seine Produktion vergrössere. 9. Förderung der Aufarbeitungs- und Konservierungsindustrie. 10. Verteilung der Ueberschüsse des Budapester Lebensmittelmarktes an Filialen in der Provinz. 11. Förderung der Massenzucht von Rindvieh und Schweinen, insbesondere auf den Staatsgütern. In diesen Aufgaben sind eigentlich alle jene Funktionen eingeschlossen, welche sonst — besonders in England — von einzelnen Firmen ausgeübt werden; die Gesellschaft wird jene handelspolitischen Aufgaben zu erfüllen haben, welche ein kapitalkräftiger gut organisierter Grosshandel durch moderne Ausgestaltung der Markt- und Handelsverhältnisse, durch Schaffung eines mittleren und vor unnatürlichen Schwankungen sicheren Niveaus der Lebensmittelpreise erfüllen kann und erfüllen soll.

Wir können unsere Betrachtung über die Bedeutung der Marktverhältnisse über den verschiedenartigen Einfluss, den gut oder schlecht organisierter Zwischenhandel auf die Bildung der Lebensmittelpreise hat, nicht schliessen, bevor wir nicht gewissermassen als ein Schulbeispiel die Verhältnisse von London geschildert haben, um an ihnen den positiven Beweis zu führen, dass durch gut organisierte Einrichtungen des Zwischenhandels „billige“ Lebensmittelpreise tatsächlich erreicht werden können. In England ist die interessante Erscheinung am Lebensmittelmarkte zu beobachten, dass, während die Lebensmittelpreise in den letzten Dezennien in fast allen Staaten um 15 bis 50[1]), in Oesterreich-Ungarn sogar um über 100 % in die Höhe gingen, sie in England im Durchschnitt eher gesunken als gestiegen sind. England wies bis in die letzten Jahre nicht nur relativ, sondern auch absolut die billigsten Lebensmittelpreise in Europa auf (S. Tabelle S. 79, 80, 81). Wir lesen darüber in The Economist (9. IX. 1910):

„Die Preisbildung von Fleisch ist besonders interessant. Am Kontinent drohen die Arbeiterkreise aus Anlass der Fleischnot mit Revolten, jene Kreise, denen zu liebe Zollsätze nach wissenschaftlicher Berechnung aufgestellt worden sind; ebenso sind jene Unruhen noch lebhaft in unserer Erinnerung, welche gegen die Fleischtrusts in den Vereinigten Staaten sich erheben. Hingegen sind die Fleischpreise bei uns im letzten Dezennium durchschnittlich gesunken; der Preis der Inlandware blieb in den letzten Jahren gleichmässig — Rindfleisch ist um etwas gestiegen, Schaffleisch um etwas gefallen — doch der Preis des Importfleisches ist fortwährend niedriger geworden.“

Diese Tatsache wird durch den offiziellen Bericht (Jahresbericht des Board of Agriculture) mit den Worten bestätigt:

„Auffallenderweise sinkt fortwährend der Durchschnittspreis von im-

---

1) Im deutschen Reiche beträgt die Teuerung in Fleischwaren im Zeitraume 1899, 1910 32 %. Vierteljahreshefte z. Stat. des deutschen Reiches 1910.

portiertem Fleische, jenes Artikels, den besonders die ärmeren Volksklassen konsumieren.“

(Citiert: The Economist 9. 9. 10).

Weiter belehrt uns die englische Preisstatistik auch darüber, dass diese billigen Preise im ganzen Vereinigten Königreiche so stabilisiert sind, dass — im Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn — kaum nennenswerte Differenzen zwischen den einzelnen Städten oder Jahreszeiten vorhanden sind. Dabei haben wir S. 8 gesehen, dass gleichzeitig alle Einkommen und Löhne gestiegen sind. Dies bedeutet, dass in dem englischen Wirtschaftssystem, dessen bezeichnendster Zug die expansive Industrie ist, jenes Gleichgewicht in der Privatwirtschaft zu Stande kam, wonach die Einkünfte mit den Ausgaben nicht nur Schritt hielten, sondern sogar in rascherem Steigen begriffen sind, als diese. Die Vorteile dieser günstigen Situation waren, dass mit Anwachsen der Kaufkraft der Löhne die ganze nationale Konsumtion sich bedeutend verstärkt, dass die Bevölkerungsbewegung günstig vorwärts schreitet und die kulturellen und hygienischen Anforderungen in immer steigendem Masse befriedigt werden können.

Diese Wohltaten verdankt England einzig und allein seinem Lebensmittelgrosshandel, der Funktion des „Zwischenhandels“, welcher in Oesterreich-Ungarn mit Recht für das Gegenteil nämlich für die Verteuerung des Lebens verantwortlich gemacht wird. Dieser englische Grosshandel, welcher durch Kapital, Schulung und Organisation über die ganze Weltwirtschaft disponiert, hat England in die Lage versetzt, über jede Disparität des Angebotes, welche in den einzelnen Produktionsgebieten gelegentlich herrschen kann, sich leicht hinweg zu setzen und hat für die Konsumenten Weltmarktpreise geschaffen, an denen die Wirkung partieller Krisen kaum mehr zu spüren ist.

Unterschiede der Lebensmittelpreise in Oesterreich

nach den einzelnen Städten.

Gattung	Einheit	Wien	Linz	Salzburg	Graz	Klagenfurt	Laibach	Innsbruck	Triest	Prag	Brünn	Troppau	Lemberg	Czernowitz	Zara
Mehl	1 Z	19.33	28.43	26.03	25.87	30.50	31.41	36.—	29.16	23.28	26.—	27.—	27.42	26.—	36.—
Brot	1 kg	—	0.78	0.32	0.35	0.36	0.34	0.62	0.39	0.55	0.28	0.34	0.28	0.25	0.35
Reis	„	0.58	0.48	0.52	0.57	0.56	0.50	0.56	0.48	0.58	0.41	0.37	0.44	0.40	0.52
Gries	„	0.35	0.39	0.37	0.36	0.39	0.40	0.44	0.56	0.40	0.33	0.32	0.34	0.40	0.59
Kleie	1 Z	11.35	12.56	11.76	11.—	11.—	12.—	11.—	12.41	10.22	13.—	11.99	10.16	10.73	8.—
Grünes Gemüse .	1 kg	0.36	0.34	0.25	0.22	0.27	0.33	0.30	0.19	0.58	0.28	0.42	0.18	0.20	0.25
Rindfleisch . .	„	1.56	1.42	1.42	1.03	1.44	1.30	1.60	1.33	1.13	1.47	1.40	1.18	1.25	1.33
Kalb- „ . .	„	1.58	1.28	1.42	1.35	1.69	1.58	1.54	1.62	1.38	1.74	1.49	1.18	1.31	2.26
Schweine-„ . .	„	1.70	1.46	1.60	1.58	1.60	1.39	1.56	1.34	1.43	1.86	1.75	1.34	1.42	1.47
Lamm- „ . .	„	1.27	—	1.22	0.97	1.35	0.90	1.29	1.07	1.07	1.29	—	1.03	0.78	0.99
Speck	„	1.29	1.80	1.69	1.58	1.60	1.40	1.91	1.33	1.83	1.74	1.77	1.58	1.94	1.79
Schmalz . . .	„	1.36	1.82	1.65	1.64	1.78	1.40	1.67	1.47	1.69	2.—	1.95	1.74	2.01	1.81
Butter	„	2.80	2.13	2.18	2.55	2.40	2.40	2.60	2.70	2.68	2.30	2.41	2.57	2.58	3.02
Käse	„	2.56	1.20	1.25	1.67	2.—	2.03	1.50	2.60	0.44	1.68	1.95	0.68	0.48	2.53
Kartoffel . . .	100 Liter	—	—	—	—	5.90	—	—	—	—	6.30	—	3.09	4.60	—

Statist. Ausweise des königl. Stat. Amtes S. 124, Budapest 1908.

Unterschiede der Lebensmittelpreise in den einzelnen Städten Ungarns.

Ende 1909.

Städte	Kartoffel per Z.	Butter per 1 kg	Eier per 100 Stück	Rind-fleisch	Kalb-fleisch	Schweine-fleisch
				per 1 kg		
Arad	4.50	3.50	8.—	1.36	1.80	1.60
Baja	3.50	2.40	7.—	1.16	1.28	1.28
Balassagyarmat	4.—	2.80	16.—	1.—	1.80	1.44
Debreczen	5.—	4.—	8.—	1.28	1.60	1.68
Eszék	11.—	2.60	9.—	1.36	1.60	1.48
Györ	5.—	2.60	8.—	1.56	1.80	1.60
Kaposvár	5.—	2.80	5.70	1.30	1.40	1.25
Léva	6.—	2.80	8.—	1.20	1.60	1.44
Losoncz	5.—	3.—	8.—	1.20	1.68	1.44
Miskolcz	5.60	2.70	8.50	1.12	1.70	1.62
Nagybecskerek	6.30	3.20	8.—	1.12	1.60	1.44
Nagykanizsa	5.60	2.80	7.50	1.50	1.70	1.50
Nagyszentmiklós	5.—	2.40	8.—	1.12	1.60	1.36
Nagyvárad	5.—	3.20	8.—	1.12	1.60	1.60
Nyiregyháza	4.—	3.20	8.—	1.18	1.22	1.34
Nyitra	8.—	2.40	7.—	1.20	1.44	1.44
Pancsova	7.—	3.20	10.—	1.12	1.80	1.44
Satoraljaujhely	5.—	2.90	8.—	1.12	1.52	1.44
Sopron	6.—	2.60	8.—	2.20	2.50	2.10
Szatmár	5.70	2.30	6.—	1.20	1.52	1.56
Szolnok	8.—	2.40	10.—	1.36	1.44	1.60
Temesvár	5.60	1.20	10.—	1.28	1.80	1.50
Ujarad	4.—	3.20	7.—	1.04	1.60	1.36
Versecz	5.—	3.—	8.—	1.44	1.60	1.36
Zalaegerszeg	7.—	3.—	8.—	1.20	1.40	1.40
Kassa	5.20	3.—	8.—	1.40	1.80	1.60

Közteek. ungar. Landw. Zeitung Nr. 93, 1909.

Unterschiede von Preisen der Getränke und Genussmittel
nach den einzelnen Plätzen.

Jahresdurchschnittspreise 1907.

Städte	Wein pro Ltr. u. Heller	Bier pro Ltr. u. Heller	Kaffee pro Kgr. u. Kr.	Tee pro Kgr. u. Kr.	Zucker pro Kgr. u. Heller	Speiseöl pro Kgr. u. Kr.
Wien	96	31	4	9	75	1.80
Linz	96	40	3.60	4	79	2.—
Salzburg . .	96	32	3.40	11	83	1.72
Graz	104	36	3.29	12½	81	2.06
Klagenfurt . .	104	36	3.—	10	77	1.20
Leibach . . .	88	44	3.50	14	84	1.80
Innsbruck . .	80	38	3.40	8	72	2.—
Triest . . .	80	56	2.78	8	81	1.07
Prag	154	26	3.60	15	73	2.—
Brünn . . .	96	35	3.65	12.30	78	2.18
Troppau . . .	101	32	3.40	7.51	76	2.65
Lemberg . .	130	36	3.86	7.56	75	2.81
Zernovitz . .	160	40	4.32	15.67	79	1.60
Zara	41	64	2.98	16	79	—.98

Oesterreich. Statist. Handbuch 1907. Herausgeg. von der k k. Stat. Zentral-Kommission.

Preisschwankungen

auf den österreichischen Märkten

innerhalb eines Jahres. November 1908 — November 1909.

pro kgr. u. Heller.

		Rindfleisch I		Rindfleisch II (Vorderes)		Kalbfleisch		Schaffleisch		Schweinefleisch	
		Minimal	Maximal	Minimal	Maximal	Minimal	Maximal	Minimal	Maximal	Minimal	Maximal
Wien	Nov. 1908	120	220	100	180	80	240	56	240	120	140
	Nov. 1909	120	220	100	190	100	240	80	240	140	240
Wiener Neustadt	Nov. 1908	—	—	68	136	100	132	—	—	—	—
	Nov. 1909	—	—	84	148	110	160	—	—	144	148
Salzburg . . .	1908	—	—	100	170	128	400	112	160	152	240
	1909	—	—	128	180	128	360	120	160	152	240
Klagenfurt . . .	1908	136	160	142	128	130	200	140	160	168	220
	1909	148	160	128	136	180	220	140	160	180	220
Innsbruck . . .	1908	—	—	116	146	100	120	90	96	120	154
	1909	—	—	116	144	108	124	80	96	144	168
Brünn	1908	155	180	125	130	120	250	135	140	180	240
	1909	155	190	125	140	170	260	140	160	200	300
Znaim	1908	—	—	116	140	120	136	100	110	128	150
	1909	—	—	116	160	140	168	116	136	160	192
Prag	1908	80	156	68	132	—	—	—	—	128	152
	1909	88	160	80	136	—	—	—	—	148	172
Czernowitz . .	1908	—	—	93	104	128	144	80	96	136	166
	1909	—	—	112	120	120	160	80	88	152	140

Statistische Nachrichten, herausg. k. k. Statist. Zentralkommission.
No. 49. 7. Dez. 1909.

Preisschwankungen innerhalb einer Woche.

Maximal- und Minimalpreise — nach den einzelnen Städten.

Pro Kilogramm u. Heller.

	Kartoffel		Erbsen		Linsen		Fischen		Butter	
	Minimal	Maximal	Minimal	Maximal	Minimal	Maximal	Minimal	Maximal	Minimal	Maximal
Bozen	7.2	8	56	64	60	72	36	40	260	320
Buddweis . . .	4.8		32		48		38		290	
Cernovitz . . .	4.5	5	22	24	60	96	$24^1/_2$	$26^1/_2$	300	360
Watschitz . . .	—	—	16.6	19	28	30	28		240	260
Holleschau . .	6		—	—	—		—		240	
Königgrätz . . .	4.4	5.2	24.5		28	32	—		—	
Kojstein . . .	6		30		31		23		260	280
Kremsier . . .	5	6	—		—		—		140	150
Leitomischl . .	5.6		32		34		—		210	230
Marburg . . .	8	10	—		—		—		240	250
Stanislan . . .	5		24	32	27	33	24	28	240	320
Tischnovitz . .	6		20	23	27	33	—		240	320
Trebitsch . . .	4.5	4.9	18.4	22	—		—		3	360
Troppau . . .	6.4	7.2	22		30		28		240	300
Wels	2.4	2.5	54		56		28		250	280

K. K. Statist. Nachrichten. Nr. 49, 7. Dezember 1909.

Steigerung der Lebensmittelpreise in Ungarn in %

innerhalb 10 Jahre — in 15 Städten.

Städte	Rindfleisch		Differenz in %	Kalbfleisch		Differenz in %	Schweinespeck		Differenz in %
	1897	1906		1897	1906		1897	1906	
Arad	148	209	**41%**	156	205	**31%**	114	175	**53.5 %**
Beszterczebanya	—	148	—	—	180	—	—	174	—
Brassó . . .	166	205	**23%**	78	120	**54%**	—	—	—
Debreczen . .	—	140	—	—	140	—	128	150	**17%**
Györ	—	185	—	—	225	—	—	148	—
Kassa . . .	—	180	—	—	177	—	116	131	**13%**
Kolozsvár . .	92	192	**109 %**	108	145	**34%**	126	164	**30%**
Marosvásárhely	80	136	**70%**	80	132	**65%**	—	—	—
Miskolcz . .	—	142	—	—	162	—	—	175	—
Nagy-Varad .	94	124	**32%**	124	180	**45%**	127	151	**19%**
Pécs	96	216	**125 %**	99	155	**56.5 %**	124	156	**26%**
Pozsony . . .	—	190	—	—	242	—	127	152	**20%**
Sopron . . .	133	189	**42%**	173	230	**33%**	138	168	**22%**
Szeged . . .	—	160	—	—	220	—	123	150	**22%**
Temesvár . .	108	186	**72%**	131	212	**62%**	120	144	**20%**

Statist. Ausweise des königl. Statist. Amtes 1908.

Preissteigerung der Milchprodukte und Eier
in den Jahren 1900—1910.

Detaillpreise in den Markthallen Budapest's.

Jahrgang	Vollmilch	Sahne	Butter I Teebutter	Butter II	Topfen	Schafkäse I	Liptauerkäse	Schafkäse hart	Milchkäse „Gruyer“	Für 2 Kr. erhielt man Eier
	1 Ltr. Heller		1 Kilogramm							Stück
1900	21	69	275	212	54	120	137	115	141	38
1901	21	70	273	211	52	119	133	116	143	40
1902	21	70	272	219	53	120	133	118	155	38
1903	21	70	269	224	55	123	140	120	161	38
1904	22	71	276	227	57	137	139	134	164	35
1905	24	77	306	243	66	134	150	143	171	33
1906	24	76	304	246	68	134	154	141	187	33
1907	25	79	308	253	75	136	159	145	200	30
1908	24	83	317	260	78	121	158	141	198	31
1909	24	86	342	279	80	136	162	158	180	25
1910 Januar	25	87	371	283	82	160	171	174	190	24

Statist. Ausweise der Hauptstadt Budapest 1910, S. 90.

Preissteigerung einzelner Lebensmittel im deutschen Reiche

innerhalb 10 Jahren — 1900—1909.

Der Durchschnittspreis für 1889—1898 gleich 100 gesetzt, so ist: **in Verhältniszahlen**

im Jahre	Roggen	Weizen	Hafer	Mais	Kartoffeln	Rinder	Schweine	Kälber	Hammel	Weizenmehl	Butter	Kartoffelspiritus	Rüböl	Heringe	Kaffee	Reis	Schmalz
1900	97	88	96	103	103	104	92	117	108	86	100	97	109	144	63	104	105
1901	96	94	101	106	87	102	107	112	109	92	105	81	107	116	56	104	127
1902	97	94	108	116	81	106	114	119	117	92	101	71	100	128	55	95	152
1903	91	90	93	106	102	113	96	127	128	89	105	86	90	106	51	104	126
1904	90	98	92	108	133	115	94	127	123	94	107	127	85	99	60	101	105
1905	98	98	102	115	126	120	123	135	134	94	112	107	87	136	62	100	109
1906	107	100	114	119	83	129	128	149	146	97	115	91	105	146	62	103	130
1907	127	116	125	131	122	128	106	149	144	112	114	119	135	115	59	115	135
1908	123	118	114	140	121	121	112	143	136	115	119	143	129	92	60	113	133
1909	115	130	119	139	115	115	128	143	137	126	120	108	107	107	62	107	171

Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 19. Jahrgang 1910. Heft I.

Preissteigerung der wichtigsten Nahrungsmittel in Frankreich

innerhalb 12 Jahre — in %.

Verhältnis der Preise 1908 zu den Preisen 1906 in %.

Brot	+ 15 %	Markaroninudel	+ 20 %
Rindfleisch	+ 22 „	Gewürze	+ 25 „
Kalbfleisch	+ 14 „	Backwerk	+ 25 „
Hammelfleisch	+ 25 „	Oele	+ 15 „
Schweinefleisch	+ 27 „	Petroleum	+ 10 „
Butter	+ 14 „	Essenzen	+ 30 „
Käse	+ 25 „	Kohle	+ 24 „
Fische	+ 50 „	Holzkohle	+ 24 „
Marinierte Fische	+ 35 „	Kaffee	+ 25 „
Gemüse	+ 15 „	Chokolade	+ 25 „
Getrocknete Gemüse	+ 30 „	Wachskerzen	+ 10 „
		Eisen und Kurzwaren	+ 25 „

Die durchschnittliche Preissteigerung beträgt 10—50 %.

Preissteigerung für Fleisch in Frankreich

1903 — 1907.

	Rind	Kalb	Hammel	Schwein.	
1903	1.42	1.61	2.—	1.506	pro Kilogramm u. frc.
1904	1.40	1.76	2.06	1.35	
1905	1.41	1.63	2.06	1.55	
1906	1.28	1.58	1.88	1.63	
1907	1.46	1.76	2.12	1.90	

„Frankreich“ E. v. Halle Weltwirtschaft III. Jahrg. III. Teil S. 79.

Veränderung der Lebensmittelpreise in England

A		B	
Die Preise des Jahres 1845=100 gesetzt, waren die Preise im Jahre 1891		Die Preise der Jahre 1880-82=100 gesetzt, waren die Preise in den Jahren 1904-1906 im Durchschnitt	
für Kaffee	173	für Weizen	64
„ Tabak	244	„ Gerste	73
„ Thee	70	„ Hafer	73
„ Fleisch	126	„ Rindfleisch	74
„ Getreide	61	„ Hammelfleisch	84
„ Tuch	89	„ Wolle	96
„The Economist“ citiert Paul Cohel, Paris 1899 p. 52.		E. v. Halle, Weltwirtschaft III p. 42. 7. Jahrgang.	

C

Warengattung	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	% der Veränderung
Weizen sh. per gr.	30.2	34	25.8	26.11	26.9	28.1	26.9	28.4	29.8	28.3	— 6.5
Mehl sh. per Sack 280 lbs.	30.—	33	$26^{1}/_{2}$	$27^{1}/_{2}$	$26^{1}/_{2}$	26	27	$28^{1}/_{2}$	$28^{1}/_{2}$	$26^{1}/_{2}$	— 15.1
Kartoffel sh. p. T. 2240 lbs.	70.—	82	70	78	78	69	84	90	65	67	— 4.3
Rindfleisch mittel-d. per 8 lbs.	36.—	36	40	42	42	47	42	42	40	40	+ 11.—
Zucker-raff. Westind. sh. per cwt.	$9^{1}/_{4}$	$9^{1}/_{2}$	$10^{1}/_{2}$	$11^{1}/_{4}$	$9^{1}/_{4}$	$7^{1}/_{4}$	$8^{1}/_{2}$	$10^{1}/_{4}$	11	$8^{1}/_{2}$	— 11.1
Kaffee-Ceylon sh. p. cwt.	95	92	90	75	70	70	70	75	75	75	— 21.1

1 lbs. = 453 grm. — 20 cwt. = 1 Ton = 2240 lbs.
1 quarter = 28 lbs. — 1 cwt. = 112 lbs.

Stat. Tafeln des k. ung. Finanzministeriums 1908. Tab. XVI

Detaillpreise in England verglichen mit Wien.

	England 1909		Umgerechnet in Kg. u. in Kr. u. Heller		Wien 1909 pro Kgr. u. Kr.
Tee (indisch) . . .	pro Pfd.	1.4—1.8 sh.	= 1 Ko.	3.52—4.40	9.
Zucker . , . .	„	2.	= „	0.44	0.75
Speck	„	7—9 d.	= „	1.44—1.98	1.79
Käse	„	7 d.	= „	1.44	2.56
Butter . . . . . „ dänische	„	1.1—1.2 sh.	= „	2.90—3.19	2.90
Butter „ colonial	„	1. —1.1 „	= „	2.64—2.90	
Kartoffel	7 Pfund	$2\frac{1}{2}$—$3\frac{1}{2}$ d.	= „	0.076—0.11	0.07
Mehl, gew. . . .	„	8—10 d.	= „	0.25—0.31	0.36
Brot I	4 Pfund	$4\frac{1}{2}$—$5\frac{1}{2}$	= „	0.25—0.30	0.42
Milch	quarter (1.124)	3—4 d.	= 1 Ltr.	0.26—0.30	0.32
Kohle	112 lbs.	$9\frac{1}{2}$—10 d.	= 100 K.	190—200	380.—
Rindfleisch „ inländisches	1 Pfund	$7\frac{1}{2}$—$8\frac{1}{2}$ d.	= 1 Kgr.	165—187	1.70
Rindfleisch „ ausländisches		5—6 d.	= „	110—132	
Hammelfleisch „ inländisches	„	$7\frac{1}{2}$—9 d.	= „	165—192	1.45
Hammelfleisch „ ausländisches		4—5	= „	88—110	
Schweinefleisch .	„	$7\frac{1}{2}$—$8\frac{1}{2}$ d.	= „	165—182	1.90

Arbeitslöhne in England für gelernte Arbeiter	Arbeitslöhne in Wien für gelernte Arbeiter
Jahresdurchschnitt pro Tag = sh. $7.2\frac{1}{2}$ = Kr. ow. **8.65.**	Jahresdurchschnitt pro Tag = **4.57.**

Für London: E. v. Halle Weltwirtschaft. III. Jahrg. III. Teil S. 11.

Für Wien: Statistische Nachrichten des k. k. Stat. Centralamtes Nr. 49 (7. Dez. 1909.)

Die Kosten der Lebenshaltung in England und in Ungarn.

— Nach den Preisen 1907 — [1])

Verbrauch eines Haushaltes an Lebensmittel (3—4 Pers.) nach der herkömmlichen Lebenshaltung in England

	in Kgr.	u. Krn.
Zucker . . pro Monat	11	4.15
Käse	16	2.25
Butter	4,4	11.55
Kartoffeln . . .	37	3.—
Mehl	22	5.30
Brot	48	12.—
Milch . . . Liter	15	7.50
Rindfleisch . . .	10	13.—
Hammelfleisch . .	3.5	4.—
Schweinefleisch . .	1.5	0.45
Speck	3	5.30
	Zus.	63.02
Miete für eine Arbeiterwohnung v. 3—4 Zimmern pro Monat		24.—
Summe		87.02

Verdienst eines gelernten Arbeiters in England im Durchschnitt K. 240.—.

— Nach den Preisen 1907 — [2])

Verbrauch eines Haushalts an Lebensmittel (2 Personen) nach der herkömmlichen Lebensführung in Ungarn

	in Kgr.	u. Krn.
Rindfleisch pro Monat	6	11.04
Speck	3	5.40
Fett	5	8.—
Feinmehl	5	1.90
Brotmehl	12	4.08
Salz	$3^1/_2$	0.91
Eier . . . Stück	24	1.68
Milch . . . Liter	15	4.20
Kaffee	—	1.—
Bohnen . . Liter	4	0.80
Kartoffeln . . kg	10	0.70
Zucker . . . . „	4	3.28
Petroleum . Liter	4	1.28
Brennholz . . kg	25	5.40
Wein . . . Liter	16	14.40
Bier . . . . „	4	1.92
Schnaps . . . „	1	1.40
Tabak	—	3.—
	Zus.	70.39
Miete für eine Arbeiterwohnung v. 1—2 Zimmern pro Monat		20.—
Summe		90.39

Verdienst eines gelernten Arbeiters in Ungarn im Durchschnitt K. 120.—.

1) Nach den Daten des Board of Trade. Statistics Vol. V — 1911 —
2) Berechnet von Julius Racz „Nepszava“, 1907 XI. 1.

Unterschiede der Lebensmittelpreise der einzelnen Städte von England

verglichen mit denjenigen von London.

Die Preise von London gleich 100 gesetzt.

Commune:	Colonialwaren	Fleisch	Kohle	Alle Waren zusammen	Miete für Wohnung
London	100	100	100	100	100
Nördl. Grafschaften	102	99	71	97	62
Yorkshire	97	99	71	94	56
Lancashire	95	96	70	92	54
Mittelengland	96	95	73	93	51
Östl. Grafschaften	99	102	81	98	50
Südl. Grafschaften	103	97	102	102	61
Wales u. Monmuth	98	94	90	96	60
Schottland	105	108	76	102	69
Irland	103	88	84	92	50

Board of Trade 1908, citiert in v. Halle's Weltwirtschaft III, 1908, S. 22.

Tabelle der Lohnsteigerungen.

A) Arbeitslöhne in Ungarn:

a) in landwirtschaftlichen Beschäftigungen Durchschnittslohn für Männer:

						Arbeitstage (Arbeitsgelegenheit) im Jahre:
1900	1.25	1904	1.38	1907	2.05	
1901	1.26	1905	1.49	1908	2.03	
1902	1.28	1906	1.80	1909	2.—	1908 255 Tg. — 1909 223 Tg.
1903	1.33					

Landwirtschaftliche Löhne 1910, s. i. u. 106.
Amtlicher Bericht des k. Ackerbauministeriums.

b) **Industrielöhne:** in den Werkstätten der k. Staatsbahnen bezahlten Löhne:

1886	3.36	1891	3.54	1896	4.02	1901	4.35
1887	3.34	1892	3.68	1897	4.10	1902	4.40
1888	3.34	1893	3.76	1898	4.22	1903	4.49
1889	3.34	1894	3.84	1899	4.24	1904	4.57
1890	3.34	1895	3.92	1900	4.29	1905	4.82

Bericht des kgl. Finanzministeriums 1908, Tab. VI.

Einzeldaten für die Steigerung der Löhne im Deutschen Reiche.

I. Lohnsteigerung der ungelernten Arbeiter in Berlin.

Unter 100 Arbeiter erhielten einen Wochenlohn:

von Mk.	1905	1906
8—10	2	0.5
11—12	6	3.5
13—14	16	21
15—17	6	3
18—21	20	17.5
21 und mehr	44	49.—
Monatslohn u. Frei-St.	6	5.5
	100	100

1907. E. v. Halle, Weltwirtschaft II, S. 257.

II. Nach den 5 Lohnklassen der Invalidenversicherung haben sich die Beiträge im Anschluss der Verbesserung der Jahreslöhne folgendermassen verschoben:

Lohnklasse, Mk.	1905	1906
I. bis 350 Mk.	13.1%	25.5%
II. v. 350—550 „	30.6%	29.1%
III. „ 550—850 „	25.1%	24.5%
IV. „ 850—1150 „	17.8%	18.3%
V. über 1150 „	13.4%	15.6%

Das ergibt eine Verbesserung der Jahreslöhne von 6% im Jahre 1906 gegenüber 1905.

Halle's Weltwirtschaft II, S. 251, 1907.

III. Die durchschnittlichen Lohnsteigerungen in den Bergarbeiten.

		Steinkohle					Braunk.		Salz		Erze				
		Dortmund	Aachen	Saarbrücken	Oberschlesien	Niederschlesien	Linksrhein	Halle	Halle	Clausthal	Mansfeld	Oberharz	Siegen, Nassau	Rechtsrhein	Linksrhein
Summe d. Steigerng. in %	1905	4.03	4.08	3.80	3.08	2.94	3.38	3.15	3.69	3.69	3.23	2.50	3.18	3.—	2.59
	1906	4.37	4.41	3.88	3.23	3.05	3.70	3.35	3.78	3.86	3.42	2.63	3.69	3.38	2.76
		8.4	8.1	2.1	4.9	3.7	9.5	6.4	2.4	4.6	5.9	5.2	16	12.7	6.6

Bericht Zimmermann, Halle's Weltwirtschaft II, 1906.

IV. Nach den von der Gewerbeaufsicht in Essen angestellten Berechnungen betrug die Lohnsteigerung 1907 im Gesamtdurchschnitt 5%, und verteilte sich folgendermassen:

bei Stein- und Erden-Industrie einschl. Ziegeleien 5—8 %
Metall- und Maschinenindustrie . . . . . 6.3—8 %
Chemische Industrie . . . . 4—8 %
Gasanstalten . . . . 6.6 %

Bericht D. W. Zimmermann, Halle's Weltwirtschaft II 1907 S. 256.

Dasselbe ebenda:

V. Die mehr als 1000 neuen Tarifabschlüsse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern enthalten fast durchgängig Vereinbarungen über erhöhte und vielfach zukünftig noch selbstätig steigernde Lohnsätze bei verkürzter Arbeitszeit.

VI. Nach Mitteilungen des „Deutschen Reichsarbeitsblattes" stieg der Arbeitslohn der Betriebsarbeiter der preussischen Eisenbahnen während der letzten zehn Jahre von 2.68 Mk. per Tag auf 3.26 Mk. und der Lohn der handwerksmässig ausgebildeten Werkstättenarbeiter, soweit sie im Stücklohn beschäftigt wurden, von 3.69 Mk. auf 4.42 Mk. Das bedeutet Lohnsteigerungen um zirka 20 Prozent. Zu demselben Ergebnis gelangt man, wenn man den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst der Verletzten der rheinisch-westfälischen Baugewerbs-Berufsgenossenschaft für die gleiche Zeit einsieht. Er stellte sich im Jahre 1900 auf 1072 Mark, im Jahre 1910 dagegen auf 1278 Mark, also wieder ein + um rund 20 Prozent.

Lohnerhöhungen in England.

Als Basis werden die Löhne des Jahres 1860 angenommen, mit 100 bezeichnet. Die Abweichung in den folgenden Jahren ist dementsprechend angegeben:

Nach „Journal of the Royal Statistical Society“ 1906 tom LXIX.

Arbeitsgattung	1860	1870	1880	1890	1900	1904
Maschinenbau						
Modellierer	100	106	115	124	139	139
Installateure	100	105	111	123	132	131
Schmiede	100	105	110	122	132	132
Drechsler	100	104	112	123	133	131
Bohrer	100	105	113	128	141	139
Schiffswerften						
Tischler	100	110	122	139	154	151
Zimmermann	100	109	118	135	141	139
Anstreicher	100	126	134	143	152	151
Segelmacher	100	109	129	132	138	141
Gewöhnliche Arbeiter	100	105	114	124	132	132

Nach dem Berichte E. van Halle: Die Weltwirtschaft 1908, III. III. Th. S. 12 waren die Veränderungen in den Lohnsätzen zwischen Oktober 1905 und Oktober 1907 fast unverändert, wobei nicht zu übersehen ist, dass auch der Preis der meisten Lebensmittel und die Miete sich im Ganzen und Grossen gleich geblieben sind.

Webb constatiert im „New Dictionary of Statistics“ für die Jahre 1900—1907 nur eine Lohnsteigerung von 1.8 Prozent. Nur für die Textilindustrie wird eine Lohnsteigerung von 8 Prozent nachgewiesen.

D) Frankreich:

In Paris betrug der Durchschnittslohn in 43 Gewerben im Jahre

1896 pro Stunde 0.67 frcs. und 6.93 frcs. pro Tag
1906 0.775 frcs. 7.19 frcs.

Der Durchschnittslohn ist also in Paris in 10 Jahren um 0.82 frcs. pro Tag gestiegen, d. i. um 12.5 %.

In der Provinz waren im Jahre

1896 der Durchschnittslohn für dieselben Gewerbe
pro Stunde 0.36 frcs. und 3.85 frcs. pro Tag
1901 . . . . 0.38 frcs. 3.92 frcs
1906 . . . . 0.41 frcs. 4.10 frcs.

d. i. eine Steigerung von etwas weniger als 7 %.

„Frankreich“ E. v. Halle's Weltwirtschaft. III. Jahrgang, III. Teil S. 78.

In „New Dictionary of Statistics“ wertet Webb die Lohnsteigerung für Frankreich in den Jahren 1900—1905 auf 4 %.

Vergleichende Tabelle.

Ueber die Steigerung der Löhne in früheren Perioden (1870—1896) [1])

Durchschnittslöhne in Frc.

	England	Belgien (Liege)	Paris	U. S. Amerika
1870	6.50	2.97	5.03	11.02
1875	6.90	3.17	5.56	11.21
1880	6.86	3.11	6.06	11.70
1885	6.98	3.16	6.23	12.36
1890	7.08	3.16	6.56	12.63
1896	7.95	3.31	6.65	12.28
Steigerung	22 %	11 %	33 %	11 % *)

*) In der folgenden Dekade waren die Löhne in den Vereinigten Staaten von 46 Gewerben um 19 Prozent höher (Annual Report of the Bureau of Labor Statistics 1909).

1) De. l' influence de la baisse du taux d'intérêt sur la hausse du salair p. 52 Paul Cohen Paris 1899.

Steigerung der Löhne in der Mühlindustrie in Ungarn.

Durchschnittstaglöhne 1910—1911.

	Taglöhne 1900 in Kr.	Taglöhne 1910 in Kr.	Steigerung in %
Budapest	3.20	3.95	23.4
Temesvar	3.20	4.62	45
Ujvrdek	1.80	2.60	44.4
Arad	2.20	2.70	22.8
Györ	2.40	3.20	33.3
Losoncz	1.70	2.25	32.4
Spulafehérvár	1.20	2.30	92.5
Nagykanizsa	1.50	2.30	53.3
Miskolcz	1.90	3.—	57.4
Hernádcsány	1.60	2.50	56.2
Eszek	2.15	2.80	30.2
Debreczen	2.20	2.80	21.4

Steigerung der Löhne der Grubenarbeiter

in 19 Jahren 1891—1909

Landesdurchschnittslöhne pro Tag für Männer.

Durchschnitt der	Kr.		Kr.
Jahre 1891 — 95	2.24	1905	2.22
„ 1896—1900	3.54	Durchschnitt 1901—1905	2.65
„ 1901	3.75	1906	2.50
„ 1902	2.20	1907	3.20*)
„ 1903	2.40	1908	3.40
„ 1904	2.23	1909	3.36

*) Zur selben Zeit Kr. 4.72 in Oberschlesien.

In den Oberschlesien-Gruben im Jahre 1907 = 4 M. (Kuczynsky).

Rubinek: Köztelek Nr. 98 S. 6.

Die Teuerung im Budget einer Beamtenfamilie in Oesterreich

— berechnet auf 4 Köpfe bei 3200 Kr. Einkommen. —

Gesamtverbrauch des Haushaltes	1908	=	2706 Kr.
„ „ „	1911	=	3636 Kr.
Steigerung in Kr.		=	930 = 34 %.

Davon:	1908	1911	detailliert:
Auslagen für Miete . . .	500	600	— Steigerung in % = 20 %
Fleisch	328	401	— „ „ 22 „
Milch, Eier, Butter . . .	430	534	— „ „ 24 „
Brot, Mehl, Kartoffeln . .	323	361	— „ „ 12 „
Kleider, Schuhe, Wäsche .	335	380	— „ „ 13 „
Summe	1916	2276	

„Neue Fr. Presse“ Neujahrsnummer 1912.

Die Teuerung in **Wien** innerhalb 10 Jahren.

1900—1910.

Ware	Einheit	Preise in Kronen und Hellern.									
		1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Weizenbrotmehl	Dopp.-Ztr	16.90	18.06	20.73	17.12	20.45	19.33	16.66	23.78	29.40	33.—
Roggenbrotmehl	„	20.70	21.95	21.03	20.20	20.77	21.24	19.97	25.65	30	28.76
Gemischtes Brot	Kilogr.	0.25	0.24	0.24	0.23	0.24	0.24	0.24	0.26	0.32	0.35
Kleie	Dopp.-Ztr	9.70	9.80	9.59	8.66	9.58	11.35	10.23	12.04	12.59	12.69
Gemüse . . .	Kilogr.	0.28	0.28	0.28	0.28	0.33	0.36	0.32	0.33	0.38	0.44
Ochsen . . .	Dopp. Ztr.	57.10	57.10	59.21	61.26	62.85	67.82	71.38	72.67	65.62	65.29
Schweine . .	Kilogr.	0.72	0.73	0.85	0.92	0.89	1.03	1.05	0.98	1.06	1.14
Rindfleisch . .	„	1.36	1.45	1.45	1.50	1.51	1.56	1.63	1.70	1.68	1.66
Schweinefleisch	„	1.50	1.43	1.44	1.52	1.53	1.70	1.79	1.79	1.71	1.79
Butter . . .	„	2.30	2.30	2.30	2.30	2.40	2.80	2.92	2.68	2.92	3.08
Kaffee . . .	„	3.60	3.60	3.60	3.60	3.67	3.80	3.98	4.—	4.—	3.65
Zucker . . .	„	0.92	0.92	0.92	0.87	0.77	0.83	0.78	0.75	0.80	0.81
Heu	Dopp. Ztr.	5.98	6.80	6.84	5.04	5.99	6.48	5.80	7.18	8.16	10.45
Weich.Brennholz	Kubikmtr.	9.50	9.59	10.—	10.—	10.—	9.75	9.80	9.99	10.51	11.34
Steinkohle . .	Dopp. Ztr.	3.63	3.76	3.37	3.40	3.29	3.31	3.33	3.48	3.63	3.67
Petroleum . .	Kilogr.	0.55	0.48	0.46	0.46	0.52	0.76	0.56	0.55	0.48	0.48

Aus dem „Oesterreichischen Statistischen Handbuch“.

Inhalt:

Lebenslauf.

Josef Richter wurde als Sohn des Kaufmanns Ignaz Richter in Ungarn geboren. Nach Absolvierung des Staatsgymnasiums und nach bestandenem Absolutorium besuchte ich die philos. Fakultät in Budapest, nachher diejenige der kgl. Universität in Breslau. Ich habe mich besonders mit naturwissenschaftl. und volkswirtschaftl. Studien befasst und habe mich auf diesen Gebieten auch literarisch und praktisch betätigt. Behufs Erlangung der Doktorwürde habe ich meine Arbeit an die Universität Erlangen eingereicht, an der ich am 21. Mai 1912 meine Promotionsprüfung bestand.

